



**Quellenmanagement–
Quellen finden und öffnen**

- 4 **Quellenmanagement: Das Herz-Kreislauf-System des Journalismus**
Thomas Leif
- 6 **Bonn, Berlin, Brüssel – Recherche in politischen Institutionen**
Hans-Martin Tillack
- 25 **Zweifel, Skepsis und Distanz**
Hans Leyendecker
- 29 **Geduld, Geschick, Gespür**
Egmont R. Koch
- 35 **Akten als Quellen**
David Crawford
- 43 **Tagungsprogramm**
“In der Lobby brennt noch Licht”
- 49 **„Nachrichtenfälscher“ und Verschwörungstheoretiker**
Patrik Baab
- 69 **Der Fall Barschel und die journalistische Aufarbeitung von Quellen**
Markus Dettmer/Britta Sandberg
- 73 **Wie recherchiert man im Bereich Gesundheit/Pharma?**
Markus Grill
- 77 **Amtsgeheimnis adé**
Manfred Redelfs
- 87 **Wahrheitsfindung**
Albrecht Ude
- 98 **Den Akten auf der Spur**
Thomas Schnedler

101	netzwerk recherche Programm Hamburg 2008
107	Aufklärung einfordern Michael Haller und Stefan Mühleisen
115	Die Grenzen des Fragens Venio Piero Quinque
117	Freundlich und angriffslustig Eric Nalder
122	Tagungsprogramm Interviewkulturen
124	Eine Art Hebammenkunst Stefan Mühleisen
127	Sich selbst überlisten Michael Haller
130	Wie man die Türen öffnet John Goetz
134	Geheimdienste als Quellen Michael Hartmann
140	Impressum

*„80 Prozent der Journalisten haben gar keinen echten Informanten – sie glauben, der Pressesprecher sei ein Informant.“ – Kuno Haberbusch, NDR
Quelle: Welt am Sonntag, 11.5.2008
„Redaktionsleiter von Zapp kritisiert die Faulheit deutscher Journalisten.“*

Quellenmanagement: Das Herz-Kreislauf-System des Journalismus von Thomas Leif

Der Medienforscher Lutz Hachmeister hat bei der Wächterpreis-Verleihung der „Stiftung Freiheit der Presse“ Anfang Mai in Frankfurt eine wichtige Rede gehalten.

Guter Journalismus müsse unabhängig von Ökonomie, unabhängig von Public Relations und den Standpunkten der eigenen Medienunternehmen sein. Guter Journalismus für alle Medien beruhe auf den „vier Faktoren Zeit, Geld, Recherche und Stil.“ (dpa, 7.5.08) Weiter führte Hachmeister aus: die „ungesunden Beschleunigungstendenzen im Online-Journalismus“ seien fühlbar, „auch die verschärfte Konkurrenz um Pseudo-Nachrichten in der Hauptstadt, wo die wirklich entscheidenden politischen und legislativen Prozesse, die sich auf der Ebene von Ministerialbeamten und Lobbyisten abspielen, zu selten reportiert werden.“

Zu den Säulen „Zeit. Geld. Recherche. Stil.“, die in der Frankfurter Rede durchgearbeitet werden, könnte noch eine fünfte Säule ergänzt werden. Von großer Bedeutung sind natürlich die Quellen von Journalisten, ohne die wahrscheinlich kein einziger Skandal von Relevanz in der Nachkriegsgeschichte die Öffentlichkeit erreicht hätte. „Quellen hat man, aber über Quellen redet man nicht.“ Diese Journalisten-Weisheit war uns bekannt, als wir im Dezember vergangenen Jahres – trotz vieler Bedenken der vielen Bedenkenträger- zu der nr-Fachtagung „Quellenmanagement“ eingeladen hatten.

Die Idee stand schon lange auf dem Zettel, aber die Realisierung war nicht ganz so einfach. Die Resonanz auf die Tagung hat dann bestätigt, dass die Beschäftigung mit der Beschaffung, Pflege, Führung und Nutzung von Quellen ein Thema ist, dass sonst in der journalistischen Aus- und Weiterbildung meist zu kurz kommt. Weil nicht alle Interessenten an der Tagung teilnehmen konnten und viele Kolleginnen und Kollegen nach den Ergebnissen fragten, haben wir uns entschlossen, die bearbeiteten Referate und Aufsätze in der vorliegenden nr-Werkstatt zu dokumentieren.

(Die online-Version finden Sie zusammen mit den anderen stark nachgefragten nr-Werkstätten im Netz unter www.netzwerkrecherche.de)

Quellen können auch direkt in einen Sumpf führen. Darüber schreibt Bernhard Honnigfort In seinem bitteren Text „Kein Sumpf, nirgends. Die ‘sizilianischen Verhältnisse’ in Sachsen gab es nicht. Staatsanwälte stellen Ermittlungen ein.“ (FR 30.4.2008) Wir erinnern uns: vor etwa einem Jahr berichtete nicht nur der Spiegel vom „Sächsischen Sumpf“; die Leipziger Volkszeitung war von „Kriminellen Verstrickungen bis in höchste Kreise“ alarmiert; und sogar ein renommiertes Medienmagazin ließ den „mafösen Sumpf“ von einem „Top-Experten“ ausführlich vermessen. Nur: der

angebliche Sumpf war eine Erfindung von wenigen Verfassungsschutz-Mitarbeitern. Teile eines 10 000 Seiten Konvoluts, das zwischen 2003 und 2006 zusammengetragen wurde, diente den „Experten“ als Vorlage für „Hysterie und Leichtfertigkeit.“ Der FR-Korrespondent schreibt: „Roth und weitere Journalisten haben zwischenzeitlich strafbewehrte Unterlassungserklärungen bzw. eine entsprechende Presseerklärung abgegeben oder sich telefonisch bei dem betroffenen früheren Staatsanwalt entschuldigt.“ Der ausführliche Bericht unabhängiger Experten zum „Sachsen Sumpf“, aber auch der sogenannte „Schäfer-Bericht“ zur Kooperation von Journalisten mit dem BND, sind wertvolle Dokumente für alle Journalisten, die sich mit dem Dunst der Dienste umgeben.

Die Fallstricke im Umgang mit „trüben Quellen“ werden von den Autoren in diesem Heft ausführlich analysiert. In diesem Sinne ist die Reflexion der Arbeit mit Quellen in der journalistischen Praxis auch ein Beitrag zur medienethischen Debatte.

In dieser Werkstatt wird auch auf die Problematik von (vermeintlichen) Experten als Quellen hingewiesen. Zu diesem journalistischen Tabu-Thema gibt es eine hoch interessante interne Anleitung der Nachrichtenagentur AP zum „Umgang mit Quellen“. (FH/Letzte Aktualisierung 02.10.2006) Hier werden alle Mitarbeiter auf die Regeln bei der Quellenprüfung, auf die Problematik von blogs und Quellen im www, auf die Quellenaufbewahrung und Quellenhinweise aufmerksam gemacht. Besonders aufschlussreich ist das Kapitel „Experten / Schwarze Liste“. Hier heißt es: „In dieser – bislang noch sehr unvollständigen – Liste aufgeführte Experten oder Institutionen haben uns aus unterschiedlichen Gründen schon Probleme bereitet und werden daher in der AP-Berichterstattung nicht berücksichtigt. Alle AP-Mitarbeiter, die schlechte Erfahrungen mit Experten/Institutionen gemacht haben, mögen diese bitte per Mail an (...) mailen, damit wir sie ggf. in diese Liste aufnehmen können.“

Nur zwei Fallbeispiele:

„Geheimdienste: Udo Ulfkotte (nicht umstrittener Geheimdienstexperte, der inzwischen auch als ddp-Mitarbeiter firmiert und damit für uns endgültig nicht mehr in Frage kommt).
Gesundheit: Deutsche Gesellschaft für Ernährungsmedizin und Diätetik (DIET) (betreibt sehr geschickt verdeckte Produkt-PR; wurde vor zwei Jahren von der ‘SZ’ als unseriös enttarnt.“

Die interne Liste der Nachrichtenagentur AP ist eine sehr wertvolle Quelle. Gleichwohl müsste nicht nur in die großen Nachrichtenredaktionen diese Sensibilität ebenfalls einziehen, wenn interessengebundene „Rentenexperten“ oder „Automobilexperten“ die jeweilige Marktlage aus ihrer PR-Perspektive erklären.

In diesem Sinne ist auch diese nr-Werkstatt als Informations- und Inspirationsquelle zu verstehen, die gewohnte Rituale im Journalismus aufgreift und praxistaugliche Alternativen entwirft.

Die nr-Fachtagung zum Thema „Quellenmanagement“ wurde von der Rudolf Augstein Stiftung unterstützt. Dafür bedanken wir uns im Namen aller Beteiligten.

Bonn, Berlin, Brüssel – Recherche in politischen Institutionen

Hans-Martin Tillack (STERN)

„News is what someone somewhere wants to keep secret. Everything else is advertising.“ Frei übersetzt: Journalismus besteht darin, Dinge zu veröffentlichen, die andere geheim halten wollen. Alles andere ist Reklame. Der Satz stammt von Viscount Northcliff, einem britischen Pressebaron des frühen 20. Jahrhunderts. Seine Definition von Journalismus mag für manche etwas eng klingen. Aber sie ähnelt stark einigen heute geläufigen Definitionen von investigativem Journalismus.

Wie gelange ich als Journalist in Berlin oder auch Brüssel an diese geheimen Informationen? Die erste Antwort ist: Das wüsste ich auch oft gerne.

Auf Bestellung funktioniert es jedenfalls kaum. Und ein Patentrezept gibt es nicht.

Jeder hat seine eigenen Methoden. Und natürlich kann keiner allzu sehr ins Detail gehen, ohne eigene Quellen zu verraten.

Grob gesagt gibt es drei Kategorien möglicher Quellen:

- Insider. Also zum Beispiel Beamte, Abgeordnete oder Firmenmitarbeiter.
- Außenseiter, die mal Insider waren. Also zum Beispiel geschasste Mitarbeiter von Behörden oder Abgeordneten.
- Schließlich gibt es Nicht-Insider, die mit den Insidern zu tun hatten: Zum Beispiel Firmen, die bei einer Vergabeentscheidung benachteiligt wurden und sich vom Rechtsweg weniger erwarten als von uns Journalisten.

Wie komme ich mit diesen Menschen in Kontakt? Die erste Antwort ist: Älter werden.

Je länger man als Journalist im Geschäft ist, desto länger wird die Liste der Leute, die man kennt. Das heißt: Leute, die man schon mehrfach zum persönlichen Gespräch getroffen hat, zum Essen, für ein Bier – und sie womöglich sogar in einem erfreulichen Zusammenhang im Blatt erwähnt hat. Letzteres kann nicht jedem zu Gute kommen, aber es zählt für Politiker natürlich besonders.

Die Kehrseite des Älterwerdens gibt es auch. Natürlich wird im Lauf des Berufslebens gerade eines auf Recherche erpichten Journalisten auch die Liste derjenigen Menschen immer länger, denen man schon einmal auf die Füße getreten ist.

Mein seinerzeitiger Büroleiter im Bonner „stern“-Büro, Michael Backhaus, pflegte sogar zu spotten, der „stern“, das sei „eine große Maschine zur Vernich-

tung von Kontakten.” Weil der „stern” ein Blatt ist, das tendenziell eher dann berichtet, wenn etwas Unerfreuliches passiert ist.

Sich Feinde zu machen kostet Nerven. Sich durch freundliche Berichterstattung Freunde zu machen, macht das Leben leichter. Ich erinnere mich an eine kurze Zeit im März 1995, in der ich das für mich neue Gefühl hatte, mit der Bonner Politikwelt in völligem Einklang zu leben. Kurz nacheinander hatte ich eher freundliche Porträts über (erstens) den neuen grünen Oppositionsstar Joschka Fischer und (zweitens) die taff wirkende neue Umweltministerin Angela Merkel veröffentlicht. Es war irgendwie beglückend. Vielleicht spüren andere Kollegen dieses Gefühl öfter, im Einklang mit der Umwelt zu leben.

Sowohl in den Jahren davor wie danach hatte ich sonst immer einen Überhang an Artikeln, die mir Feinde eintrugen. Der Name Tillack stehe für “15 Jahre fortgesetzten Ärger”, soll der FDP-Europaabgeordnete Jorgo Chatzimarkakis gesagt haben. Er fasste damit auf seine Weise meine Jahre in Bonn und Brüssel zusammen.

Nur zeigt die Erfahrung auch: Mit jedem Stück, das ernsthaft und seriös Kritisches über eine Person oder Institution an das Tageslicht bringt, verschafft man sich zwar nachtragende Gefühle seitens des oder der direkt Betroffenen. Aber es gibt eben auch die indirekt Betroffenen, also all die, die ebenfalls Grund haben, an den Fähigkeiten von Politiker X und Behörde Y zu zweifeln. Die werden damit auf einen aufmerksam und melden sich mit neuen Informationen. Dazu gleich mehr.

Es soll überdies Leute in der Politik geben, die es generell schätzen, wenn sie aus der Zeitung etwas Neues erfahren – und sei aus den Untiefen der eigenen, schlecht kontrollierten Verwaltung. Der CDU-Abgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Peter Altmaier, versicherte einmal öffentlich, er sei für investigativen Journalismus regelrecht dankbar – erst so erfahre er von vielen Dingen, die sich im eigenen Haus abspielten.

Aber auch Politiker, über die man schon einmal kritisch geschrieben hat, scheiden nicht automatisch aus dem Kreis der Kontakte aus. Es hilft, wenn man, bei aller nötigen Härte, fair geblieben ist.

Andererseits gilt: Journalisten geraten schnell in eine Sackgasse, wenn sie anfangen, Beamte oder Politiker vor kritischer Berichterstattung zu verschonen, nur weil sie zu den eigenen Quellen gehören. Ich habe mir jedenfalls stets vorge-

nommen, niemals eine wichtige Geschichte nicht zu schreiben, nur weil sie einen langjährigen Kontakt verärgern könnte.

Der kluge Journalist baut vor und versucht den Kreis der Kontakte stetig zu erweitern. Das sollte sich gerade beim Recherchejournalismus nicht auf die Großkopften beschränken. Die Mitarbeiter in der zweiten Reihe wissen meist im Detail besser Bescheid und sind leichter erreichbar.

Wenn irgend möglich, wird man den Anbieter interessanter Informationen persönlich treffen. Beim „stern“ haben wir das Glück, zu diesem Zweck auch mal nach Bukarest oder Miami (zwei Städte, in denen ich übrigens noch nie war) fliegen zu dürfen.

Vor allem aber habe ich gelernt, die Rolle von Außenseitern und Whistleblowers nicht zu unterschätzen. Selbst die Niederländer haben ihr eigenes Wort für diese „Klokkenuider“ – zu Deutsch: Glockenläuter.

Dass wir in der deutschen Sprache über kein Synonym verfügen, sagt etwas aus über die geringe Wertschätzung, die es im konsensverliebten, hierarchiebewussten Deutschland für sie gibt. Der Brüsseler Whistleblowerin Marta Andreasen wurde von einer Brüsseler Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung sogar per Artikel vorgeworfen, sie habe ihre Beamtenpflicht zur Loyalität verletzt, als sie Vorwürfe gegen ihre vorgesetzte Kommissarin Michaela Schreyer publik machte.

Freilich hatte diese Beamtin ihre Kritik am betrugsanfälligen Buchführungssystem der EU-Kommission zunächst monatelang intern vorgebracht – aber vergebens. Wer sich als Journalist mit dem Fall beschäftigte und mit der – dann rasch geschassten – Beamtin sprach, lernte jedenfalls mehr als die Kollegen, die ihre Recherche lange darauf beschränkten, die Reaktionen der EU-Kommission zu vermeiden. Wenn sie den Fall überhaupt aufgriffen.

Außenseiter gibt es überall, und sie werden oft nicht ernst genommen. Das ist kein Wunder, denn der Normalmensch bemüht sich in der Regel, Normalmensch zu bleiben. Doch würden wir uns alle immer nur anpassen, wäre die Menschheit eine Schafherde.

Um Konflikte mit dem eigenen Arbeitgeber oder der eigenen Partei zu riskieren, braucht ein Whistleblower besonders viel Mut und vielleicht auch etwas mehr Mut zur Exzentrik.

Egal, ob Insider oder Outsider: Bevor sie mit mir reden, müssen sie mir vertrauen. Es geht um mindestens dreierlei:

- Das Vertrauen, dass ich als Journalist Hinweise zum Beispiel auf behördeninterne Unregelmäßigkeiten ernsthaft überprüfe – und es nicht bei einem Anruf beim zuständigen Pressesprecher belasse, der unweigerlich erklären wird, alles sei in bester Ordnung.
- Dass ich umgekehrt die Hinweise für einen potentiellen Skandal so sorgfältig auf Belegbares und nicht Belegbares hin abklopfe, dass die Geschichte hinterher auch Bestand hat, etwa vor den Gerichten. Beziehungsweise: Dass die Betroffenen gar nicht erst wagen, vor Gericht zu gehen.
- Und schließlich die zentrale Voraussetzung: Das Vertrauen der Quellen, dass ihre Identität geschützt bleibt. Das ist das A und O. Um zu demonstrieren, dass wir das ernst nehmen, sind wir nach der vom EU-Betrugsbekämpfungsamt OLAF angestoßenen Razzia im Brüsseler „stern“-Büro im März 2004 vor alle erreichbaren Gerichte gezogen. Bis uns der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im November 2007 Recht gegeben hat.

Ja, es hilft, wenn der potentielle Informant den Namen des Journalisten via Suchmaschine findet und erfährt, dass man schon mal vor Gericht ging, um seine Quellen zu schützen.

Natürlich hätten auch die Klagen nicht viel geholfen, wenn die belgische Polizei und das Betrugsbekämpfungsamt in meinen Unterlagen bereits Hinweise auf die Personen gefunden hätten, die sie suchten. Das ist ja das Perfide bei einer Razzia oder auch bei anderen Versuchen, Quellen von Journalisten zu enttarnen: Vor Gericht ziehen kann man erst, wenn die Durchsuchung längst passiert ist oder man von der Lauschattacke erfahren hat. Dann ist es leicht zu spät.

Bei Einträgen in Kalender und Adressbuch bin ich deshalb sehr vorsichtig. Man kann sie verlieren – auch ohne Razzia. Oder die Tasche kann gestohlen werden.

Viele meiner Notizen trage ich in den Computer ein. Bei sensiblen Quellen trage ich dafür nur Decknamen ein, bei besonders sensiblen Namen sogar wechselnde. Nicht vergessen: Auch Laptops können gestohlen werden.

Das Cicero-Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat für Journalisten in Deutschland etwas mehr Sicherheit geschaffen. Mir nichts, dir nichts kann die Staatsanwaltschaft Redaktionsbüros nicht mehr heimsuchen.

Das Gleiche gilt – im Prinzip – in allen Mitgliedsstaaten des Europarats, von Wladiwostok bis Lissabon. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat das erneut bestätigt, in seinem bereits erwähnten Urteil zu der Klage, die wir gegen das Königreich Belgien angestrengt hatten.

Die sieben Straßburger Richter unterstrichen den elementaren Charakter, den der Quellenschutz habe, damit die Presse ihre Rolle als „Wachhund“ („chien de garde“) spielen könne. Und das Gericht fügte hinzu, dass das Recht von Journalisten, ihre Quellen zu schützen, nicht als „einfaches Privileg“ behandelt werden dürfe, dass man „gewähren oder verweigern“ dürfe. Vielmehr sei der Quellenschutz ein unverzichtbares Element des „Rechtes auf Information“.

Aber beim Quellenschutz ist es wie bei einem nicht allzu stabilen Deich: Immer mal wird eine Bresche geschlossen. Siehe die beiden erwähnten Urteile. Doch Behörden und Gesetzgeber schlagen für jedes geschlossene Loch rasch ein Neues – siehe die jüngsten Durchsuchungsaktionen in Postämtern oder – von der Bundesanwaltschaft initiiert – die abgehörten Telefongespräche bei NDR und anderen.

Jeder Politiker in Deutschland bekennt sich zur Pressefreiheit. Aber dass Pressefreiheit ohne Quellenschutz nicht viel wert ist, steckt in vielen Köpfen nicht drin – zumal bei denjenigen Behörden, die umgekehrt das Interesse haben, ihre Geheimnisse nach Kräften abzuschirmen.

Der belgische Polizeikommissar Philippe Charlier fragte mich nach der Razzia in Brüssel ganz unverblümt: „Warum haben Sie uns nicht einfach den Namen Ihres Informanten genannt? Warum tun Sie sich das alles an?“

Seinem Vorschlag zu folgen, hätte mir in der Tat das Leben leichter gemacht. Hätte ich meine Quellen genannt – ich hätte mich mit einem Schlag von dem hochgradig ehrenrührigen Vorwurf befreien können, Beamte bestochen zu haben.

Die höchsten deutschen und europäischen Gerichte haben zwar den Rang des Quellenschutzes oft genug bekräftigt. Aber wir Journalisten müssen viel mehr tun, um klar zu machen, dass es hier nicht um ein Privileg für eine kleine Berufsgruppe geht, sondern um eine Kernvoraussetzung der Demokratie.

Manchmal frage ich mich, ob wir bei der Verteidigung unserer Rechte offensiv genug sind. Dass Beihilfe zum Geheimnisverrat nicht mehr strafbar sein sollte, fordern wenigstens Grüne und FDP. Aber warum verlangt eigentlich außer dem

Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) niemand die Abschaffung des Paragraphen 353b des StGB, der Geheimnisverrat zur Straftat erklärt?

Erst die Nazis hatten diesen Paragraphen 1936 überhaupt eingeführt – zusätzlich zum Delikt des Landesverrats. Auch dem Bundestag ist es seitdem nicht eingefallen, dieses Erbe der Diktatur wieder abzuschaffen. Natürlich ist es aus Sicht von Behördenleitern attraktiv, dass man eigene Mitarbeiter nicht nur disziplinarisch, sondern auch per Strafandrohung zum Schweigen verpflichten kann. Aber ist das wirklich im Interesse aller Bürger, die nicht Teil der Obrigkeit sind, sondern von ihr regiert werden?

Solange die Gesetze zum Quellenschutz lückenhaft bleiben, haben Journalisten keine andere Wahl, als stets höchste Vorsicht walten zu lassen, zumal angesichts der Vorratsdatenspeicherung. Nichts Sensibles per E-Mail. Handy aus und Batterie raus, wenn man sich an einsamen Orten trifft. Und so weiter.

Wenn ich einen mir bisher nicht bekannten Beamten in einer heiklen Sache das erste Mal anrufe, tue ich das nach Möglichkeit nicht in seinem Büro, sondern auf seinem heimischen Festnetzanschluss. Mit der Umkreissuche im Internet-Telefonbuch sind solche Nummern heutzutage oft leicht auch außerhalb der Großstädte recherchierbar.

Als ich so Ende 2006 bei einem Beamten des Bundeskriminalamtes anrief, hatte ich kein Glück. Er wollte keinen Kontakt und informierte seine Pressestelle – was sein gutes Recht und natürlich auch seine Beamtenpflicht ist. Hinterher beschwerte sich der BKA-Pressesprecher bei mir wegen dieses Rechercheversuchs. Ein solcher Anruf zuhause verstoße gegen die guten Sitten. Kein anderer Kollege tue das.

Ich glaube dennoch, dass all das nötig sein kann, um Vertrauen herzustellen. Und das – wie gesagt – ist der Schlüssel.

Kürzlich traf ich noch einmal eine Frau, die mir in Brüssel ein bisschen geholfen hatte. Warum habe sie mir gleich beim ersten Treffen vertraut, fragte ich. Sie erinnerte mich an etwas, was ich schon wieder vergessen hatte: Sie hatte unser erstes Treffen platzen lassen. Sie brauchte mehr Zeit, sich über mich bei Beamtenkollegen zu erkundigen. Danach war sie zu einem Gespräch bereit. Und brachte gleich bei einem der nächsten Treffen einen Stapel Papiere mit.

Informanten können von sich aus auf sich aufmerksam machen. Aber manchmal – und hoffentlich nicht zu selten – will man als Journalist selbst die Initiative ergreifen. Dafür muss man sich zwei Fragen stellen: Wer kann die gesuchten Informationen haben? Wer könnte bereit sein, sie herauszugeben?

Dafür bietet das Politikgeschäft eine Menge Anknüpfungspunkte, weil es in einer Demokratie vom institutionalisierten Konflikt geprägt ist: Die Opposition rivalisiert mit der Regierung um die Macht. Der Abgeordnete Huber wetteifert mit der Kollegin Müller um die Frage, wer Minister wird. Oder zumindest Ausschussvorsitzender.

Journalisten sollten eher vermeiden, sich als Angehöriger eines parteipolitischen Lagers zu gebärden. In der Kollegengeneration der so genannten 68er war das noch häufiger der Fall, heute ist es seltener – einige ältere Kollegen scheinen sogar überzeugt, es sei bei Journalisten meiner Generation zu selten. Das ist definitiv nicht meine Meinung.

Wie auch immer – es ist für die Recherche allemal besser, wenn ich auch als langjähriger ehemaliger „taz“-Redakteur (der ich bin) während rot-grüner Regierungszeiten auf Informationen von CDU-Abgeordneten hoffen kann. Und natürlich umgekehrt. Weil in der Demokratie mal die einen und mal die anderen in der Opposition sind.

Anders als in Berlin fällt in Brüssel der Konflikt Regierung-Opposition weg. Dafür gibt es zahllose Bruchlinien entlang der verschiedenen – jetzt 27 – Nationalitäten. Rufe ich in Berlin einen mir bisher nicht bekannten Ministerialbeamten an und bitte um Auskunft, wird er mich in mindestens neun von zehn Fällen an die Pressestelle verweisen, so wie es vorgeschrieben ist. In Brüssel ist das genauso vorgeschrieben, aber nach meiner bescheidenen Erfahrung kann man trotzdem mit jedem zweiten oder dritten EU-Beamten am Telefon ein Gespräch anknüpfen.

Im Lauf der Brüsseler Jahre hat mich ein Beamter an den nächsten vermittelt. Es hat mir wahrscheinlich geholfen, dass ich schon bei meiner Ankunft in der EU-Hauptstadt gut Französisch konnte. Und keine prinzipielle Abneigung gegen längere Mittagessen hatte.

Hier ist vielleicht ein Exkurs zu den Motiven von Quellen angebracht. In der Debatte um die undichten Stellen im Untersuchungsausschuss und die darauf folgenden Ermittlungsverfahren gab es auch unter uns Journalisten einige, die das Arbeiten mit Geheimdokumenten ins Zwielficht rücken wollten. Journalisten,

denen etwa im BND-Untersuchungsausschuss aus den Reihen der Opposition Geheimpapiere zugesteckt würden, ließen sich damit instrumentalisieren, hörte ich sogar einmal von einer Kollegin einer großen ARD-Anstalt.

Diese Kritik scheint mir auf der Annahme zu beruhen, dass die offizielle Informationspolitik von Ministern und Pressesprechern per se neutral und keineswegs interessengeleitet sei. Diese Annahme ist offenkundiger Unsinn.

Würden wir unsererseits nur mit Menschen reden, die völlig lauterem Herzens zu uns kämen, hätten wir nicht viel zu schreiben. Natürlich gibt es Whistleblower, die aus ehrlicher moralischer Empörung Missstände publik machen – das passiert häufiger als man denkt. Wenn die betroffenen Behörden – sei es die EU-Kommission oder das Auswärtige Amt oder welche Behörde auch immer – diesen internen Nestbeschmutzern womöglich Wichtigtuerei oder Schlimmeres unterstellen, ist das der normale Behördenreflex.

Einmal war ich in Brüssel auf der Suche nach einer ganz bestimmten Information und handelte mir viele Absagen ein. Ich telefonierte rauf und runter, bis ich einen französischen EU-Beamten am Telefon hatte, der über meinen Anruf regelrecht erfreut war. Der Grund: Er war ein „stern“-Fan. Sein Geburtstag war mit dem des „stern“ identisch. Deshalb sammelte er seit jeher jede Ausgabe unseres Magazins. Nur seine Frau beschwerte sich manchmal wegen der Nackten auf dem Titelbild.

Aber natürlich gibt es auch Fälle, in denen Insider deshalb reden, weil sie eine Rechnung begleichen wollen. Das kann der FDP-Politiker sein, der seinem zum Landesminister aufgestiegenen Parteifreund die Karriere neidet – und deshalb über die verschwiegene Blockflötenvergangenheit des Konkurrenten auspackt.

Oder der Firmenberater, der die Bestechung eines EU-Mitarbeiters organisieren sollte – aber von seinen Auftraggebern weniger Provisionen bekam, als von ihm erwartet. Was ärgerlich sein kann, wenn man als Vermittler bestimmte Summen weitergeleitet hat, aber selbst auf seinen Teil warten musste...

Offizielle schriftliche Vereinbarungen zwischen Bestecher und Bestochenen gibt es in Fällen von Korruption eher selten, was für Ermittler wie Journalisten die Beweislage erschwert. Umso besser, wenn diejenigen reden, die die Tat begangen haben. Dass ihr Motiv Rache ist, sollte man in Rechnung stellen. Entscheidend sind jedoch zwei andere Kriterien: Lassen sich die Anschuldigungen bewei-

sen? Und sind sie brisant genug, um eine Veröffentlichung zu rechtfertigen?

Und was ist mit den Infonoraren, die „Spiegel“ und „stern“ angeblich so großzügig verteilen? Ja, es gibt sie. In den USA sind sie verpönt. Aber auch US-Medien verpflichten ehemalige Behördenmitarbeiter als Experten – gegen Geld. Geld ist kein lauterer Motiv, aber wie gesagt: Auch die unlauteren Motive eines Informanten müssen die von ihm erzählte Geschichte nicht entwerten.

In dem Straßburger Urteil, das wir erstritten haben, ging es auch um den vom EU-Betrugsbekämpfungsamt OLAF gegen mich lancierten Verdacht, ich hätte einen Beamten bestochen. Das habe ich nicht getan – und ich wäre verrückt gewesen, es zu tun.

Um es ganz klar zu sagen: Behördenmitarbeiter (und unter Umständen auch Firmenmitarbeiter) für Informationen zu bezahlen, ist Korruption. Auch Journalisten müssen sich an die Gesetze halten. Als Journalist, der Bestechung anprangert, darf man sie selbst schon gar nicht begehen. Das ist der Preis der Glaubwürdigkeit. Dass die Nicht-Begehung von Korruption einem dabei nicht unbedingt erspart, ihrer bezichtigt zu werden, ist leider ebenfalls wahr.

In der Liste möglicher Quellen gibt es eine weitere Kategorie: die anonymen Briefe. Ihr Wert wird gelegentlich angezweifelt, vor allem natürlich von denjenigen, die in ihnen angegriffen oder bloßgestellt werden – falls die Betroffenen davon erfahren.

Ich habe eine ganze Reihe von Geschichten nur dank solcher Schreiben veröffentlicht. Natürlich setzt das voraus, dass dem Brief ein Dokument beiliegt, dessen Authentizität sich verifizieren lässt. Oder dass die Informationen sich anderweitig nachrecherchieren lassen. Das ist öfter möglich als man denkt.

Natürlich ist bei anonymen Schreiben ganz besondere Vorsicht geboten. In Brüssel fanden sich 1999 gefälschte Dokumente mit Vorwürfen gegen den damaligen finnischen EU-Kommissar Erkki Liikanen in den Briefkästen bekannter Rechercheure. Hätten die Kollegen den Unterlagen unbesehen geglaubt, wären sie blamiert gewesen.

Gelegentlich überlassen Behörden einem des Durchstechens verdächtigen Mitarbeiter ein präpariertes Dokument und warten ab, ob es bei einem Journalist landet. So enttarnte der Europäische Rechnungshof 1999 den Informanten eines Luxemburger Zuträgers des „Spiegel“.

Nach der Brüsseler „stern“-Razzia im März 2004 sagte mir ein hoher Kommissionsbeamter, er habe sich gewundert, dass OLAF nicht diese diskrete Methode gegen mich eingesetzt habe.

Sie gilt also zumindest in Brüssel als Standard. Zum Glück funktioniert sie nicht in allen Fällen. Behörden können sie nur dann wirklich erfolgreich einsetzen, wenn sie bereits einen oder einige wenige Mitarbeiter im Verdacht haben. Aber warum sollte mir überhaupt irgendjemand etwas zuschicken?

Manager reden vom „first mover’s advantage“, den der hat, der als erster auf einem Markt auftritt. Den Vorteil hat auch ein Journalist, der als erster mit einem substantiierten Artikel zu einem sich anbahnenden Skandal auf sich aufmerksam macht. Wenn mir das gelingt, falle ich Personen in diesem Feld auf.

Wo es Missstände gibt, gibt es oft auch Streit. Wenn in einer Behörde oder einer Firma Unregelmäßigkeiten geduldet oder sogar gefördert werden, ist es sehr wahrscheinlich, dass das intern zu Konflikten führt. Zum Beispiel weil Mitarbeiter bei korrupten Praktiken nicht mitmachen wollten und deshalb gemobbt oder sogar entlassen wurden. Die deshalb sehr gute Gründe haben, mit Journalisten zu reden.

Mir ist es häufig passiert, dass sich Insider mit Informationen und auch Dokumenten an mich gewendet haben, nachdem ich zu einem bestimmten Thema publiziert hatte. So habe ich es beim seinerzeit besonders betrugsanfälligen EU-Statistikamt Eurostat erlebt, wo es sogar eine eigene unabhängige kleine Beamtengewerkschaft gab, die gegen die verbreiteten Unregelmäßigkeiten aufbegehrte.

Wenn immer ich – anfangs oft nur auf stern.de – einen neuen Artikel veröffentlichte, hing am Schwarzen Brett der Gewerkschaft kurz darauf eine französische oder englische Übersetzung meines Stückes. Die irgendein Beamter in seiner Freizeit angefertigt hatte. So wurde der Kreis meiner Informanten in Sachen „Eurostat“ stetig größer.

Ähnlich war es im Fall Siemens. Hier hatte ich im Juli 2004 von einem Verdachtsfall auf Korruption bei der Europäischen Wiederaufbauagentur (EAR) in Belgrad berichtet, in den die Duisburger Firma Lurgi Lentjes Services (LLS) und Siemens verwickelt waren (beide bestreiten diese Verwicklung bis heute).

Um einen 50-Millionen-Euro-Auftrag zur Wiederinstandsetzung des Kraftwerks Nikola Tesla A3 zu erhalten, hätten LLS und Siemens einen britischen EAR-Mitarbeiter mit Geld und einem Jaguar (X-Type) bestochen, so der Verdacht der EU-Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF. Sicher war, dass der Brite mit dafür gesorgt hatte, ein fünf Millionen Euro billigeres Angebot der französischen Firma Alstom auszusondern – weil angeblich technisch unzureichend.

Über einen Brüsseler Kontakt hörte ich von einem Mann, der dieses Geschäft mit eingefädelt hatte, jetzt aber reden wollte. Ich traf ihn in Belgrad. Und ich erfuhr, dass die Wuppertaler Staatsanwaltschaft bereits informiert war.

Zunächst vermeldeten wir im Juli 2004 im „stern“ wenig mehr als die Tatsache, dass Siemens und Co. den Auftrag unter etwas merkwürdigen Umständen erhalten zu haben schienen – und dass die Staatsanwaltschaft in dieser Sache ermittelte.

Unsere ersten Anfragen bei den Wuppertaler Strafverfolgern, die die aus Brüssel kommende Akte seit November 2003 vorliegen hatten, erhöhten vielleicht auch den Handlungsdruck für die Ermittler. OLAF hatte die Sache dort ursprünglich nicht als Fall höchster Dringlichkeit übermittelt. Nun besorgten sich die Staatsanwälte Durchsuchungsbefehle und veranstalteten im September 2004 bei Siemens und LLS Razzien. Kurz darauf veröffentlichten wir einen größeren Artikel mit zusätzlichen Details.

Als Reaktion darauf wiederum meldete sich bei mir ein weiterer Insider. Es folgte ein weiterer Artikel.

Auf unsere Berichterstattung wurde ein Journalistenkollege in London, Michael Gillard, aufmerksam. Er hatte Kontakt zu einem ehemaligen Manager von Siemens Medical Solutions, Sam Tsekhman, der schwere Korruptionsanschuldigungen gegen Siemens in Russland erhob. Regelmässig sei ihm in einem Hotelzimmer im Hilton-Hotel in Wien Bargeld im Koffer übergeben worden. Mit diesem Geld habe er Aufträge in Russland akquiriert.

Gillard veröffentlichte einen Teil von Tsekhmans Anschuldigungen in der Londoner „Mail on Sunday“. Anschliessend rief er mich an und vermittelte uns einen Kontakt mit Tsekhman.

Ich traf mich mehrfach mit dem ehemaligen Siemens-Manager und ließ mir am Ende eine eidesstattliche Versicherung von ihm unterschreiben.

Wenn der Einschub hier erlaubt ist: Ich weiß, der juristische Wert solcher Erklärungen vor Gericht ist begrenzt. Aber wenn ein ehemaliger Siemens-Manager an Eides statt versichert, er habe regelmäßig von seinem namentlich genannten Vorgesetzten Schmiergeld in Koffern erhalten, hat das eine andere Qualität, als wenn er diese Aussage einmal macht – und sie später eventuell wieder zurückzieht. Auf diese Weise können eben auch aus mündlichen Aussagen Dokumente werden.

Auf der Basis von Tsekhmans Aussagen, einem dicken Stapel von internen Siemens-Papieren und weiteren Recherchen veröffentlichte ich im September 2005 einen ausführlichen, dreiseitigen Artikel zu Korruptionspraktiken bei Siemens.

Das war ein Jahr bevor die Münchner Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen publik machte. Darum mussten wir mit allerlei juristischen Gegenangriffen der Siemens AG rechnen. Die dann bezeichnenderweise aber nicht kamen.

Stattdessen meldeten sich drei weitere Insider bei mir. Das führte zu einem neuen Stück im November 2005, jetzt wieder zu Korruptionspraktiken in der Kraftwerkssparte von Siemens.

Unsere Artikel haben wohl dazu beigetragen, die Ermittler in München zu ermutigen, den Fall voranzutreiben – Siemens ist in Bayern ja nicht irgendeine Firma. Die Staatsanwälte wussten, dass die Causa hoch sensibel war. Kein Wunder, dass sie sehr vorsichtig voringen.

2006 entschieden sie, sich bei ihren Ermittlungen allein auf die Siemens Telekommunikationssparte zu konzentrieren. Was immer die Motive der Münchner Staatsanwälte waren: Der „stern“ konnte sich durch den Ende 2006 aufbrechenden großen Siemens-Skandal bestätigt fühlen.

Das Beispiel Siemens zeigt, dass man bei verbreiteten Korruptionsprobleme davon profitiert, dass es viele unzufriedene Mitwisser gibt. Hat man erst einmal einen Aufschlag gemacht und über diese Probleme berichtet, hat man gute Chancen, von weiteren Informanten angesprochen zu werden.

Manche meinen, es gebe noch eine weitere Voraussetzung für das erfolgreiche Recherchieren: Das, was man auf Englisch den „shit detector“ nennt. Also die Fähigkeit, es zu riechen, wenn etwas faul ist.

Auch mir ist es schon passiert, dass ich ein internes Papier bekam, es zunächst für eine kleinere Geschichte verwendete – und erst nach einigen Wochen entdeckte, dass das Dokument noch einen anderen Hinweis enthielt. Der dann

sehr viel größeren Wirbel auslöste. Manchmal ist die Nase halt einfach wie verstopft.

Es soll sogar vorkommen, dass sich Journalisten kollektiv die Nasen verstopfen. Zum Beispiel große Teile des deutschen Korrespondentenkorps in Brüssel. Ich habe an anderer Stelle (etwa in „Message“ 3/2006: „Subtiler Jubel aus Brüssel“) im Detail beschreiben, wie dort Journalisten großer deutscher Zeitungen selbst offenkundige Missstände öfters einfach unter den Tisch fallen lassen.

Als ich im August 1999 das „stern“-Büro in Brüssel aufmachte, wurde unser Blatt nicht einmal regelmäßig vom Kommissionspressedienst ausgewertet. Dann hatte ich erste Rechercheerfolge, aber ich glaube nicht, dass sie von vielen wahrgenommen wurden – weil sie keiner aufgriff.

Vermeidbare Schlampereien mit Plutonium (ja, Plutonium) in den Kernforschungszentren der EU-Kommission? Milliardenprogramme für die Forschungsförderung, bei deren Evaluierung es drunter und drüber ging? Dubiose Kreditaufträge an die WestLB im Europaparlament? Korruptionsverdacht im EU-Statistikamt Eurostat? Das waren einige der Geschichten, über die ich schrieb, die kaum ein Echo fanden.

Besonders im Fall Eurostat gab es aber viel zu viel Rauch, der ohne Feuer nicht zu erklären war. Erste Hinweise auf dubiose Praktiken in der 700-Mann-Behörde hatte ich seit 2001. Seit Februar 2002 lagen mir interne Papiere des EU-Betrugsbekämpfungsamts OLAF vor, wonach dubiose Praktiken in dem Amt sehr verbreitet schienen. Lange stand ich mit den Recherchen trotzdem auf sehr einsamer Flur. Selbst als Anfang 2003 OLAF bereits sechs verschiedene Verfahren in Sachen Eurostat eröffnet (wenn auch eher lustlos betrieben) hatte, kanzelte das „Handelsblatt“ unsere Eurostat-Erkenntnisse als bloße „Anekdoten“ ab.

Als im Frühjahr 2003 die „Financial Times“ in das Thema einstieg, begannen aber schließlich auch die EU-Prüfbehörden einschließlich OLAF ernsthaftere Untersuchungen. Die führten rasch dazu, dass die komplette Führungsebene bei Eurostat – Generaldirektor Yves Franchet und alle Direktoren unter ihm – ausgetauscht wurde.

Bisher war hier immer nur die Rede von geheimen Dokumenten. Aber bekanntlich hat sich in der Geschichte des Journalismus gezeigt, dass selbst öffentlich zugängliche und insofern nicht wirklich geheime Informationen trotzdem nicht öffentlich bekannt waren.

Zu Beginn einer Recherche die mühelos zugänglichen Materialien zu beschaffen und zu sichten, sollte selbstverständlich sein. Zugegebenermaßen ist es immer mit einer Menge Fusselarbeit verbunden.

Angenommen, es gibt den oben erwähnten anonymen Brief. Oder einen anderen Hinweis von jemandem, der etwas weiß. Da braucht es vielleicht nicht mehr als den Gang ins Handelsregister um zu erfahren, wer mit wem welche Firma gegründet hat. Diese Informationen sind öffentlich zugänglich – aber bisher hat vielleicht nur keiner nach ihnen geschaut. Wir taten das im Januar 2005 im Fall des damaligen Grünen-Abgeordneten Ludger Volmer und stellten fest, dass er zusammen mit dem schillernden Leipziger CDU-Mann Roland Poser eine gemeinsame Firma besaß. Die sogar noch dazu Aufträge von der Bundesdruckerei bekam. Für die Volmer munter Abgeordnetenmandat und Geschäft vermengte. Einige Wochen nach unserer Veröffentlichung trat er zurück.

Wichtig ist beim Gang ins Handelsregister, sich nicht darauf zu beschränken, den Auszug der Karteikarte zu studieren. Den findet man inzwischen ja bundesweit im Internet, was eine große Hilfe ist. Vor Ort in den Amtsgerichten kann man aber sehr viel mehr an Dokumenten einsehen. Nämlich dann, wenn man auch die Akte zu der Firma zur Einsicht erbittet.

Dort findet man manchmal erstaunliche Dokumente. Anfang 2006 entdeckte ich im Handelsregister im Schweizer Zug in der Akte der ohnehin als dubios verschrienen Gazprom-Tochterfirma Rosukrenergo einen als vertraulich deklarierten Brief. Er stammte von deren Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG. Im Oktober 2005 legte KPMG darin ihr Prüfmandat nieder – wegen des Risikos einer „Rufschädigung für unsere Unternehmung“, wie es in dem Schreiben hieß. Vor uns hatte keiner dieses interne, aber dennoch öffentlich zugängliche Papier entdeckt. Hinterher haben es viele andere zitiert.

Denn natürlich hat auch ein deutscher Journalist das Recht, solche Akten in der Schweiz oder – sagen wir – Zypern einzuziehen. Dort, in Nikosia, habe ich im Juli zum Thema Gazprom recherchiert. Die Akten durfte ich auch dort einsehen. Allerdings erlaubten es mir die zyprischen Behörden nicht, Kopien zu machen. Ich behelf mir ein bisschen mit der Handy-Kamera. Das Ergebnis war gar nicht so schlecht.

Seit fast zwei Jahren haben wir auf Bundesebene ein Informationsfreiheitsgesetz. Seitdem haben nun auch wir Deutschen als (fast) letzte in Europa ein generelles Recht, wie es Amerikaner seit Jahrzehnten besitzen und Schweden sogar

seit Jahrhunderten: Einblick zu nehmen in die Akten der Behörden.

Nach wie vor steht dieses Recht bei uns oft nur auf dem Papier. Ich habe seit Januar 2006 eine Menge Anfragen an diverse Bundesministerien gestellt, aber die meisten wurden abgelehnt.

Der Terminkalender des früheren Kanzleramtschef Steinmeier? Abgelehnt, weil „keine amtlichen Informationen“ im Sinne des Gesetzes! Die Anschaffungspreise der Dienstwagen des Kanzleramtes? Abgelehnt, weil „Betriebs- und Geschäftsgeheimnis der Zulieferer“!

Flugdaten CIA-verdächtiger Jets? Abgelehnt, „weil die Sorge besteht, dass eine nicht sach- und fachgerechte Interpretation der Daten zu einer Beeinträchtigung der auswärtigen Beziehungen führen kann“! Letztere ist zweifellos eine besonders schöne Begründung. Achtung! Falsche Interpretationen informierter Bürger gefährden Ihre auswärtigen Beziehungen!

Aber ich hatte auch einmal richtig Erfolg mit der Informationsfreiheit, wenigstens teilweise. Nach einigem Hin und Her erlaubten mir Ende 2006 und Anfang 2007 alle Bundesministerien einen Einblick in die internen Listen ihrer Sponsoren. Von denen gibt es mehr als man denkt. Der Rüstungskonzern EADS bezuschusst den Generälen der Bundeswehr schöne Feste (Ball der Luftwaffe, Ball des Sanitätsdienstes). Die Deutsche Telekom finanziert einem Beamten des Verkehrsministeriums eine Reise zu einem Kongress in Washington, und so weiter.

Wir berichteten darüber im Januar und zitierten auch aus einem – nicht per IFG erlangten – internen Schreiben des Bundesrechnungshofes, der die Bundesregierung aufforderte, diese Namen künftig generell publik zu machen. Prompt schlossen sich auch Bundestagsabgeordnete aller Parteien dieser Forderung an. Dank unserer Recherchen ist die Sponsoringpraxis der Berliner Ministerien nun ein bisschen transparenter.

Beim Informationsfreiheitshürdenlauf braucht man allerdings einen langen Atem. Im Fall der Sponsoren begann meiner bereits im August 2006. Da hatte ich zu meiner Verblüffung festgestellt, dass zwar eine Regierungsvorschrift verlangt, die Sponsoren der Regierung „transparent zu machen“. Doch im öffentlichen Sponsoringbericht standen die Namen trotzdem nicht.

Also stellte ich eine IFG-Anfrage an das Innenministerium und bat um die Liste mit den Sponsoren. Das Ministerium lehnte ab. Sie hätten keine Liste und seien

auch nicht verpflichtet, eine zu erstellen. Die meisten Informationen lägen so wieso bei den einzelnen Ministerien.

Nun schickte ich – nach Beratung mit einem IFG-kundigen Juristen - textidentische E-Mails an 14 Ministerien und das Kanzleramt: Ich wolle Einblick in die Akten.

Juristisch war die Anfrage offenkundig wasserdicht. Nun willigte das Innenministerium ein und lud mich in den Berliner Ministeriumssitz. Bewacht von einer Beamtin durfte ich in den Akten blättern. Das Verkehrsministerium genehmigte meinen Antrag ebenfalls und lud mich an den Bonner Ministeriumssitz. Ich flog hin und blätterte in den Akten – ein Beamter auf dem Stuhl links von mir, einer auf dem Stuhl rechts. Vorher musste ich sogar meinen Personalausweis vorzeigen. Das wollte nicht mal das Innenministerium.

Das Verteidigungsministerium stellte sich erst bockig. Zunächst müsse man alle Sponsoren fragen, ob sie mit der Akteneinsicht einverstanden seien. Ich protestierte. Die Sponsoren hätten wissen müssen, dass ihre Namen veröffentlicht werden, argumentierte ich und beschwerte mich beim Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Peter Schaar. Dessen Mitarbeiter intervenierten im Verteidigungsministerium. Nun bekam ich auch dort eine Liste mit dessen Sponsoren.

Einige Ministerien stellten mir horrende Gebühren in Rechnung, bis zu 500 Euro. Einige Ministerien – Gesundheit, Justiz - lieferten die Angaben erst viele Monate nach unserem ersten Antrag und nach mehreren weiteren Nachfragen. Der Bundespräsident verweigerte mir zunächst rundheraus die Namen einiger großer Sponsoren seines Sommerfestes, weil diese der Veröffentlichung nicht zugestimmt hätten.

Wir schrieben darüber, andere griffen den Fall ebenfalls auf. Nach einigen weiteren Monaten – und einer weiteren Beschwerde bei Peter Schaar – entschuldigte sich das Präsidialamt per Brief bei mir. Dass man mir die Namen nicht sofort gegeben hätte, sei „ein bedauerliches Versehen“ gewesen, schrieb mir Köhlers Justitiar.

Inzwischen hat der „stern“ einen dritten Artikel veröffentlicht, der dank einer Informationsfreiheitsanfrage entstand – aber in dem Fall auf Basis des entsprechenden Landesgesetzes in Nordrhein-Westfalen.

Dort bekam die Brüsseler Journalistin Brigitte Alfter Anfang Oktober 2007 eine Liste aller Empfänger von EU-Agrarsubventionen im Land – so weit das Geld

nicht an Einzelpersonen ging, sondern Firmen. Ich habe dann diese Liste für den „stern“ ausgewertet

Es stellte sich heraus, dass neben Großkonzernen wie Campina oder auch RWE ungewöhnlich viele große Adelsgüter hohe Summen bekamen. Um das herauszufinden benutzte ich das elektronische Handelsregister, aber auch Google Maps und Google Earth. Auf diesem Weg konnten wir die Adressen abgleichen und nachschauen, in welcher prächtigen Schlössern die Empfänger der EU-Zuschüsse zum Teil residierten. Anschließend schickten wir einen Fotografen los, der die schönsten Anwesen besuchte.

Wie gesagt, das IFG ist noch relativ neu. Nur wenige Bürger und erstaunlicherweise auch wenige Journalisten nutzen es. Deshalb geht die Lernkurve der Behörden nur langsam nach oben.

Viele in der Berliner Ministerialverwaltung waren immer schon gegen mehr Informationsfreiheit. Sie ist unbeliebt und sie ist wenig bekannt. Von dem „äh, Informations- äh -gleichstellungsgesetz“ sprach eine Sprecherin des Gesundheitsministeriums, bei der ich mich einmal nach dem Stand einer Anfrage erkundigte.

Der Versprecher war gar nicht so dumm, denn das IFG hat wirklich eine Art Gleichstellungseffekt. Bisher gewähren Pressesprecher Informationen gerne als Gnade und je nach Wohlverhalten des Journalisten. Dass Zeitungen Informationen auf Basis des Presserechts einklagen, kommt fast nie vor. Vielleicht auch deshalb, weil man das Verhältnis zum Pressesprecher nicht weiter verschlechtern möchte.

Das IFG dagegen verleiht Journalisten wie allen Bürgern nicht nur ein Recht auf Information, sondern auch ein – wenn auch stark limitiertes – Recht auf Akteneinsicht. Das unterminiert die Macht der Pressesprecher und ist bei ihnen vielleicht allein deshalb entsprechend unbeliebt.

Ein hoher Mitarbeiter des Bundespresseamts nahm mich kürzlich auf einem Empfang zur Seite und warnte mich, ich sollte lieber ganz mit meinen IFG-Anfragen aufhören. Die führten nur zu großem bürokratischen Aufwand und verschafften mir Feinde in der Behörde. Sowie so werde das Gesetz außer von mir nur von einem etwas sonderlichen freien Kollegen sowie einem Reporter der Bild-Zeitung genutzt. Ich als „stern“-Journalist hätte das IFG doch gar nicht nötig, versicherte der BPA-Mann mir. Ich bekäme doch alle Informationen auch so.

Sein Angebot war klar: Informationen gerne, aber als gewährte Vergünstigung, nicht als Rechtsanspruch.

Nun hatte mir an diesem Punkt die Brüsseler Erfahrung geholfen. Von einem britischen Kollegen hatte ich dort gelernt, mich auf die EU-Bestimmungen zur Informationsfreiheit zu berufen. Bereits in Brüssel hatte ich gelegentlich Beschwerden beim Europäischen Ombudsmann eingereicht, wenn mir Informationen verweigert wurden. Mit Erfolg – zum Beispiel bei Recherchen zu Eurostat.

Zuvor hatte die EU-Kommission über ein Jahr lang versucht, das Thema unter der Decke zu halten. Meine Anfragen beschied sie regelmäßig mit der Antwort, wegen der laufenden OLAF-Untersuchungen könne man nichts sagen. Ich beschwerte mich beim Ombudsmann und bekam Recht. Die EU-Kommission musste meine Fragen beantworten und mir zum Beispiel Aufstellungen über alle Aufträge an eine betrugsverdächtige Firma liefern.

Hartnäckigkeit und Geduld zahlen sich also aus. Es war im März 2002, als wir gerade die beiden Artikel veröffentlicht hatten, die dann zwei Jahre später den Vorwand für die Razzia im Brüsseler „stern“-Büro lieferten. Damals traf ich mich mit einem Mitarbeiter von Kommissionspräsident Romano Prodi zum Mittagessen, und er mahnte mich: Ich müsse aufpassen, dass ich nicht als „lonely rider“ unter meinen Kollegen isoliert werde. Während andere Kommissionssprecher die Kollegen warnten, nur ja nicht mit mir zusammen zu arbeiten. In ihrem eigenen Interesse.

Eineinhalb Jahre später priesen mich auch Kommissionsleute für meine Hartnäckigkeit beim Thema Eurostat. Heute, fünf Jahre später, haben wir sogar vor Gericht obsiegt.

Wie gesagt: Älter werden hilft.

Hans-Martin Tillack ist „stern“-Redakteur seit 1993. Zunächst arbeitete er in Bonn, dann von 1999 bis 2004 als Brüssel-Korrespondent, jetzt als Reporter im Berliner „stern“-Büro.

Dokumentationen



Die Dokumentationen

nr-Werkstatt:
Dunkelfeld Korruption

nr-Werkstatt:
Presserecht in der Praxis

nr-Werkstatt:
Kritischer Wirtschaftsjournalismus

nr-Werkstatt:
Online-Journalismus

können kostenfrei gegen einen adressierten und ausreichend frankierten Rückumschlag (DIN C5, 1,50 Euro) beim netzwerk recherche bezogen werden.

Bezugsadresse:
netzwerk recherche
Walkmühlentalanlagen 25
65195 Wiesbaden

www.netzwerkrecherche.de
info@netzwerkrecherche.de



Zweifel, Skepsis und Distanz

Hans Leyendecker

Ich habe kürzlich in einem von der Schiller-Gesellschaft herausgegebenen „Marbacher Katalog“ geblättert. Der Band zeigt die Recherchen von Schriftstellern wie Alfred Andersch, Alfred Döblin oder Hermann Hesse, die nach individuellen Ordnungsprinzipien ihre Recherchen durchführten. Recherche ist also etwas, das jeder machen sollte, der schreibt. Ich empfehle den Band dringend zur Lektüre. Es finden sich darin viele Beispiele für interessante Recherchen.

Als Döblin beispielsweise an seinem Roman „Die drei Sprünge des Wang-lun“ arbeitete, schrieb er im Dezember 1912 an Martin Buber: „Ich brauche allerlei chinesisches Diverse, das mir Milieusicherheit garantiert. Alles, was sich irgendwie erreichen lässt, habe ich schon gelesen. (...) Sittenschilderungen, Dinge des täglichen Lebens, Prosa besonders des 18. Jahrhunderts (...); davon kann ich natürlich nicht genug haben“. Döblin wollte präzise den Verwaltungs- und Militärapparat darstellen und erforderlich waren auch Spezialkenntnisse über die Hierarchie der kaiserlichen Marine.

Da fällt mit der Satz einer jungen Kollegin ein: „Wie haben Sie eigentlich früher recherchiert, als es noch nicht Google gab?“ fragte sie mich. Wie hat denn Döblin recherchiert? Im Internet wohl nicht.

„Personen und Papier“: Wer sind die Personen und wie komme ich mit Ihnen ins Gespräch? Es gibt bei Fragestellern und Antwortgebern unterschiedliche Temperamente, unterschiedliche Charaktere. Für den Journalisten aber gilt: Auf Dauer wird er nur Erfolg haben können, wenn er wirklich sachkundig ist. Gesprächspartner erwarten, dass Journalisten sich auf ein Gespräch vorbereiten und von dem Gegenstand etwas verstehen. Der Ministerialbeamte, der sich etwa ein Leben lang mit den Problemen der Kälbermast beschäftigt, findet zu Hause für sein Thema längst keinen Zuhörer mehr und auch im Ministerium wird er sich schwer tun, Fachgespräche zu führen. Dabei kann Kälbermast hochspannend sein.

Versuchen Sie, mit ihm ins Gespräch zu kommen. Lesen Sie Fachaufsätze, bleiben Sie dran. Sie gelten in der jeweiligen Branche rasch als gut informiert.

Wie kommt man an Informanten? Indem man auf Leute zugeht. Bei Empfängern von Ministerien oder anderen Behörden ist oft zu beobachten, dass sich zwei

Gruppen bilden: Auf der einen Seite stehen die Journalisten und reden über die vielfältigen Probleme ihres Berufes. Auf der anderen Seite stehen die Beamten und reden miteinander über ihre Probleme. Es wäre gut, wenn, wie in der Tanzstunde, beide Gruppen zusammenkämen.

Pflegen Sie Ihre Informanten, indem Sie Kontakt halten. Wer immer nur kommt, weil er eine Quelle braucht, wird auf Dauer von der Quelle nicht unterstützt werden. Lesen Sie Fachbücher, schauen Sie manchmal in Dissertationen, um auf dem Laufenden zu bleiben. Überflüssig? Zu aufwändig? Suchen Sie nicht nach Ausreden. „Personen und Papier. Quellen finden und öffnen“ – das setzt doch voraus, dass jemand überhaupt unbedingt Quellen finden möchte.

Was also sind Zielvorstellungen, Randbedingungen und Bewertungskriterien der Recherche?

„Sie ist die Basis für Berichterstattung jeglicher Art und setzt umfassende Informationen voraus. Eine Recherche hat unvoreingenommen zu sein und darf sich nicht mit einer einzigen Quelle zufrieden geben. Idealerweise wird die eigene Beobachtung ergänzt sowohl durch die Suche im Archiv als auch durch Interviews. Presse-Mitteilungen müssen überprüft, ergänzt und im Zweifelsfall verworfen werden, sonst verkommt der Journalismus zu einem Verlautbarungs- und PR-Instrument. Das Ziel der Recherche ist objektive Genauigkeit der Darstellung. Dazu sind die kompetentesten Quellen auszuschöpfen, auch wenn sie nicht in das ursprüngliche Konzept einer Geschichte passen“ – so steht es in einem Lehrbuch.

Leitmotiv bei der Recherche sind Zweifel, Skepsis und Distanz. Tugenden, die der verstorbene Tagesthemen-Moderator Hanns-Joachim Friedrichs jungen Journalisten gepredigt hat. Sein Credo: „Einen guten Journalisten erkennt man daran, dass er Distanz zum Gegenstand seiner Betrachtung hält; dass er sich nicht gemein macht mit einer Sache, auch nicht mit einer guten Sache; dass er immer dabei ist, aber nie dazugehört.“

Der recherchierende Journalist sammelt Informationen, prüft die Glaubwürdigkeit der Quellen und ermittelt ihre Motive, um zu einem eigenen Urteil zu gelangen.

Aller Anfang ist schwer, sagt ein Sprichwort aus Ostfriesland. Nur nicht beim Steine sammeln. Was zunächst leicht erscheint, wird nach und nach immer schwerer. Mit der Recherche ist es ähnlich. Das Sammeln von Hinweisen, Informationen mit all ihren Widersprüchlichkeiten kann nach einer Weile ganz schön

anstrengend sein. Am Ende erweist sich manchmal der erste Verdacht als falsch und es kann passieren, dass keine Geschichte herausgekommen ist. Viel Aufwand, kein Ertrag – das ist für viele Journalisten ein Schreckensszenario.

„Journalisten sagen lieber gleich ihre Meinung, statt zu recherchieren; Kommentatoren argumentieren über die Köpfe des Publikums hinweg“, schrieb der damalige ZDF-Redakteur und heutige Intendant des Deutschlandradios, Ernst Elitz, bereits in den achtziger Jahren.

Ebenfalls in den achtziger Jahren erschien eine Studie der Kommunikationswissenschaftlerin Barbara Baerns, die Beiträge aus Zeitungen, Hörfunk und von Nachrichtenagenturen nach der Quellenlage geprüft hatte: 85 Prozent aller Fälle hatten als Basis nur eine Quelle – vor allem Informationen aus einer Pressekonferenz oder PR-Mitteilungen, die ungeprüft verarbeitet worden waren.

Die ökonomische Krise der Verlage hat die Lage in Redaktionen und Archiven seitdem nicht verbessert. „Wer Journalisten durch quantitativ hochwertige Zulieferungen Arbeit abnimmt, und damit den Verlagen Kosten erspart, dringt mit seinem Anliegen wesentlich leichter durch als derjenige, der nicht in die Aufbereitung von Informationen investiert“, schrieb die Düsseldorfer DIKOM-Agentur im Jahr 2002 in einer Untersuchung.

In Sendern und Zeitungen verwalten immer weniger festangestellte Redakteure Themen, Seiten und Sendungen – und sie haben kaum Möglichkeit, sich ein paar Wochen aus dem Innendienst zurückzuziehen, um eine Geschichte gründlich zu recherchieren. Ein freier Autor, der einer Zeitung oder einem Sender eine recherchierte, ernsthafte Geschichte anbieten will, wird sich dreimal überlegen müssen, ob er die Geschichte wirklich durchzieht. Kein Ergebnis, kein Geld.

Auch stimmen oft die Begriffe nicht. Exklusiv ist, was als exklusiv ausgegeben werden kann. Jedes Jahr gibt es eine Top-Liste der Blätter, die mit angeblichen Exklusivgeschichten aufgefallen sind. Wer die meisten Nominierungen erzielt, hat folglich am besten und am meisten recherchiert. Niemand prüft, ob diese prämierten Meldungen überhaupt stimmten oder ob sie recycelt wurden. Schon gar nicht spielt eine Rolle, ob die aufgegriffenen Themen politische oder soziale Relevanz hatten. Exklusiv ist, was einen Moment lang als exklusiv gilt. Am nächsten Tag wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben.

Bei den Zeitungen liegt übrigens „Bild“ immer wieder vorn. Dass eine Boulevard-

zeitung in einer solchen Liste ganz vorne rangiert, wäre in den USA unvorstellbar.

Für die Informationsüberprüfung hat die amerikanische „Society of Professional Journalists“ eine Checkliste zusammengestellt. Die wichtigsten Punkte:

Können Sie alle Tatsachen belegen, sind alle dokumentiert?

Haben Sie für alle Schlüsselinhalte die Gegenprobe gemacht.?

Sind Sie sich ganz sicher, dass alle in Ihrem Artikel enthaltenen Tatsachen der Wahrheit entsprechen?

Sind Sie darauf vorbereitet, Ihre Inhaltskontrolle öffentlich zu verteidigen oder auf sonstige Maßnahmen zur Überprüfung Ihres Textes zu antworten?

Sind die Zitate in Ihrem Text korrekt und im richtigen Zusammenhang präsentiert?

Zitieren Sie anonyme Quellen? Wenn ja, warum? Sind Sie darauf vorbereitet, sich öffentlich für die Verwendung solcher Quellen zu rechtfertigen?

Wer von uns arbeitet mit einer solchen Checkliste? Niemand vermutlich. Auch gibt es in der Republik keine Mäzene, die solche Arbeit unterstützten. Hierzulande wird vielerlei als recherchierender Journalismus ausgegeben, auch die gewöhnliche Schlüsselloch-Guckerei. Ein Journalismus kommt hoch, der die Wirklichkeit nicht abbildet, sondern inszeniert. Es geht immer mehr um schnelle Effekte. Aber das Muster des recherchierenden Journalismus setzt eine Tiefenrecherche voraus, bei der es um für die Öffentlichkeit relevante Vorfälle geht, die geheim gehalten werden sollen und vom Journalisten enttarnt werden.

Wer über Recherche schreibt, darf das Publikum nicht vergessen. Es verlangt hartes Nachsetzen, verliert aber bei komplizierten Stoffen rasch die Geduld. Leser, Hörer, Zuschauer winken ab: Nicht schon wieder. Man hat ja noch andere Interessen. Aber recherchierender Journalismus braucht ein Auditorium, das Beharrlichkeit schätzt und bereit ist, vom eigenen Vorverdacht loszulassen. Gute Recherche kennt das Ergebnis nicht vorher.

Hans Leyendecker, zweiter Vorsitzender von Netzwerk Recherche, hat fast zwei Jahrzehnte für den Spiegel geschrieben und ist nun Leitender Redakteur der Süddeutschen Zeitung. Leyendecker ist Autor und Mitautor zahlreicher Geschichten über Skandale in Deutschland. Er gehört dem amerikanischen International Consortium of Investigative Journalists an und ist Autor zahlreicher Bücher. Für seine Arbeiten erhielt er Auszeichnungen im In- und Ausland, darunter den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis, den Erich-Fromm-Preis und den Henri-Nannen-Preis.

Geduld, Geschick, Gespür

Wie bekomme ich Quellen und Zeugen vor die Kamera?

Egmont R. Koch

Die Recherche für eine investigative Fernsehdokumentation oder -reportage unterscheidet sich zunächst wenig von derjenigen für ein Printmedium: mit möglichst vielen Quellen sprechen, ihnen – auf Wunsch – strenge Vertraulichkeit zusichern, ihre Informationen mit denen anderer Gesprächspartner abgleichen. Das alles ist journalistisches Handwerkszeug. Viele Ratschläge muten deshalb eher wie Selbstverständlichkeiten und Binsenweisheiten an: Gefordert im Umgang mit Quellen und Informanten sind Geduld, Geschick und Gespür. Man sollte den Gesprächspartnern möglichst auf Augenhöhe begegnen, also wichtige Quellen niemals unvorbereitet treffen (nach dem Motto: „Sie können mir doch bestimmt alles erzählen!“). Wichtig ist darüber hinaus, gut zuhören zu können, Zwischentöne zu registrieren, sich in seiner eigenen Rolle zurückzunehmen, nicht mit eigenem Wissen glänzen zu wollen, immer auch an den Menschen hinter den Informationen Interesse zu zeigen. Ich mache selten während wirklich wichtiger Gespräche mit Quellen Notizen, weil das nach meiner Meinung ein falsches Signal aussenden würde, sondern eher unmittelbar nach dem Ende der Begegnung; auf diese Weise bleiben die Gespräche „zwangloser“. Aber da wird jeder seine eigenen Methoden, seinen eigenen Stil entwickeln.

Ist die Geschichte inhaltlich recherchiert, beginnt die Arbeit für den Filmemacher eigentlich von neuem. Wie soll das angesammelte Wissen zu einer spannenden Dokumentation oder Reportage verarbeitet werden, wie sollen die Struktur und die Dramaturgie aussehen, welche „Zutaten“ (Effekte, Musik) sollten eingesetzt werden. Weil Reportagen und Dokumentationen aber immer auch eine Geschichte erzählen wollen, sind sie auf Protagonisten angewiesen und „leben“ von offenen Zeugen. Da aber genau beginnt das Problem, denn – anders als im gedruckten Stück – kann die TV-Dokumentation nicht (oder nur sehr begrenzt) auf anonyme Quellen zurückgreifen. Originalzitate eines Informanten, der „seinen Namen nicht in dieser Zeitung lesen will“, mögen der gedruckten Story die Würze geben, sie sind im Rahmen eines Films so nicht oder nur in Ausnahmefällen machbar. Optisch anonymisierte Zeugen (Schattenriss, von hinten aufgenommen usw.), vor allem aber von einer neutralen Sprecherstimme nachgesprochene Originalaussagen vermitteln wenig bis gar keine Glaubwürdigkeit, werden dennoch immer häufiger eingesetzt. Hinzu kommt: Oftmals bietet die optische und akustische „Verfremdung“ ohnehin keine absolute Anonymität, da Freunde und Kollegen der Quelle diese natürlich auch von hinten oder als Schatten an der Wand

erkennen. Es ist oft geradezu unfair, seinen Quellen den Eindruck zu vermitteln, sie würden auf den Aufnahmen „garantiert nicht erkannt“. Wie aber gelingt es, eine zunächst vertrauliche Quelle dazu zu bewegen, vor die Kamera zu gehen?

In vielen Fällen gelingt das gar nicht! Und man versucht es auch besser erst gar nicht! Nach einigen Berufsjahren wird jeder Reporter ein Gespür dafür entwickeln, ob allein der „unsittliche“ Antrag das mühsam aufgebaute Vertrauensverhältnis zum Einsturz bringen könnte. Denn bei vielen Gesprächspartnern würde die Frage, ob er sich vorstellen könne, vor die Kamera zu gehen, einen Lachkrampf auslösen oder der Naivität des Fragestellers. Aber es gibt viele Quellen, die nicht in diese sensibelste Kategorie fallen, die vielleicht nicht einmal Konsequenzen zu befürchten hätten, wenn sie in die Öffentlichkeit gehen, und doch zunächst nur unter der Bedingung der Vertraulichkeit einem Gespräch zugestimmt haben.

Ratsam ist es, potentielle Kandidaten für offene Aussagen vor der Kamera in eine Reihenfolge ihrer Bedeutung für das Thema zu bringen. Akten und Dokumente lassen oft eine „Hierarchie“ möglicher Zeugen erkennen. Anders als bei der Recherche, wo man sich von unten (unbedeutendere Zeugen) nach oben (wichtige Quellen) vorarbeitet, empfiehlt sich, diese in absteigender Bedeutung anzusprechen, um sie für ein Interview zu gewinnen. Wenn der vermeintlich wichtigste Zeuge mitspielt, kann man auf die anderen womöglich verzichten. Die Chancen, bei den Leuten aus der zweiten oder dritten Reihe zu reüssieren, sind ungleich höher, weil die sich durch die Anfrage in ihrer Bedeutung aufgewertet sehen und in der Regel am schnellsten überzeugen lassen. Das ist oft mit „Klinkenputzen“ und viel Fußarbeit verbunden, denn natürlich möchten die meisten mehrfach gebeten werden, ehe sie scheinbar zögerlich und widerwillig zusagen, obwohl ihre Entscheidung eigentlich schon lange feststeht.

Ausdauer und Hartnäckigkeit sind ohnehin die vornehmsten Tugenden für investigative Journalisten. Im Extremfall kann die Suche nach möglichen Quellen und Interviewpartnern nicht unähnlich sein der Tätigkeit von Druckerkolonnen, die von Tür zu Tür ziehen, um einen neuen Zeitungs-Abonnenten zu gewinnen. Bei einem meiner letzten Filme („die story: Geheimnis hinter Nebelschwaden“, WDR 2005), in dem es um den größten Kunstraub in der deutschen Nachkriegsgeschichte ging, hatten meine Kollegin und ich Fotos von einem Appartement in Bruchköbel bei Frankfurt erhalten, in dem die in der Frankfurter Kunsthalle Schirn gestohlenen Werke von William Turner und Caspar David Friedrich zeitweilig aufbewahrt wurden, außerdem den Hinweis, dass sich dieses Appartement in einem

bestimmten Teil von Bruchköbel liege. Wir gingen also auf die Suche, klingelten an Dutzenden von Wohnungstüren, so dass wir uns schon wie eine Drückerkolonne vorkamen, fanden schließlich die betreffende Wohnung und stießen auf einen Mann, der sich sofort als kooperationswillig erwies und uns die Hintergründe des Tathergangs schilderte. Zufall? Reporterglück? Sicherlich! Aber auch Belohnung nach einem steinigen Weg.

Eine wichtige Quelle wird sich auch nicht sofort am Telefon und oder nach der ersten persönlichen Begegnung zu einem offenen Interview bereit erklären. Oft sind mehrere Termine notwendig, um Stück für Stück das Vertrauen zu gewinnen. Dazu gehört auch das Interesse an der Person, nicht nur an seinem Wissen oder seiner Aussage. Wenn es überdies gelingt, dem Zeugen den Fortschritt der Recherche zu illustrieren, ihn einzubinden in den Werdegang des Filmprojekts – und das kann auch heißen: in die Sachzwänge des Filmemachers, der seine Geschichte nicht mit anonymen Quellen erstellen kann – ist schon viel gewonnen.

Geld? Natürlich gibt es solche Fälle, in denen eine Aufwandsentschädigung dem Zögerlichen für ein Interview vor der Kamera auf die Sprünge hilft. Nach meinen Erfahrungen sind das jedoch seltene Ausnahmen. Man muss seinem Bauch vertrauen, denn ein Angebot kann auch als „unsittlich“ und beleidigend empfunden werden und daher kontraproduktiv sein. Auch habe ich niemals mehr als ein Anerkennungshonorar gezahlt.

Aber es gibt noch weitere Methoden, Quellen, deren spontane Absagen spürbare Spielräume lassen, doch noch zu gewinnen. Eine davon ist, die Angst vor dem Interview zu nehmen. Ich biete in solchen mitunter fast aussichtslosen Fällen manchmal an, dass wir uns das aufgezeichnete Interview hinterher gemeinsam anschauen, gewissermaßen autorisieren zu lassen. Gibt es aus Sicht des Zeugen etwas besser zu machen? Hat er sich verheddert? Hat er zu sehr geschwitzt? Notfalls kann der fragliche Teil des Interviews noch einmal wiederholt werden. Ein fairer Umgang mit den Quellen macht sich immer bezahlt. Diese Bereitschaft zur Autorisierung sollte allerdings klar zeitlich befristet und auf die Zeit des Interviews beschränkt sein. Sie endet immer mit dem Abbau der Gerätschaft, sonst könnte jeder Interviewpartner noch kurz vor der Ausstrahlung des Filmes seine Genehmigung zurückziehen.

Es kann auch notwendig sein, im Vorfeld Kompromisse über die Fragen zu erzielen. Möchte die Quelle zu bestimmten Fragen keine Antwort geben? Ich hatte bei einem meiner letzten Projekte über die deutsche Vorgeschichte des irani-

schen Atomprogramms („die story: Der Physiker der Mullahs“, ARD 2007) mehrere Gespräche mit einem Zeugen, über den ich bereits zwanzig Jahre zuvor einmal extrem kritisch berichtet hatte, weil er damals Pakistan auf krummen Wegen mit Nukleartechnik versorgt hatte. Für meine Iran-Geschichte erwies er sich als wichtiger Zeuge, der bestätigen konnte, wie der frühere iranische Projektleiter Ende der achtziger Jahre in Deutschland eingekauft hatte, um den Mullahs den Weg zur Bombe zu ebnen. Doch der schon lange pensionierte, inzwischen weit über 80-jährige Exportmanager wollte unter keinen Umständen erneut als „Beschuldigter“ zu den alten Pakistan-Vorwürfen Stellung nehmen. Wir verständigten uns deshalb darauf, dass ich ihn vor der Kamera lediglich zum „Physiker der Mullahs“ befragen würde (also zum Iran und nicht zu Pakistan), und deshalb willigte er schließlich ein. In diesem Fall war es von großer Bedeutung für den Film, einen Augenzeugen offen befragen zu können. Manchmal muss man sogar die Tatsache, eine hochkarätige Quelle vor der Kamera zu haben, höher bewerten als deren inhaltliche Aussagen. Der Interviewpartner wertet die Geschichte „optisch“ auf und verschafft dem Film dadurch eine höhere Glaubwürdigkeit.

Als nützlich hat sich erwiesen, bei jener (womöglich dritten oder vierten) Begegnung mit einer Quelle, bei der man ein Interview vor der Kamera zur Sprache bringen will, das Aufnahmeteam stand-by zu haben, um die Gunst der Stunde, so sie denn kommt, nutzen zu können. Wer noch einmal darüber mit einem Freund diskutieren will oder alle möglichen Konsequenzen in Ruhe überdenken will, zieht seine Zusage möglicherweise doch noch wieder zurück. Ich habe übrigens niemals erlebt, dass sich Interviewpartner, die zunächst um keinen Preis vor die Kamera wollten, sich dann aber doch erweichen ließen, sich hinterher beklagt hätten, sie seien zu etwas überredet worden.

Eitelkeit darf niemals unterschätzt werden, sie ist am Ende fast immer das entscheidende Motiv. Es kann also durchaus sinnvoll sein, die Bedeutung des möglichen Interviewpartners für den Film besonders herauszustreichen. Manchmal lohnt es sogar, dem Wunschobjekt kräftig Honig um den Bart zu schmieren. Natürlich darf das nicht dazu führen, sich unter falscher Prämisse ein Interview zu „erschleichen“, das ist weder journalistisch noch juristisch erlaubt. Vor einigen Jahren „jagte“ ich zusammen mit einem Kollegen einen höchst gerissenen italienischen Gauner quer durch Europa, der sich „Dottore Cenni“ nannte und immer wieder Kunsthändler clever hinters Licht führte („Gesucht wird...Dottore Cenni“, ARD 2000). Er lud seine Opfer mit ihren wertvollen Bildern und Stichen nach Venedig ein, spielte ihnen in einem angemieteten Palazzo großes Theater mit mehreren Akteuren vor (er selbst trat nur in einer kurzen Sprechrolle am Telefon auf)

und ehe die gierigen Kunsthändler überhaupt eine Chance hatten, das falsche Spiel zu durchschauen, war seine Bande längst mit den Kunstwerken über alle Berge. Da der Mann in Italien per Haftbefehl gesucht wurde, wir aber seine Heimatadresse in Rimini kannten, hofften wir, seine Ehefrau werde ein persönlich gehaltenes Schreiben an ihren Mann weiterleiten. Der Brief klang etwa so: „Sie sind für uns das größte Schlitzohr des Jahrzehnts. Wir drehen gerade einen Film über Sie und müssen Sie unbedingt treffen, gleichgültig wo.“ Nach zehn Tagen rief er an, ein paar Wochen später trafen wir uns im Hotel Hilton in Prag und konnten das Interview mit ihm drehen.

Egmont R. Koch ist preisgekrönter Dokumentarfilmer, investigativer Journalist und Buchautor.



Sven Fregt
Mangelware Recherche
176 S., 9,90 €, br.,
ISBN 3-8256-8254-3



Dima Woschag
Anspruch ohne Wirklichkeit
15 Jahre Medien in Ostdeutschland
Die deutsch-deutsche Medienwelt ist im Jahr 15 Jahre nach der Einheit gewaltig. Der Woyzeig hat „Spiegel“ und „tagesschau“, der Osten „Super-Du“ und „Jubi“. Die Chefredaktionen sitzen im Westen. Gesamtdeutschland nutzt die Erfahrungen von Ostdeutschen mit zwei Systemen, mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen nicht. Die Folge: Die Zufriedenheit mit der staatlichen Demokratie in Ostdeutschland sinkt ab. Wie muss politische Kommunikation aussehen, damit beide Deutschlands die bestehenden Probleme diskutieren und angehen? Was ist falsch gelaufen im pro-

duktionsprozess? Und wie lässt sich eine funktionierende deutsch-deutsche Öffentlichkeit herstellen?
314 S., 29,90 €, br.,
ISBN 3-8256-9059-7



Julia Bötsch
Meinungsführer oder Populärmedium?
Das journalistische Profil von Spiegel Online
192 S., 12,90 €, br.,
ISBN 3-8256-9379-0



Matthias Arnbrecht
Kopfläger im Internet oder publizistische Avantgarde?
Was Journalisten über Weblogs und ihre Macher wissen sollten
264 S., 14,90 €, br.,
ISBN 3-8256-9633-1



Ingrid Carst
Die Deutschland-Ermittler
Investigativer Journalismus und die Methoden der Macher
Investigative Journalismus nachrichten in Deutschland bringt im Vordergrund. Diesen Buch gibt man erst mal einen spannenden Einblick in die Methoden der Macher: Wie beschaffen sie sich interne Informationen und wie überprüfen sie diese? Wie schützen sie ihre Informanten und pflegen ihre Kontakte? Mit welcher Gegenseite haben sie bei ihren Recherchen zu kämpfen? Belegt wurden investigative Journalisten unterschiedlicher Medien, die offen und ungeschönt über ihre Arbeit berichten. Jeder kann von ihren Hinweisen und Erfahrungen lernen und diese auf die eigene Arbeit übertragen. Denn diesen Buch sagt: Investigativen Journalisten kommt es weniger auf die bestmögliche Spitzensache an als auf das richtige Handwerk, das erkennbar ist. Gleichsam macht es aber auch deutlich, wie schlecht die Bedingungen für investigative Recherchen in deutschen Redaktionen sind. Eine detaillierte Analyse auf der Grundlage der vorhandenen Literatur zeigt die Gründe für die Diskrepanz zwischen der großen Bedeutung des investigativen Journalismus und seinem geringen Stellenwert im deutschen Medienwesen. Dieses Buch ist mehr als nur eine wissenschaftliche Studie, es hat den Charakter eines Handbuchs. Ein Buch, das Einblicke in die Werkstatt von professionellen Recherche-Journalisten gibt. Ein Buch für alle, die wissen möchten, wie kritischer Journalismus funktioniert. Ein Buch, das zeigt, dass kritischer Journalismus die Voraussetzung für eine lebendige Demokratie ist.
248 S., 14,90 €, br.,
ISBN 3-8256-0080-6

Akten als Quellen

David Crawford

Die Stasi zählt im Allgemeinen nicht zu den investigativen Themen, ebenso wenig wie Siemens. Und tatsächlich behandeln Journalisten, die für die führenden Zeitungen und Zeitschriften arbeiten, Geheimdienste oder große Unternehmen selten investigativ. Warum sollten sie auch? Die Stasi-Akten sind öffentlich zugänglich und Siemens hat eine Presseabteilung, die journalistische Anfragen beantwortet.

Die Frage, ob es sich bei der Stasi oder Siemens um investigative Themen handelt, muss daher präzisiert werden. Gibt es etwas zu erzählen, das so wichtig ist, dass sich eine einwöchige Recherche lohnt, wenn sich eine Presseabteilung nicht kooperativ zeigt? Ist ein Thema eine zweiwöchige Recherche wert? Kann ich die Ausgaben für eine dreimonatige Recherche gegenüber meinem Arbeitgeber rechtfertigen?

Die erste Regel des Journalismus lautet: Wenn sich eine wichtige Frage durch einen einfachen Anruf klären lässt, sollte man auf jeden Fall diesen Weg wählen. Es macht wenig Sinn, tagelang verschiedenste Leute zu interviewen, wenn man eine verlässliche Antwort von einer Pressestelle bekommen kann.

Einige Themen sind jedoch von enormer Bedeutung. Dort lohnt sich journalistischer Aufwand. Das „Wall Street Journal“ hat beispielsweise mehrere Monate investiert, um die Netzwerke ehemals hochrangiger Stasi-Mitarbeiter und deren angebliche Verbindungen zu Korruptionsfällen in Osteuropa zu recherchieren. Und 2007 beschäftigten wir uns das gesamte Jahr mit Nachforschungen zu den Korruptionsfällen bei Siemens.

Im November 2007 veröffentlichte das „Wall Street Journal“ die Namen von Personen, die Schmiergelder von Siemens erhalten hatten. Die Geschichte musste natürlich wasserdicht sein, da juristische Klagen von den Leuten zu erwarten waren, deren Namen in dem Artikel genannt wurden. Wir konnten die Geschichte damals schreiben, weil wir Zeugen und Akten gefunden hatten, die unsere Darstellung stützten.

Zugang zu Akten

Mit der richtigen Einstellung ist es leicht, sich Zugang zu Akten zu verschaffen.

Tretet selbstsicher auf! Wir bitten nicht um Zugang zu Akten, sondern „erzwingen“ ihn. Wir verlangen die Akteneinsicht, weil wir ein Recht darauf haben. Okay, das ist natürlich leichter gesagt als getan. Aber es gibt einige Grundregeln, die hilfreich sein können:

- 1) Zunächst sollte man sich um „risikofreie“, leicht zugängliche Informationen bemühen. Der Preis für Informationen ist nicht finanzieller Art; er ist in dem Risiko zu sehen, das die Arbeit mit schwierigen Quellen mit sich bringt. Ich versuche anfangs, Informationen von kooperativen Quellen zu bekommen, bevor ich mich an die schwierigen Quellen heranwage.
- 2) Überrasche Deine Quelle durch eine sehr gute Vorbereitung. Je mehr man über ein Thema weiß, bevor man sich mit seinem Gesprächspartner trifft, desto mehr Informationen lassen sich durch ein Interview gewinnen.
- 3) Die Art, wie man an neue Leute herantritt, muss genau geplant sein. Manchmal ist der altmodische Postweg die beste Möglichkeit, um einen Interview-Wunsch zu äußern, ohne dabei eine schnelle Ablehnung zu riskieren.
- 4) Man sollte eine Frage nicht stellen, wenn man mit einem „Nein“ als Antwort rechnet. Es ist sehr schwer, ein „Nein“ in ein „Ja“ zu verwandeln.
- 5) Mit wichtigen Quellen sollte man sich mindestens dreimal treffen. Es braucht Zeit, um ein gutes, vertrauensvolles Arbeitsverhältnis aufzubauen.
- 6) Mache einer Quelle niemals Versprechungen. Wenn man weiß, dass man eine Quelle schützen möchte, kann man dies auch ohne entsprechende Zusage tun.
- 7) Zeige niemals einer Quelle den Text vor der Veröffentlichung, denn damit würde man ihr zu viel Einfluss auf das ermöglichen, was man schreibt.
- 8) Hinterfrage die Aussagen Deiner Gesprächspartner und mache auch deutlich, wenn der Eindruck entsteht, dass sie nicht vollkommen offen oder aufrichtig sind.
- 9) Zwingt unwillige Gesprächspartner zur Kooperation. Niemand kann sich vor einem guten Journalisten verstecken.
- 10) Trete selbstsicher auf. Quellen arbeiten gerne mit Leuten zusammen, die eine tolle Geschichte schreiben werden.

Einige Informationen sind „risikofrei“ erhältlich

Der Preis, den man für Informationen zahlt, ist nicht finanzieller Art.

Angestellte des „Wall Street Journals“ kaufen ihren Quellen grundsätzlich keine Informationen ab. Der Preis für Informationen ist in dem Risiko zu sehen, das man eingeht, wenn man einer schwierigen Quelle gegenübertritt.

Während eines Interviews hat jede Frage, die man stellt, ihren Preis, da man dem Gesprächspartner wichtige Informationen über das eigene Vorhaben liefert. Im schlimmsten Fall könnte der Interviewpartner einen anderen Journalisten anrufen und Details aus dem Interview preisgeben. Der andere Journalist könnte dann als erster die Geschichte veröffentlichen.

Es wäre auch denkbar, dass der Interviewpartner andere mögliche Quellen anruft, um diese zum Stillschweigen aufzufordern. Um diese Gefahren zu umgehen, versuche ich, so viele Informationen wie möglich von „risikofreien“ Quellen zu erhalten. Bücher gehören dazu – sie wissen nicht, von wem sie gelesen werden.

Vorbereitung

Der erste Schritt einer Recherche besteht darin, herauszufinden, was andere Leute zu ähnlichen Themen geschrieben haben. Wenn bereits viele Geschichten existieren, erübrigt sich möglicherweise die eigene Geschichte. Andererseits lassen sich in wenig beachteten Geschichten häufig Namen von Personen finden, die man im Zuge der eigenen Recherche kontaktieren kann. Generell vermeidet man durch intensives vorbereitendes Lesen, dass man während eines Interviews Zeit auf unnötige Fragen verschwendet. Zudem signalisiert man seinem Gesprächspartner durch eine gute Vorbereitung, dass man das Thema ernst nimmt.

Vorteile lassen sich beispielsweise durch die Nutzung öffentlich zugänglicher Quellen wie Vereinsregistern, Handelsregistern und Unternehmen für Wirtschaftsauskünfte erzielen. Diese Dokumente enthalten wichtige Namen und Daten. Die Namen, die sich in solchen formellen Dokumenten finden lassen, sind besonders wichtig, da die genannten Personen häufig noch nicht mit einem Journalisten gesprochen haben. Solche Personen sind in der Regel gesprächiger, und können sich daher zu wichtigen Quellen entwickeln.

Kontaktaufnahme mit neuen Quellen

Zu den größten Problemen, mit denen Journalisten am Anfang einer Recherche konfrontiert sind, zählt die Frage, auf welchem Weg man am besten den Kontakt mit potenziellen Interviewpartnern aufnimmt.

Heutzutage werden die meisten Interviews telefonisch geführt, aber hin und wieder ist ein Interview so wichtig, dass man nicht riskieren möchte, am Telefon abgewimmelt zu werden. Man kann nicht viel tun, wenn ein Interviewpartner das Gespräch verweigert und einfach auflegt.

Grundsätzlich empfiehlt es sich, niemals eine wichtige Anfrage zu stellen, wenn die Antwort nicht mit Sicherheit „Ja“ lautet. Es ist sehr schwierig, jemanden zum „Ja-Sagen“ zu bewegen, nachdem er bereits „Nein“ gesagt hat. Deshalb sollte man eine solche Situation von vornherein vermeiden.

Einer der besten Wege, um beim ersten Kontakt ein „Nein“ zu vermeiden, ist es, gar nicht erst anzurufen oder eine E-Mail zu schreiben. Um wichtige Personen zu kontaktieren, nutze ich gerne den „altmodischen“ Postweg. Auf das Schreiben eines Briefes kann man soviel Zeit verwenden wie nötig. Es lassen sich speziell recherchierte Informationen einfügen, um den Brief noch interessanter zu machen. Zusätzlich kann man Kopien bereits veröffentlichter Geschichten mitschicken, damit der Interviewpartner sich ein Bild von der Arbeit seines Gegenübers machen kann.

Das Großartige an einem Brief ist, dass der Adressat nicht die Möglichkeit hat, schnell „Nein“ zu sagen. Dies ist der Grund, warum der postalische Weg besser ist als ein Anruf oder eine E-Mail. Das schnelle „Nein“ wird nicht ausgesprochen. Der Adressat hat die Zeit, den Brief ein zweites Mal zu lesen, und in Ruhe darüber nachzudenken. Wenn sich die angeschriebene Person nicht zurückmeldet, kann man sie anrufen und sich auf den Brief beziehen. So ist man kein Fremder mehr, wenn man schließlich mit der Person telefoniert.

Ja-Sager und Nein-Sager

Es gibt zwei Arten von Quellen: Hilfreiche Leute – und solche, die einen Journalisten davon abhalten wollen, seine Arbeit zu tun.

Nein-Sager verfügen häufig nicht über die notwendige Befugnis, um Journalisten Akten oder Informationen zur Verfügung zu stellen. Auf der anderen Seite haben sie genug Einfluss, um einen Journalisten daran zu hindern, an Informationen zu kommen. Dies könnte beispielsweise eine Sekretärin sein, die sich weigert, telefonische Anfragen weiterzuleiten oder ein Treffen zu arrangieren. Gelegentlich schaltet sich auch ein Anwalt ein, um ein Treffen zu verhindern. Sobald ein Nein-Sager weiß, was man möchte, kann er sich einem gezielt entgegenstellen und Steine in den Weg legen. Man sollte daher vorsichtig sein und keine schlafenden Hunde wecken.

Nur eine sehr kleine Anzahl von Ja-Sagern verfügt sowohl über die Informationen und Akten, die ich brauche, als auch den Einfluss bzw. die Autorität, um mit mir zusammenzuarbeiten. Ich versuche daher, gute Beziehungen zu den Ja-

Sagern aufzubauen und vermeide jeglichen Kontakt zu Nein-Sagern.

Vor mehreren Jahren versuchte ich während eines bedeutenden Gerichtsverfahrens, Zugang zu den wichtigsten Verhandlungsakten zu bekommen. Ich wusste, wenn ich einen der Anwälte fragen würde, würde seine Antwort „Nein“ lauten. Stattdessen wandte ich mich an seinen Klienten. Der Klient sprach mit seinem Anwalt ab, dass dieser mir in einem seiner Büros Einsicht in die Akten gewähren sollte. Ich wusste, dass der Anwalt mich so schnell wie möglich wieder aus seinem Büro würde raus haben wollen, deshalb leaste unsere Rechercheurin zwei große Kopierer, die mit Lieferwagen und Gabelstapler in dem Bürogebäude angeliefert wurden. Zwei Rechercheure verbrachten dann fünf Tage damit, alle Akten zu kopieren. An jedem Abend wurden die Kopien von einem Kurierservice abgeholt und in unser Berliner Büro gebracht. Nachdem der Anwalt unsere Absicht erkannt hatte, versuchte er, seinen Klienten dazu zu bewegen, die Aktion zu unterbinden. Doch sein Klient unterstützte unser Vorhaben, und die Kopierer waren bereits an Ort und Stelle. Wenn der Anwalt von Anfang an unser Vorhaben durchschaut hätte, dann hätte er wahrscheinlich behauptet, dass in seinem Büro kein Platz ist für zwei große Kopierer. So war es uns gelungen, ihn „auf seinem Boden“ zu überlisten. Aus dem kopierten Material entstanden später einige wunderbare Geschichten.

Quellen besuchen, besuchen und nochmals besuchen

Sobald man den Kontakt zu einer Quelle hergestellt hat, gilt es, dies ausnutzen. Wichtigen Quellen sollte man drei Besuche abstatten. Während eines Besuchs gibt es vier wichtige Ziele:

- 1.) Soviel wie möglich durch die Quelle in Erfahrung zu bringen
- 2.) Akten zu bekommen
- 3.) Hinweise auf andere mögliche Quellen zu erhalten
- 4.) Sicherzustellen, dass die Quelle aufrichtig ist

Manchmal reicht es, eine Quelle nur ein einziges Mal zu besuchen, aber in der Regel empfiehlt es sich, gleich von Anfang an einen zweiten und dritten Besuch einzuplanen. Das Timing des zweiten Treffens ist von entscheidender Bedeutung. Es kann vorkommen, dass man bereits wenige Stunden oder Tage nach dem ersten Besuch erneut zusammentreffen möchte. In anderen Fällen ist es besser, einige Wochen oder Monate verstreichen zu lassen.

Wenn man sich auf die Besuche gut vorbereitet, wird jedes Treffen zunehmend produktiv ausfallen.

Die Schlüsselfrage lautet natürlich, ob der Gesprächspartner einem erneuten Treffen zustimmt. Wenn die Antwort darauf „Nein“ lautet, dann muss man bereits beim ersten Besuch alles erledigen.

Keine Versprechungen

Jedes Versprechen, das man als Journalist abgibt, bildet potentiell die Grundlage für eine Klage vor Gericht. Man sollte daher Versprechungen vermeiden! Wenn man plant, eine Quelle zu schützen, kann man dies auch ohne entsprechende Zusage tun. Der Quelle erwachsen keine Vorteile aus einem Versprechen, aber für einen selbst eventuell Probleme. Zudem ist man sich selbst gegenüber seinen eigenen ethischen Grundsätzen als Journalist Rechenschaft schuldig.

Indem man ein Versprechen abgibt, lässt man sich auf Diskussionen über mögliche Auslegungen des Versprechens ein. Dies geschieht jedoch nur, wenn man ein solches Versprechen abgibt. Quellen, die bestimmte Zusagen einfordern, sind in der Regel nicht besonders hilfreich. Man sollte solchen Personen einfach sagen, dass es einem nicht möglich ist, Versprechungen abzugeben. Es liegt dann in der Hand des Gesprächspartners, zu entscheiden, ob er unter diesen Bedingungen kooperieren möchte. In der Regel gibt es hierbei keine Probleme.

Keine Einblicke gewähren

Zeige Deinen Quellen keine Auszüge Deines Textes, bevor dieser veröffentlicht ist. Ihre Aufgabe besteht darin, Fragen zu beantworten – Deine Aufgabe ist es, die Geschichte zu schreiben. Man sollte niemals einer Quelle die Möglichkeit geben, Einspruch gegen den Inhalt einer Geschichte zu erheben. Im schlimmsten Fall könnte die Quelle vor Gericht gehen, um eine Veröffentlichung zu verhindern. Dieser Fall kann jedoch nur eintreten, wenn die Quelle weiß, was man zu Schreiben plant.

Sei fordernd

Sei nicht zu nett zu Deiner Quelle. Weise darauf hin, wenn Du den Eindruck hast, dass nicht die Wahrheit gesagt wird. Verlange von Deinen Quellen, absolut aufrichtig zu sein, und nimm Dir für die Antworten so viel Zeit wie nötig. Es empfiehlt sich, die E-Mail-Adresse und die Mobilnummer der Quelle zu kennen, damit man diese am Abend vor der Veröffentlichung notfalls auch noch gegen 22 Uhr kontaktieren kann. Man sollte ehrlich zu seinen Quellen sein – das bedeutet aber nicht, dass man ihnen alles erzählen muss.

Da sich fast immer alternative Informationsquellen auftun lassen, ist es nicht notwendig, gegenüber Interviewpartnern bestimmte Zugeständnisse zu machen. Nimm Dir die Zeit, die Du brauchst. Die Fähigkeit, Quellen zur Kooperation zu bewegen, verschafft Dir die notwendige Unabhängigkeit, um kritische Geschichten zu schreiben.

Im Jahr 2005 berichtete der ehemalige Vorstandsvorsitzende einer Bank in einem Interview über die erfolgreiche Expansion seiner Bank nach Osteuropa. Siebzig Minuten lang ließen wir ihn über die Dinge sprechen, die er erzählen wollte. In dieser Zeit füllte ich dreißig Seiten meines Notizblocks mit nützlichen Informationen, die er freiwillig herausrückte. Im Anschluss stellte ich Fragen zur Kooperation mit dem damaligen russischen Präsidenten Vladimir Putin und einem ehemaligen Stasi-Beamten bei der Bank. Auf diese Weise startete ich ein zweites, zwanzigminütiges Interview – eines, das er wohl niemals zu erleben gehofft hatte. „Sie planen jetzt nicht ernsthaft, darüber zu schreiben“, fragte er mich. „Das ist der Grund, warum wir hier sind“, antwortete ich.

Eine detaillierte, auch verneinende, schriftliche Darstellung durch Betroffene ist häufig die beste Information, die man zu einer Geschichte hinzufügen kann. Wenn man eine solche Stellungnahme erhält, sollte man sich diese sorgfältig anschauen. Normalerweise sind darin Informationen enthalten, die man als Zitat in eine Geschichte einbauen kann. Eine Eigendarstellung der Betroffenen ist immer „on the record“, und somit zur Veröffentlichung freigegeben. Letztes Jahr erhielten wir von Siemens-Mitarbeitern eine Reihe von Briefen, in denen diese Anschuldigungen aus vorangegangenen Artikeln zurückwiesen. Wir haben ausführlich aus diesen Briefen zitiert.

Unkooperative Interviewpartner

Wenn man die richtige oder mitunter auch einzige Quelle ausfindig gemacht hat, kann man diese in der Regel zur Kooperation „zwingen“. Zugang ist nichts, wofür wir bitten, sondern etwas, das wir verlangen.

Keiner Quelle gelingt es, sich für immer vor einem zu verstecken. Dies war beispielsweise der Fall bei Martin Schlaff, einem österreichischen Geschäftsmann, der früher Computerzubehör an die ostdeutsche Stasi verkauft hat. Heute kauft und verkauft er Telefonunternehmen in Osteuropa. Im Jahr 2006 schrieb ich eine Geschichte über Herrn Schlaff, doch sein Pressesprecher weigerte sich, ein Interview zu arrangieren.

Sechs Monate später fand ich heraus, dass Herr Schlaff bei einer Auktion in Belgrad anwesend sein würde. Ich buchte ein Zimmer im selben Hotel und interviewte ihn während der Versteigerung. Ich hatte keine Notwendigkeit gesehen, die Geschichte schon früher zu veröffentlichen, da ich wusste, dass sie exklusiv war. Deshalb wartete ich – in diesem Fall ganze sechs Monate – auf die Zitate, die die Qualität meiner Geschichte enorm verbesserten. Niemand kann sich verstecken, wenn man die erforderliche Geduld aufbringt.

Sei selbstsicher

Man sollte versuchen, bereits vor Interviewbeginn die Antworten auf die zentralen Fragen zu kennen. Dadurch kann man eine „ob-Frage“ durch eine „warum-Frage“ ersetzen.

Ebenso wichtig ist es zu kommunizieren, warum man als Journalist so viele Informationen und Akten benötigt. Je verständlicher man sein Vorhaben erklären kann, desto wahrscheinlicher der Erfolg. Zum Beispiel: „Ich brauche dringend die Akten, weil ich sonst verklagt werde. Und dieser Artikel ist sehr wichtig.“

David Crawford ist Korrespondent des Wall Street Journal Europe.



Fachkonferenz

**„In der Lobby brennt noch Licht“ –
Lobbyismus als politisches Schatten-Management**

19. - 20. September 2008

in Kooperation mit der Journalisten Akademie der



Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

10.30 - 14.00 Vorprogramm

10.30 „Eine Lobby-Reise durch Berlin“, Politische Stadtführung
mit **LobbyControl** (NGO, Köln)

13.00 Beginn der Konferenz / Imbiss

14.00 - 15.15 Lobbyismus heute Hausverbot für Lobbyisten?
Christine Hohmann Dennhardt (Richterin am Bundesverfassungsgericht)

Forschungsüberblick –
Die (wissenschaftliche) Landkarte des Lobbyismus
Prof. Dr. Gerd Mielke Universität Mainz

FREITAG 19. SEPTEMBER 2008

15.15 Kaffee und Kommunikation

15.45 - 18.00 „Wir informieren doch nur...“
Eine analytische Lobby-Revue

Lobbyisten als Partner der Politik
Marianne Tritz (Deutscher Zigarettenverband)

Rauchverbot und Tabaklobby.
Erfahrungsbericht eines Abgeordneten
Lothar Binding (MdB, SPD)

Lobbystrategien zur Durchsetzung der Bahnreform
Dr. Thilo Sarrazin (Finanz-Senator Berlin)

Kaffeepause

Das Personalprogramm Seitenwechsel
N.N.

Leiharbeiter im Maßanzug
Zur Tätigkeit von Lobbyisten in den Ministerien
Kim Otto (Monitor)

Lobbyismus und Emissionshandel. Ergebnisse einer Studie
Matthias Corbach (FU Berlin)

Zwischenbilanz und Zusammenfassung

18.00 **Imbiss am Abend**

FESTVERANSTALTUNG

19.00 - 21.00 **Festveranstaltung**
20 Jahre Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

19.00 **Sprachmacht heute** – Wer setzt heute die Themen in der politischen Arena? Reflexionen zur Veränderung der politischen Kultur in Deutschland.

Wolfgang Thierse (Stv. Präsident des Deutschen Bundestages)

19.30 **Chancen, Risiken und Nebenwirkungen von Bewegungsforschung** –
Zur Wirkungsanalyse einer politischen Zeitschrift.

Prof. Dr. Roland Roth, Politikwissenschaftler

20.00 **Was können wissenschaftliche Zeitungen heute noch bewirken?** Verantwortliche Redakteure des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen und befreundeter Fachzeitschriften (Vorgänge, Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte, Blätter für deutsche und internationale Politik)

Dr. Thomas Leif, Moderation

anschl. **Empfang und Buffet**

10.00 - 12.30 **Medien und Lobbyismus**

Die mediale Drehtür –

Warum eignen sich (Top)-Journalisten als Lobbyisten?

Hans Leyendecker (Süddeutsche Zeitung)

Lobbyisten und Journalisten –

Anatomie einer effektiven Beziehung

Cerstin Gammel (Süddeutsche Zeitung):

Kommentar: **Nicola Brüning** (BMW Group)

SAMSTAG 20. SEPTEMBER 2008

Die Praxis des Negative Campaigning –

Kaffeepause

Das Internet als Marktplatz des Lobbyismus

Albrecht Ude (freier Journalist)

N.N., Kommentar:

Corporate Social Responsibility als Lobby-Strategie

Dietmar Jazbinsek (freier Journalist):

Kommentar: **Ulrich Winkler** (Deutsche BP)

12.30 **Mittagspause – Buffet**

14.00 - 15.45 **Lobbyismus in Europa**

Lobby-Paradies Brüssel –

Wie der Lobbyismus in Europa funktioniert?

David Müller (University of Strathclyde)

EU-Lobbyismus am Beispiel von REACH
Axel Singhofen (Mitarbeiter der Grünen-Fraktion im Europaparlament)

Gegenstrategien zur Macht des Lobbyismus in Brüssel
William Dinan (University of Strathclyde)

15.45 **Kaffee und Kommunikation**

SAMSTAG 20. SEPTEMBER 2008

16.15 - 18.15 **Ausblick. Zukunft des Lobbyismus**

Lobbyregister, Ehrenkodex & Co:
Wege zu mehr Transparenz Roundtable mit
Jürgen Hogrefe - Generalbevollmächtigter EnBW
Stefan Krug - Greenpeace, angefragt
Cornelia Yzer - Verband der Forschenden Arzneimittelhersteller
Norbert Theihs - Verband der Chemischen Industrie

Dr. Thomas Leif, Moderation

17.15 **Abschlussvortrag**

Lobbyismus – Gefahr für die Demokratie –
Einflusschancen und Einflussgrenzen von
Interessenvertretungen und die Rolle des Parlaments
Sonia Mikich (Monitor, WDR)

Rückfragen und Anmeldung: Tobias Quednau, Sonnenallee 26, 12047 Berlin,
t.quednau@gmx.de, 0176-29257981
info@netzwerkrecherche.de

Programmänderungen möglich

Die fünfte Gewalt

Thomas Leif
Rudolf Speth (Hrsg.)

Die fünfte Gewalt Lobbyismus in Deutschland



Leif, Thomas / Speth, Rudolf (Hrsg.)

Die fünfte Gewalt

Lobbyismus in Deutschland

2006, 368 S. Br. EUR 19,90

ISBN 3-531-15033-2

„Lobbyisten in die Produktion.“

*Finanzminister Peer Steinbrück,
FAZ 12.1.2006*

„Bis die Fusionen und die echte
Kostendämpfung erfolgt sind, setzen
die Lobbyisten bei uns keinen Fuß
mehr vor die Tür.“

Wir müssen endlich einmal ohne die
ganzen Lobbyisten unter uns diskutie-
ren und planen können.“

*Gesundheitsministerin Ulla Schmidt,
Leipziger Volkszeitung, 17.11.2005*

„Wenn ein Abgeordneter Geld
bekommt für Nichtstun, ist das
eindeutig bezahlter Lobbyismus, der
in der Politik nichts zu suchen hat.“

*Saar-CDU-Fraktionschef Peter Hans,
dpa 10.1.05*

**Hintergründe, Analysen und
Argumente zum Lobbyismus
lesen Sie in:**

**„Die fünfte Gewalt –
Lobbyismus in Deutschland“**



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

VS Verlag für Sozialwissenschaften
Abraham-Lincoln-Straße 46
65189 Wiesbaden
Telefon 0611 7878-245
Telefax 0611 7878-420

www.vs-verlag.de

„Nachrichtenfälscher“ und Verschwörungstheoretiker

Über den Umgang mit Quellen im Fall Barschel

Patrik Baab

1. Das Thema Barschel – eine Herausforderung

Am 17. September 2007 ist die Dokumentation „Der Tod des Uwe Barschel. Skandal ohne Ende“ im Ersten gesendet worden, am 01. Januar 2008 „Der Tod des Uwe Barschel. Die ganze Geschichte“ auf NDR Fernsehen, beide von Andreas Kirsch, Stephan Lamby und Patrik Baab. Als wir ein Dreivierteljahr vorher begannen, auf den 20. Todestag von Uwe Barschel am 10. Oktober 2007 hinzuarbeiten, standen uns neben regionalen Zugängen bereits eine Reihe von themenspezifischen Quellen aus zurückliegender Beschäftigung mit dem Stoff zur Verfügung. Im Folgenden will ich darstellen, wie wir diese Quellen systematisch genutzt, ergänzt und bearbeitet haben, um ein Beispiel für aktives, systematisches Quellenmanagement zur Diskussion zu stellen.

Bei unserer Recherche mussten wir Personen in Kiel und Hamburg, in Genf und Zürich, in Rostock und Berlin, in Prag, Paris und Washington gewinnen und neben öffentlichen auch „geheim“ gestempelte Unterlagen heranziehen.

Denn im Fall Barschel sind bis heute alle entscheidenden Fragen ungeklärt. Unklar ist: War es Mord oder Selbstmord? Unklar ist: War U.B. in Waffengeschäfte verstrickt – und wenn ja, in welcher Weise? Unklar ist: Was machte U.B. auf seinen Reisen in die DDR? Unklar ist: Welche Rolle spielte Barschels Medienreferent Reiner Pfeiffer – war er alleiniger Täter oder Handlanger? Unklar ist: Welche Rolle spielte eigentlich die SPD, seit wann genau hatte sie Kenntnis von Pfeiffers Aktionen? Unklar ist: Wo kommen die zweimal 25.000 Mark her, die SPD-Presse-sprecher Klaus Nilius Pfeiffer heimlich übergeben hat? Ungeklärt sind diese Punkte unter anderem auch aus einem wichtigen Grund: Im Fall Barschel sind viele Quellen in besonderer Weise problematisch.

2. Ein ungeklärter Todesfall und eine problematische Quellenlage

Die Quellen im Fall Barschel sind de facto oft nicht belastbar. Denn an vielen entscheidenden Punkten handelt es sich um

- Quellen vom Hörensagen
- Quellen mit unmittelbarem Interessenbezug
- Geheimdienstliche Quellen
- Quellen als Instrumente zur Beeinflussung des Meinungsklimas
- interessen geleitete Auswertung von Quellen

- selektiven Zugang zu Quellen
- den Versuch, Quellen zu vernebeln

Quellen vom Hörensagen

Nehmen wir als Beispiel den verstorbenen südafrikanischen Geheimdienstler und Waffenschieber Dirk Stoffberg. Stoffberg verkaufte Journalisten Informationen. Eine davon ist, Uwe Barschel sei von dem damaligen CIA-Mitarbeiter und späteren Verteidigungsminister der USA, Robert Gates, nach Genf bestellt und dort von Killern im Auftrag der CIA getötet worden. Stoffberg gibt als seinen Informanten den deutschen Privatdetektiv Rainer Jacobi an, der einmal Mitarbeiter der CIA-Tarnfirma „Adler Research“ in Boston/Mass. gewesen sein soll. Jacobi ist in Australien untergetaucht, denn er wird mit internationalem Haftbefehl wegen Rauschgifthandels gesucht. Bei einer polizeilichen Anhörung gibt er an, er habe die Geschichte auch nur gehört. Jacobi ist ein Zeuge vom Hörensagen, Stoffberg auch. Beide Personen sind keine belastbaren Quellen. Dazu der Genfer Journalist Frank Garbely:

„Stoffberg saß damals in der Schweiz fest und brauchte Geld. Das war schon ein Mann, der mit Nachrichtendiensten zu tun hatte. Stoffberg hat auch uns damals Informationen verkaufen wollen, gegen viel Geld. Diese Informationen waren frei erfunden. Der steckte in Geldschwierigkeiten und hat irgendwas erzählt, um an Geld zu kommen... Das sind keine Quellen, das sind Geschichtenerzähler.“

Interessengeleitete Quellen

Das Bundesamt für Verfassungsschutz teilt uns mit Schreiben vom 24. September 2007 – lange nach unserer Anfrage und erst nach der Ausstrahlung unseres Films – mit, dass es uns im Fall Barschel nicht behilflich sein könne und verweist auf die Staatsanwaltschaft Lübeck. Diese Darstellung ist zumindest irreführend. Der Verfassungsschutz hätte sehr wohl behilflich sein können, denn in seinen Beständen finden sich durchaus Akten zum Thema Barschel. Ein Vorgang trägt beispielsweise das Aktenzeichen IV B 1r-129-S-110 012-64/91. Zum Zeitpunkt der Anfrage lag uns dieses Dokument vor. Auch in Pullach reagiert man ähnlich: „...vielen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse am Bundesnachrichtendienst. Leider muss ich Ihnen bezüglich Ihrer Anfrage eine Absage erteilen. Aus grundsätzlichen Erwägungen geben wir zu bzw. zu angeblich operativen Belangen keine Stellungnahme ab. Mit der Hoffnung Ihnen in Zukunft behilflich sein zu können verbleibe ich mit freundlichen Grüßen...“ Wir waren nicht verwundert. Möglicherweise handelt es sich um den Versuch, die Verwicklung bundesdeutscher Politiker in Embargogeschäfte mit der DDR zu vernebeln. Denn ein Auswer-

tungsbericht des CSSR-Geheimdienstes steht dem entgegen. Darin heißt es, Uwe Barschel setze „Gelder, die er als Provision für illegale westdeutsche Waffenverkäufe an Chile und in den Nahen Osten erhält, für die Wahlkampfkampagne der CDU in Schleswig-Holstein im Sommer 1987 ein.“ Ein ehemaliger Geheimdienstoffizier in Prag bestätigte uns die Echtheit des Dokuments – was allerdings nichts Abschließendes über seine inhaltliche Qualität sagt.

Geheimdienstquellen

Beispielhaft verweise ich auf die sog. „Quelle Glasschüssel“. Dahinter verbirgt sich ein früherer Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) und Doppelagent, der 1990 zum Bundesamt für Verfassungsschutz überlief und zahlreiche Disketten mit internen Unterlagen übergeben hat. In einem Schreiben des Bundesamtes für Verfassungsschutz an den Generalbundesanwalt wird die Quelle mit dem Hinweis zitiert, im MfS sei offen darüber gesprochen worden, dass die DDR Waffen- und Embargogeschäfte für bundesdeutsche Firmen abgewickelt habe. So sei auch der U-Boot-Deal mit Südafrika über den DDR-Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski gelaufen. Es habe ein Koppelgeschäft beim Umbau und Ankauf des Kreuzfahrtschiffes „Arkona“ durch die DDR gegeben. In diesem Zusammenhang stünden auch die Besuche von Uwe Barschel in Rostock. Handelt es sich hierbei um Information oder um Desinformation? Die „Quelle Glasschüssel“ ist kaum zu überprüfen. Die betroffenen früheren Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit oder des Bereichs „Kommerzielle Koordinierung“ – allen voran der frühere DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski – schweigen. Allerdings konnte die Darstellung dieser Quelle durch weitere Belege erhärtet werden, die in der Birtler-Behörde nicht mehr zu finden sind.

Instrumentalisierung von Quellen

Die Familie Barschel gibt ein Beispiel dafür, wie Journalisten über selektiven Zugang zu Quellen instrumentalisiert werden sollen. Über ihren Anwalt, Dr. Justus Warburg lässt uns die Familie mit Schreiben vom 26. Mai 2007 mitteilen:

„Nach diesseitig erneut angestellten Überlegungen hat mich die Familie Barschel autorisiert, Ihnen mitzuteilen, dass nach dem lange Jahre ertragenen Leid die Mitglieder der Familie nicht mehr gewillt sind, sich vor der Kamera zu äußern, nachdem die Öffentlichkeit – und damit meine ich auch die Medien – den begangenen und innerhalb der Ermittlungen seitens der Familie nachgewiesenen Mord an dem ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Dr. Uwe Barschel, in Genf nicht wahrhaben wollte. Die Frage, ob ich zu ihrer beabsichtigten Dokumentation zum Wohle der Sache beitragen kann, hängt ganz al-

lein von Ihrer Einstellung zur Sache ab.“

Mit anderen Worten: Justus Warburg meint, dass die Familie nur dann mit uns zusammenarbeiten möchte, wenn wir die Auffassung vertreten, Uwe Barschel sei ermordet worden. Die Angehörigen knüpfen also ihre Kooperationsbereitschaft an Bedingungen. Mehrere andere Sender und Presseorgane erhielten ohne weiteres die Gelegenheit zum Interview. Damit versucht die Familie offensichtlich, Journalisten für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Der Grund kann darin zu finden sein, dass die Angehörigen weiter um den Ruf von Uwe Barschel kämpfen und einen Feldzug gegen frühere Parteifreunde des verstorbenen Ministerpräsidenten führen, weil diese ihn angeblich fallen gelassen haben.

Den Versuch, Journalisten über gesteuerten Quellenzugang zu instrumentalisieren, machte aber auch die SPD. Ihr gelang es 1987, den Medienreferenten von Uwe Barschel auf ihre Seite zu bringen und diesen Informanten dem Spiegel als Kronzeugen zu liefern. Der damalige Chefredakteur Erich Böhme berichtet:

„Der Antrieb war von sozialdemokratischer Seite, uns die Augen zu öffnen, was da läuft. Und die haben uns dann denn Mann ja auch geliefert. Geliefert? Die haben gesagt hier, an der Kirche steht einer, geht mal da hin, der erzählt Euch die ganze Geschichte. Es hört sich ja an wie eine Räuberpistole.“

Tatsächlich gibt es für die zentrale Behauptung des Spiegel, es handle sich bei den Machenschaften des Medienreferenten Pfeiffer um „Barschels schmutzige Tricks“, nur eine einzige Quelle: Pfeiffer selbst – ein unzuverlässiger und fragwürdiger Informant. Der Vorsitzende des Zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Kiel, Heinz Werner Arens (SPD), sieht in den Vorgängen insgesamt den Versuch, das Magazin für die eigenen Wahlkampfzwecke einzuspannen:

„Das ist Kampagnen-Journalismus. So gibt es eine weitere Woche später den Vorbericht zur Montags-Berichterstattung, denn das wollte man offensichtlich noch in den Wahlkampf hinein geben. Wenn man das nicht Kampagnen-Journalismus nennt, dann muss man sich erst noch einen anderen Begriff ausdenken. Aber das ist es doch wohl.“

Jedenfalls stellte der Untersuchungsausschuss in seinem Abschlussbericht fest, dass SPD-Pressesprecher Klaus Nilius und der Spitzenkandidat der Partei, Björn Engholm, zentrale Quellen des Magazins gewesen sind.

Interessengeleitete Quellenauswertung

Presseberichten zufolge bezeichnet uns der Leitende Oberstaatsanwalt Heinrich Wille aus Lübeck, der das Ermittlungsverfahren zwischen 1993 und 1998 führte, auf einer Veranstaltung zum 20. Todestag von Uwe Barschel am 07. Oktober 2007 im schleswig-holsteinischen Ralsdorf als „Nachrichtenfälscher“. Ihm missfällt, dass wir in unserer Dokumentation die Darstellung des damaligen Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben, Hans-Henning Atrott, zitieren. Atrott gibt an, Uwe Barschel habe im Sommer 1987 die Zentrale der DGHS in Augsburg angerufen, um sich über Sterbehilfe zu informieren und sich Zyankali zu beschaffen. Tatsächlich verzeichnete der Telefoncomputer der Staatskanzlei einen entsprechenden Anruf, ausgehend vom Apparat des Medienreferenten Reiner Pfeiffer. Im Gegensatz dazu hat Atrott aber in der staatsanwaltschaftlichen Vernehmung angegeben, er könne sich an ein solches Telefonat nicht erinnern. Später behauptete er, Barschel selbst sei der Anrufer gewesen. Seine widersprüchliche Aussage vor der Staatsanwaltschaft begründete Atrott damit, er habe nicht in den Fall Barschel hineingezogen werden wollen. Diese Angaben von Atrott sind nach unseren Recherchen irrig – was in unseren Beiträgen auch deutlich herausgearbeitet wird. Denn zum in Rede stehenden Zeitpunkt Ende Juli 1987 wurde Barschel aus der Uniklinik Lübeck entlassen, wohin er nach seinem Flugzeugabsturz Ende Mai 1987 gebracht worden war, und fuhr direkt zur Familie nach Mölln. Er kann also gar nicht aus der Staatskanzlei angerufen haben. Um den Vorwurf der „Nachrichtenfälschung“ erheben zu können, zieht Heinrich Wille also Quellen selektiv heran.

Ebenso wenig berücksichtigt Heinrich Wille jene Hinweise, die auf psychopathologische Züge in der Persönlichkeitsstruktur von Uwe Barschel hindeuten, beispielsweise sein gewohnheitsmäßiger Missbrauch des angstlösenden Psychopharmakons Tavor in erschreckend hohen Dosen – bis zu 10 Milligramm täglich – mit den daraus resultierenden Veränderungen der Persönlichkeit. Andere Spuren hat Heinrich Wille gar nicht erst verfolgt. So wurde beispielsweise nie geklärt, ob die Spuren auf dem Badewannen-Vorleger in Zimmer 317 des Hotels „Beau Rivage“ von den Schuhen des Stern-Reporters Sebastian Knauer stammen könnten, der Barschel fand. Knauers Schuhe wurden nie untersucht. Er hat sie jetzt – 20 Jahre nach den Ereignissen – auf eigene Initiative der Staatsanwaltschaft zu Verfügung gestellt.

Der Generalstaatsanwalt von Schleswig-Holstein, Erhard Rex, kommt deshalb zu einer klaren Bewertung: Einem internen Vermerk zufolge hat Wille im Ermittlungsverfahren Barschel die Quellen insgesamt nicht vorurteilsfrei ausgewertet.

In einer Verfügung des Generalstaatsanwalts vom 08. November 2007 heißt es, im Abschlussbericht des Leitenden Oberstaatsanwalts Heinrich Wille „sind wesentliche Umstände des Falles Barschel nicht enthalten. Es handelt sich dabei jeweils um Umstände, die ein Indiz in Richtung Selbstmord bilden könnten, aber im Abschlussbericht nicht erwähnt werden.“

Es spricht also vieles dafür, dass Heinrich Wille Quellen für seine persönlichen Interessen instrumentalisiert.

Selektiver Quellenzugang

Der Leitende Oberstaatsanwalt Heinrich Wille hat nach Darstellung der vorgesetzten Dienstbehörde gegenüber der Presse nicht immer das Gleichbehandlungsgebot beachtet. Vom Generalstaatsanwalt wurde er bereits im April 2007 in einem internen Schreiben ermahnt, nicht ständig mit neuen Bedingungen für die Genehmigung von Dreharbeiten aufzuwarten: „Der Sache nach handelt es sich bei diesen Bedingungen um ein Hinausschieben, Abwiegeln und das Erschweren von Interviewwünschen... Es muss der Verdacht vermieden werden, dass Journalisten, die eher der Mordthese zuneigen, von Ihnen bevorzugt werden, während Journalisten, die der Mordthese kritisch gegenüberstehen... benachteiligt werden... Es wäre auch eine erhebliche Dienstpflichtverletzung, wenn entgegen den Vorschriften des Landespressegesetzes ‚missliebige Journalisten‘, die nicht der Meinung des Leitenden Oberstaatsanwalts in Lübeck sind, von Interviews abgeschnitten werden..., während die einer Mordthese zuneigenden Journalisten vorrangig und mit vollem Engagement durch Interviews unterstützt werden. Eine solche Handlungsweise käme einer Pressezensur gleich...“

In unserem Fall hat Wille den Antrag auf Akteneinsicht zwar genehmigt, wie er auch anderen Pressevertretern Akteneinsicht gewährt hat. Bei konkreter Nachfrage bittet er dann um genaue Angaben, welche Akten man denn nun wolle. Da man die Akten nicht vollständig kennt, kann man ihm das Gesuchte oft nicht näher beschreiben. Deshalb haben wir uns Teile der Ermittlungsakte an Wille vorbei beschaffen müssen – was Zeit und Kraft kostet und uns nur deshalb gelungen ist, weil wir als landespolitische Redakteure Orts- und Personenkenntnis hatten. Bereits bei vorangegangenen Recherchen konnten wir uns das Berichterstattungsgebiet erschließen und nützliche Informantennetze aufbauen.

Nebelkerzen beim Umgang mit Quellen

Wer bei Bundesnachrichtendienst und Bundesamt für Verfassungsschutz nachfragt, erhält – wie üblich im Geheimdienstmilieu – den Hinweis, zum Fall Bar-

schel liege nichts vor. Diese Darstellung ist nachweislich falsch – siehe Quelle „Glasschüssel“. Der Verdacht liegt nahe, dass die deutschen Geheimdienste an der Aufklärung des Falles Barschel kaum ein Interesse haben. Wer nach den Gründen sucht, kann sehr schnell zu einem ähnlichen Ergebnis wie der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete und Obmann der SPD im U-Boot-Untersuchungsausschuss, Norbert Gansel, gelangen. Gansel schlussfolgert, die Reisen von Uwe Barschel in die DDR und die zwischen Vertretern der Bundesrepublik und der DDR-Regierung im Hotel Neptun in Warnemünde ausgehandelten Waffengeschäfte seien nur möglich gewesen unter Einbeziehung der Dienste: „Das hat sich also offenbar in einem Klima von Vertraulichkeit und Geheimnistuerei ereignet, und das ist eigentlich nur möglich mit einer geheimdienstlichen Abdeckung von beiden Seiten. Denn man muss nicht nur rüberkommen, man muss auch zurückkommen. Man muss also zweimal das überschreiten, was damals eine streng bewachte Grenze war.“

Die Vermutung von Norbert Gansel wird gestützt durch einen Spitzelbericht über das Treiben im Hotel Neptun in Rostock - Warnemünde. Darin wird der Hoteldirektor Klaus Wenzel mit dem Satz zitiert, „Dr. B.(arschel) würde illegale Geschäfte mit der DDR im Auftrag der BRD-Regierung vorbereiten.“

Klaus Wenzel bestreitet seit Jahren, Barschel persönlich getroffen zu haben. Bei diesem Thema herrscht also bis heute akute Verdunkelungsgefahr.

3. Umgang mit schriftlichen Quellen im Fall Barschel

Bei der Recherche im Fall Barschel fällt auf, dass der Ertrag in einem ungünstigen Verhältnis zum Aufwand steht: Auch intensives Bemühen führt nur langsam zu Ergebnissen. Die möglichen Gründe dafür habe ich oben genannt. Um dennoch zu belastbaren Ergebnissen zu gelangen, ist es wichtig, methodisch zu recherchieren und Quellen systematisch zu erschließen – sowohl mündliche als auch schriftliche. Es lohnt, sich eine Binsenweisheit ins Gedächtnis zu rufen: Recherchen sollten entlang von Hypothesen, aber immer ergebnisoffen verlaufen. Denn gerade das Thema Barschel ist ein gefundenes Fressen für Verdachtsberichterstatte, die ihren eigenen Vorurteilen nachjagen.

Es existiert nach wie vor eine Vielzahl von schriftlichen und mündlichen Quellen. Akten sind allerdings nichts anderes als papiergewordene Darstellungen von Menschen. Die Schriftform bedeutet nicht, dass die getroffenen Aussagen richtig sind. Im Unterschied zu lebenden Personen ist ihre Darstellung aber unveränderlich. Sie können nur unterschiedlich gelesen und interpretiert werden.

Öffentlich zugängliche schriftliche Quellen

Unter den schriftlichen Quellen gibt es eine ganze Reihe öffentlich zugänglicher Materialien, die sich für die Einarbeitung anbieten. Auf dieser Basis können Wege zu geheimen Akten geebnet werden, weil der Rechercheur im zugänglichen Material Fundstellen identifiziert, wo er suchen muss. Diese müssen mit besonderer Sorgfalt bearbeitet werden.

Auch im ungeklärten Todesfall Uwe Barschel gibt es eine Reihe von Unterlagen, die öffentlich zugänglich, aber nicht immer leicht zu beschaffen sind. Grundlegend ist zunächst der Ermittlungsbericht des Leitenden Oberstaatsanwalts Heinrich Wille von 1998. Darin sind die Ermittlungsergebnisse zusammengefasst. Hilfreich sind auch die Ergänzungen von Heinrich Wille aus dem Jahr 2007 sowie der Kommentar des Generalstaatsanwalts Erhard Rex. Sie entfalten die unterschiedlichen Interpretationen der Ermittler. Weitere Recherche-Grundlagen sind die Abschlussberichte des 1. und 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages sowie die schriftlichen Protokolle des „Barschel“- und des „Schublade“-Ausschusses. Bei der Birtthler-Behörde kann Einsicht genommen werden in die Stasi-Akte von Uwe Barschel. Auch sie ist notwendige Arbeitsgrundlage. Allerdings ist diese Akte lückenhaft, der zweite Teil fehlt ganz. Wichtig ist ferner der Abschlussbericht des sog. „Schalck“-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages sowie die Zeugenvernehmungsprotokolle dieses Ausschusses. „Geheim“ gestempelt, aber auf Umwegen erhältlich ist der abweichende Bericht der Abgeordneten Ingrid Köppe, B 90/Grüne. Interessante Hinweise und Zusammenhänge bietet auch der Zwischenbericht des U-Boot-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages sowie die Broschüre „Der U-Boot-Skandal. Zwischenbilanz eines schmutzigen Geschäftes mit Südafrika“ der Bundestagsfraktion der Grünen. Beide Berichte gehen deutlich tiefer als der sehr kurze Abschlussbericht. Auch die Aktenbestände zum Waffenhandel der DDR sind eine – über den hier zu behandelnden Fall hinausweisende – spannende Lektüre. Der Name Uwe Barschel taucht in diesen Akten nicht auf. Sie geben aber unter anderem einen Überblick über das Geschehen im innerdeutschen Embargohandel.

Daneben bieten viele Zeitungsarchive eine Vielzahl von Artikeln zum Fall Barschel. Allein die in Zeitungen und Magazinen erschienenen Beiträge füllen Bände Alte Veröffentlichungen der „Berliner Zeitung“ finden sich beispielsweise im Internet. Dort stößt man auch auf den Nachrichtendienst „Middle East Defense News“ des amerikanischen Nahost-Experten Kenneth R. Timmerman. Antiquarisch zu besorgen sind beispielsweise auch Abschlussbericht und Dokumenten-

band des „Iran-Contra-Untersuchungsausschusses“ des US-Kongresses. Auch in die Akten kann Einsicht genommen werden. Öffentlich zugänglich ist beispielsweise auch die Firmenchronik der Kieler Werft HDW. Die meisten Rechercheure haben dies übersehen. Sie hätten sonst festgestellt, dass Uwe Barschel 1979 Mitglied des Aufsichtsrates war. Ein interessantes Detail, das Barschels Beteuerung vor dem Landtag, er habe von der geplanten Lieferung von U-Booten an Südafrika erst aus der Zeitung erfahren, höchst zweifelhaft erscheinen lässt. Denn wie die Protokolle des Aufsichtsrates ausweisen, war dieses Gremium zumindest in groben Zügen unterrichtet.

Wege zu geheimen Akten

Was den Weg zu geheimen Akten im Fall Barschel erschwert ist der Umstand, dass mehrere Meinungskartelle existieren, die sich allesamt bemühen, eine Art Schlüsselgewalt für Quellenzugänge zu sichern. So gibt es Hinweise auf ein Kartell der Verschwörungstheoretiker, auf ein Schweigekartell der beteiligten Sozialdemokraten, auch der involvierten Christdemokraten, der früheren Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit und auf ein Schweigekartell der Profiteure. Beispielsweise hat der Spiegel-Verlag einen lukrativen Vertrag mit dem Leitenden Oberstaatsanwalt Heinrich Wille über ein Buchprojekt zum 20. Todestag von Uwe Barschel abgeschlossen. Wille wollte also in einer Publikation dienstlich erworbenes Wissen privat verwerten. Der Generalstaatsanwalt hat genau aus diesem Grunde Willes Antrag auf außerdienstliche Nebentätigkeit abgelehnt und ihm angeboten, seine Thesen in der – nichtkommerziellen – Schriftenreihe des Generalstaatsanwalts zu veröffentlichen. Wille erhob daraufhin Dienstaufsichtsbeschwerde beim Justizministerium, das jedoch den Fall zum Generalstaatsanwalt zurückverwies. Wille klagte daraufhin vor dem Verwaltungsgericht und stellte einen Antrag auf einstweilige Anordnung, zog vors Obergericht und erhob schließlich Verfassungsbeschwerde. In Karlsruhe wurde der Antrag auf einstweilige Anordnung zur Genehmigung der Publikation schließlich endgültig abgelehnt. In der Hauptsache war bis Ende April 2008 noch nicht entschieden. Der Vorgang macht deutlich, dass jene Personen, die einem der Meinungskartelle oder dem Kreis der Profiteure zuzurechnen sind, kein großes Interesse daran entfalten, Dritten Zugang zu Ermittlungsakten und sonstigen Dokumenten zu gewähren. Sie wollen sie selbst auswerten.

Trotz dieser Meinungskartelle ist es möglich, sich Zugang zum Material zu verschaffen. Wichtig sind hier langfristig aufgebaute und kontinuierlich gepflegte Informanten-Netzwerke zu Wissenschaftlern, Behörden, Politikern, Rüstungsexperten, Gewerkschaften, Unternehmern und Zeitzeugen, die Orts- und Sach-

kenntnis haben. Entscheidend ist dabei, nicht nur am Telefon zu recherchieren, sondern Ortskenntnis zu entwickeln: „80 Prozent des Lebens besteht darin, einfach da zu sein“ (Woody Allen). Das heißt, der soziale Raum muss ganzheitlich erschlossen werden, auch durch aufsuchende und Vor-Ort-Recherche. Es ist immer leichter, ein bereits existierendes Netzwerk von Informanten auszubauen oder zu reaktivieren, als komplett neue Quellen zu erschließen. Die Pflege solcher Netzwerke schließt ein, nach Möglichkeit so zu berichten, dass keine langfristige Kollateralschäden entstehen.

Zu diesen bereits bestehenden Informanten-Netzwerken kommt die Erschließung neuer Zugänge. Hier erwächst häufig eine Schwierigkeit daraus, dass der Forscher keine Milieukennntnis besitzt, es ihm an den passenden Verhaltens- und Sprachcodes mangelt oder Strukturen zunächst nicht zu übersehen sind. Bei aller gebotenen Neutralität und Formsicherheit im Auftreten ist also zunächst eine eingehende Kenntnis des Lebensraums zu erarbeiten. Ich denke dabei insbesondere an Recherchen im Bereich der früheren Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Rechercheerfolge sind nur möglich, wenn der Journalist die Apparate, um die es geht, ihren Aufbau und ihre Mitarbeiterstruktur genau kennt, wenn er eingrenzen kann, welcher Giftschrank geöffnet werden muss.

Gute Vorinformationen helfen genau zu bestimmen, welche Akten gebraucht werden und wo diese zu finden sind. Wer also im Bereich des Ministeriums für Staatssicherheit recherchiert, sollte sich zunächst die Organisationsstruktur, den Aufbau der Abteilungen und Hauptabteilungen, die verantwortlichen Personen in den einzelnen Bereichen, die Entscheidungs- und Kontrollabläufe sowie das Akten- und Archivierungssystem ansehen. Das erleichtert das Durchdringen des Stoffes und hilft, mögliche Quellen zu erschließen und Informanten auf bestimmte Aktenbestände anzusetzen. Auf diese Weise konnten wir unter anderem Akten von vier verschiedenen Geheimdiensten heranziehen, Unterlagen des MfS, die in der Birthler-Behörde nicht mehr zu finden sind oder nur stark geschwärzt herausgegeben werden, Aufsichtsrats- und Vorstandsprotokolle, Ermittlungsakten, polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Vernehmungsprotokolle, gerichtsmedizinische Gutachten, Klageschriften, „geheim“ gestempelt Material aus den Akten von Untersuchungsausschüssen, Spitzelberichte und Leiterinformationen, Abhörprotokolle.

Sorgfalt im Umgang mit Dokumenten

Gerade geheimdienstliche Quellen dürfen auf keinen Fall für bare Münze genommen werden. Denn zunächst ist unklar, ob es sich um Information oder um

gezielt gestreute Desinformation handelt. Ein Beispiel dafür ist der berühmte „Barschel-Brief“ an Gerhard Stoltenberg. Bei diesem Brief handelt es sich um eine Fälschung. Veranlasst hat sie der Stasi-Major Gerhard Ritter. Inhaltlich legt der Brief nahe, Stoltenberg habe von den Machenschaften Barschels gewusst. Das ARD-Magazin Panorama war zunächst auf die Fälschung hereingefallen. Wie der frühere Oberst im Ministerium für Staatssicherheit Günther Bohnsack berichtet, knallten in der Berliner Normannenstrasse die Sektkorken. Dieser Coup konnte nur gelingen, weil die Desinformation in eine Kette sehr wirklichkeitsnaher und glaubhafter Informationen eingebettet worden ist, so dass eine vordergründige Überprüfung versagen konnte.

Dennoch gehört auch eine solche Plausibilitätserwägung zum gründlichen Abklopfen eines Dokuments dazu. Sie ist der erste Schritt. Doch bei einem reinen Plausibilitäts-Check kann es nicht bleiben.

Zwingend muss die Funktion des Dokumentes in seinem Entstehungs- und Verwendungszusammenhang überprüft werden. Abhörprotokolle beispielsweise können als Dokumente gelten, die nicht gefälscht werden. Denn es ist ihre Funktion, korrektes Wissen über Dritte zu beschaffen. Öffentliche Einlassungen der Dienste hingegen sind durchweg interessengeleitet. Dieser Interessenbezug von Akten muss aufgeschlüsselt und bei der Bearbeitung berücksichtigt werden.

In jedem Falle muss die Echtheit des Dokuments überprüft und von Fachleuten oder Insidern bestätigt werden.

Weiter ist es zentral, unbedingt weitere Belege heranzuziehen – entweder schriftlicher oder mündlicher Natur. Ein Mix aus schriftlichen Quellen und Interviews gibt der Darstellung eine höhere Plausibilität und mehr Spannung. Es kommt also darauf an, für die getroffenen Aussagen mindestens zwei voneinander unabhängige Quellen anzuführen.

4. Umgang mit mündlichen Quellen im Fall Barschel

Potentielle Informanten ausfindig machen:

Es erscheint mir unmöglich, ein Thema wie Barschel aus dem Stand heraus zu recherchieren. Wichtig ist, dass bereits vor Beginn der Recherche ein Netzwerk von Informanten besteht, das eine Schnittmenge zu den beim Thema Barschel relevanten Fragen aufweist. Solche Netzwerke können nur langfristig aufgebaut und müssen ständig gepflegt werden.

In einem zweiten Schritt kann der Recherche-Raum systematisch erschlossen werden. Dies heißt auch: Den Ort des Geschehens in Augenschein nehmen, Personen kennen lernen, Ortskenntnis entwickeln, sich mit Empfehlung weiterreichen lassen von einem zum anderen.

In einem dritten Schritt muss die Recherche systematisch angelegt sein. Sie verläuft nach einem Recherche-Plan, der bereits erworbene Kenntnisse über Fakten und Zusammenhänge, Recherche-Hypothesen, einen Quellenbericht und eine Liste offener Fragen enthalten muss. Nach dem Einlesen ist es wichtig, eine Informantenkartei anzulegen, Organisationsdiagramme zu sammeln und Mitarbeiter von Apparaten einzelnen Abteilungen und Zuständigkeiten zuzuordnen.

Eine Quellenmatrix erlaubt es, Personen zu identifizieren, die ein potentielles Interesse an einer Zusammenarbeit haben. Denn dieses Polaritäten – Profil hält fest, wer Nutznießer, wer Opfer, wer Neutraler in einem Konflikt ist oder gewesen ist. Die Gesprächsbereitschaft von Informanten hängt von ihrer Rolle im Interessenkonflikt ab. Dann kann der Researchweg bei den Opfern beginnen. Sie haben ein Motiv, recherchierenden Journalisten weiterzuhelfen. Bei den Neutralen kann Überblickswissen gewonnen werden, möglicherweise können sie auch helfen bei neuen Zugängen. So ausgestattet mit Fakten und Meinungen können wir schließlich die Nutznießer – die kein Interesse an Transparenz haben – konfrontieren.

Im Falle Barschel gehören zu den Opfern sicher ehemalige DDR-Bürgerrechtler, Menschen, die vom MfS misshandelt wurden, aber auch ehemalige Angehörige des DDR-Geheimdienstes, die heute dem Apparat distanzierter gegenüberstehen oder Inoffizielle Mitarbeiter, die sich missbraucht fühlen. Zu den Neutralen gehören unter anderem Rüstungsexperten oder DDR-Forscher. Befragungspläne erleichtern die Arbeit, schaffen gedankliche Klarheit und helfen, den Überblick zu bewahren.

Auf dieser Basis lassen sich Recherche-Hypothesen entwickeln. Eine Besonderheit dieses Themas ist es, dass oft mit divergierenden Recherche-Hypothesen gearbeitet werden muss – und zwar an all jenen Punkten, die sich nicht so ohne weiteres klären lassen.

Das Vertrauen der Informanten erwerben:

Dabei hilft die aufsuchende Recherche. Neben der langfristigen Pflege eines Informantennetzes scheint es mir wichtig, die Gesprächspartner nicht nur am Te-

lefon, sondern persönlich kennen zu lernen, ihnen in die Augen zu blicken. Denn es geht hier nicht ums Abschöpfen, sondern um den Aufbau einer belastbaren Partnerschaft nach exakt zu definierenden Spielregeln, zu denen beispielsweise gehört, dass Absprachen immer eingehalten werden und das Informantengeheimnis nie gebrochen wird.

Vertrauen von Informanten kann auch ein Vertrauensvorschuss sein, den wir gewinnen können, wenn uns Dritte weiterempfehlen. Dies kann wichtige Türen öffnen. Auf diesem Weg fanden wir Kontakt zu ehemaligen DDR-Bürgerrechtlern, zu zahlreichen ehemaligen Mitarbeitern des MfS, zu Politikern und Zeitzeugen, aber auch zu Informanten aus dem Bereich der Seefahrt und des Waffenhandels. Je problematischer die Quelle ist, desto wichtiger werden solche persönlichen Empfehlungen.

Bei der Recherche darf keine Quelle preisgegeben werden. Der Mitgründer der Londoner Zeitung „The Independent“, Andreas Whittam Smith, schrieb auf dem Höhepunkt der sog. Kelly-Affäre am 22. Juli 2003:

„The first is to say simply that one never discusses in any way the identity of those who provide information confidentially.. The second is to say straight away, if confronted by an authority which claims the right to compel disclosure, that one would cheerfully go to prison rather than yield up the informant.“

Der Quellenschutz ist 2007 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg gestärkt worden. Er gab dem „Stern“-Journalisten Hans-Martin Tillack Recht, dessen Brüsseler Büro- und Privaträume im März 2004 durchsucht worden waren. Belgien muss deshalb Schadenersatz leisten und Schmerzensgeld zahlen. Anlass der Aktion war die von der Anti-Betrugsbehörde OLAF aufgestellte Behauptung, Tillack habe möglicherweise einen ihrer Mitarbeiter bestochen, um an Informationen zu kommen. Der Journalist hatte auf der Basis von OLAF-Dokumenten mehrfach über Korruption in der EU berichtet. In einer internen Untersuchung konnten die Informanten nicht identifiziert werden. Die Räume des „Stern“ wurden durchsucht, um die undichte Stelle ausfindig zu machen. Im Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 28. November 2007 heißt es: „The right of journalists to keep their sources secret... is a true attribute of the right to information which is to be treated with the utmost regard.“

Klar ist, dass es Vertrauen bei Informanten schafft, wenn sich der Journalist an alle Absprachen genau hält. Dies bedeutet nämlich auch, den Informanten

nicht zu benutzen, sondern ihn als Mensch, aber auch in seiner Rolle als Experte für seinen Lebens- und Arbeitsraum, zu respektieren.

Entscheidend bei der Öffnung von Informanten scheint mir auch zu sein, die eigene Eitelkeit zurückzustellen. Manchmal kommt es in erster Linie darauf an, zu schweigen und den Menschen zuzuhören. Ein aufmerksamer und interessierter Zuhörer, dem man ansieht, dass er mitfühlt und mitdenkt, animiert zum Weitererzählen. So fördert Offenheit bei der Recherche und beim Umgang mit Informanten auch neue Informationen zu Tage.

Das Vertrauen von Informanten kann auch dadurch erworben werden, dass man bereit ist, sich von einmal entwickelten Recherche-Hypothesen zu verabschieden. Wer in alle Richtungen recherchiert und sich auch von Informanten auf neue Gedanken bringen lässt, dokumentiert damit, dass er bereit ist, sich von Vorurteilen zu trennen und sich auf die Argumente und Informationen des Informanten einzulassen. Auch diese Offenheit schafft Vertrauen.

Die Glaubwürdigkeit von Informanten überprüfen

Dies spielt im Fall Barschel eine besondere Rolle. Wie oben angedeutet, sind nämlich auch die mündlichen Quellen in ihrer Mehrzahl fragwürdig.

Wie aber überprüfe ich angesichts dieser Situation die Glaubwürdigkeit von Informanten? Die Schwierigkeit besteht darin, abzuwägen, welche Zwecke Quellen mit der Weitergabe von Informationen verfolgen und ob der Nutzen für die Öffentlichkeit größer ist als der politische und persönliche Gewinn für den Informanten.

Beim Umgang mit Informanten aus dem Geheimdienstmilieu gelten für mich die Grundsätze, die sich die „New York Times“ im Februar 2004 für die Bewertung anonymer Quellen gegeben hat.

Da heißt es beispielsweise deutlich, dass jede Information, die von einer Quelle nur unter dem Siegel der Verschwiegenheit weitergegeben wird, durch eingehende Recherchen belegt werden muss. Einzige Ausnahme sind Regierungsmitglieder, bei denen man sich sicher sein kann, dass sie in die in Rede stehenden Entscheidungen selbst eingebunden waren. Denn die Überschaubarkeit des Entscheidungskreises macht es hier schwer bis unmöglich, zwei Quellen zu bekommen.

Die Praxis, Informationen mit Zündstoff anonym zu lancieren, ist so alt wie der Journalismus selbst. Interessengruppen versuchen Medien auf diesem Wege zu instrumentalisieren. Häufig geht es lediglich darum, jemanden zu diskreditieren und so seine Glaubwürdigkeit, seine Karriere oder seine Eignung für ein öffentliches Amt zu untergraben.

Deshalb ist zwingend abzuwägen, welche Interessen die anonyme Quelle mit der Weitergabe einer Information verbindet. Der Hinweis eines Informanten ist ein Recherche-Impuls. Er kann die weitere Recherche nicht ersetzen. Entscheidend ist, ob weitere Quellen für einen Sachverhalt herangezogen werden können.

Der Journalist muss außerdem die Glaubwürdigkeit des Informanten prüfen. Dazu zählt beispielsweise die Frage, wie seriös seine bisherigen Auskünfte waren oder ob der Informant seine Darstellung mit Belegen – Akten, Fotos, Tonbandmitschnitten oder Protokollen – untermauern kann.

Das Ergebnis dieses „Cross-Checks“ geht selbstverständlich in das Rechercheprotokoll ein. Es fasst das Arbeitsergebnis in Form einer überarbeiteten Hypothese zusammen, transportiert die wichtigsten Fakten, nennt schriftliche und mündliche Quellen und weiterführende Probleme und Fragen und gibt erste Hinweise zur Dramatisierung und optischen Gestaltung des Stoffs, welche auf dieser Basis später in einem fernsehtauglichen Treatment ausgeführt wird.

Es ist die Aufgabe der Medien selbst, sich Qualitätsstandards aufzuerlegen, die den Wahrheitsgehalt und die politische Unbedenklichkeit auch anonymierter Informationen garantieren. Das kostet Zeit, ist teuer und macht Mühe. Aber jeder Handwerker weiß, dass die drei Ziele „schnell, gut und billig“ nicht auf einen Nenner zu bringen sind. Was schnell und gut gehen soll, wird teuer. Gut und billig geht nicht schnell. Und schnell und billig geht nicht gut. Die Seriosität der verwendeten Informationen intersubjektiv überprüfbar zu machen, ist Bestandteil eines Konzepts zur Sicherung des „public value“ der Berichterstattung.

5. Erarbeitung optischer Quellen

Bei der Suche nach Bildquellen können wir beim Thema Barschel – wie bei beinahe jedem anderen Thema auch – auf selbst gedrehtes Material und auf Archivbestände zurückgreifen. Zu den Eigendrehen zählen frische Interviews mit Zeitzeugen, neue Bilder von historischen Schauplätzen oder Dokumenten sowie Rekonstruktionen. Das Archiv liefert alle Sorten historischer Bilder, Personen, Interviews, Schauplätze und Dokumente. Wichtig ist zu klären, ob es sich um ei-

genes Material oder um Fremdmaterial handelt, bei dem die Bildrechte abgegolten werden müssen. Hier kann ein Versäumnis teuer werden.

Neben eigenen Bildern haben wir bei unseren Dokumentationen auf Archivbestände anderer ARD-Anstalten sowie auf Bilder des Deutschen Fernsehfunks der DDR, des südafrikanischen, schweizerischen und dänischen Fernsehens zurückgegriffen sowie Material von CNN herangezogen. Insgesamt weist der Umgang mit Bildquellen beim Thema Barschel jedoch einige Besonderheiten auf.

Daneben stellt sich eine Reihe von dramaturgischen Fragen, die aus der Komplexität und den unterschiedlichen Aspekten des Themas herrühren.

Dramaturgie

Der Stoff „Der Tod des Uwe Barschel“ lässt sich in eine Reihe von Themenkreisen zergliedern: Wie wurde die Leiche im „Beau Rivage“ gefunden? Führte Uwe Barschel ein Doppelleben? Welche Rolle spielten seine Reisen in die DDR und CSSR? Welche Rolle spielte sein Medienreferent Reiner Pfeiffer und zu welchen Ergebnissen gelangte der Erste Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Kieler Landtags? Wann hatte die SPD Kenntnis von Pfeiffers Aktivitäten und zu welchen Ergebnissen kam der Zweite Parlamentarische Untersuchungsausschuss? Welche Rolle spielte das Magazin „Der Spiegel“? Was geschah in den Tagen vor Barschels Tod auf Gran Canaria? Was passierte am Vortag seines Todes in Genf? Welche Besonderheiten weist der Tatort auf? Wie kam es zu den Ermittlungsspannen? Wie verliefen die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Lübeck und welche Hinweise auf Mord, Selbstmord und Sterbehilfe gibt es? Wie ist das Thema aus heutiger Sicht zu bewerten? Die Elemente der einzelnen Themenkreise haben wir in mehreren Brainstorming-Runden zusammengetragen. Anschließend konnten sie mit einem Mind-Mapping in einer Art Baumstruktur visualisiert und einander zugeordnet werden.

Wenn man nun die verschiedenen thematischen Stränge auf einen Zeitstrahl umlegt, dann lässt sich leicht erkennen, dass der Geschichte eine unauflösbare dramaturgische Schwierigkeit inhärent ist: Wer den Stoff nach Themenkreisen erzählt, kann dies nicht chronologisch tun. Denn die Ereignisse an verschiedenen Schauplätzen überschneiden sich. So setzt der Zweite Parlamentarische Untersuchungsausschuss die Enthüllung der politischen Affäre in Kiel fort, während zeitlich überlappend die Staatsanwaltschaft Lübeck das Ermittlungsverfahren wegen Mordes in Genf vorantreibt. Wir haben uns für einen systematisch aufgebauten Film entschieden.

Wer aber den Stoff chronologisch erzählen will, muss zwischen den Schauplätzen und den verschiedenen Problemkomplexen springen. Diese Variante hat Frank Garbely in seinem Film für Télévision Suisse Romande „L'affaire Barschel – Silence de Mort“, Triluna Film AG, 10. Oktober 2007, gewählt. Die Entscheidung zwischen diesen unterschiedlichen Wegen ist zentral für die Dramaturgie des Films. Denn sie bestimmt die Ordnung und zeitliche Folge der Handlungsstränge. Diese dramaturgische Grundentscheidung ist auch konstitutiv für die Erschließung von Bildquellen durch Location-Scouting und Dreh der Schauplätze, Interviews, Archivauswertung und Reenactment. All dies zusammengenommen und in eine dramaturgische Fassung gebracht ergibt das Treatment. In unserem Falle umfasste es fast 80 Seiten.

Rekonstruktionen

Bei der optischen Recherche fällt auf, dass für viele wesentliche Vorgänge keine Bilder existieren: Reiner Pfeiffers „schmutzige Tricks“; die Treffen zwischen Klaus Nilius und Reiner Pfeiffer; die beiden Geldübergaben an Pfeiffer; die klammheimlichen Geschäfte im Hotel „Neptun“; die Todesumstände; für all diese Vorgänge fehlen die Bilder. Sogar der Tatort, das Zimmer Nr. 317 im Genfer Hotel „Beau Rivage“, ist nicht sachgemäß dokumentiert: Alle Polizeifotos sind nichts geworden – ein Element einer unglaublichen Reihe von Ermittlungsspannen. Es gibt lediglich jene Bilder, die der Stern-Reporter Sebastian Knauer am 11. Oktober zusammen mit seinem Fotografen gemacht hat. Also wird man beim Thema Barschel um Rekonstruktionen kaum herumkommen.

Zunächst ist dabei zu klären, was wie aufwendig wo nachgestellt werden soll. Wir haben uns entschieden, einen Teil der oben genannten Handlungen nachzustellen; auf Szenen mit Barschel selbst haben wir verzichtet. In jedem Falle müssen Drehbuchskizzen verfasst, Schauplätze ausgewählt und angemietet, Regisseur, Schauspieler und Kamerateams angemietet, ein Budget für Rekonstruktionen kalkuliert werden. Die nachgestellten Szenen kosten bereits in der Vorbereitung viel Zeit. Denn die Autoren müssen sie genau so entwickeln, dass sie dem Rechercheergebnis entsprechen. Hier steckt der Teufel im Detail. So hatte Klaus Nilius zum Beispiel keine Kieler, sondern eine Hamburger Autonummer – er wohnte in Hamburg.

Interviews und Schauplätze:

Die Gesprächspartner hat unser Kameramann so eingesetzt und ausgeleuchtet, dass durch harte Kontraste und Schatten eine einheitlich düstere Filmstimmung entsteht. Sie sollte das Doppelbödige und Verhängnisvolle des Gesche-

hens unterstreichen. Deshalb wurde vor jedem Interview mindestens 90 Minuten aufgebaut. Wie wir inhaltlich immer versucht haben, gemeinsame Fragenkataloge zu entwickeln, so haben wir auch die Form der Inszenierung vorab im Team besprochen und soweit möglich bei allen Gesprächen durchgehalten.

Mit vielen Interviewpartnern haben wir eingehende Vorgespräche geführt; einen Teil der Schauplätze haben wir uns vorab angesehen – zum Beispiel Drehorte in Warnemünde und am Hotel Neptun. Location-Scouting erleichtert die Entscheidung, was besser frisch gedreht, was besser aus dem Archiv genommen werden kann. Beim Dreh der Schauplätze sollte man sich vorher im Klaren darüber sein, ob eher von der Schulter oder vom Stativ gedreht wird, ob Zeitzeugen zum Ortstermin mitgenommen und vor Ort gedreht oder die Szene ohne an der Handlung beteiligte Personen aufgezeichnet werden soll. Dies bestimmt die optische Linie des Films ebenfalls mit.

Eigenes und fremdes Archivmaterial

Beim Gang ins Archiv wird es spannend. Denn die riesigen Bestände können nur mit dem Aufbau eines Suchsystems erschlossen werden. Wie es aussieht, hängt natürlich von der Arbeitsweise der Autoren ab. Am Ende werden aber die Bilder immer nach Themenkreisen, nach Schauplätzen und nach Personen geordnet sein und nicht in erster Linie nach der Herkunft der Bilder. Zeit und Ort der Aufnahme, Angaben zum abgebildeten Geschehen und zu den handelnden Personen müssen dabei erfasst sein – beim Aussuchen der passenden Szenen oder bei der Klärung der Bildrechte werden diese Angaben noch gebraucht.

Fremdmaterial ist auch hier ein Einfallstor für finanzielle Risiken. Wie sich herausstellte, war es außerordentlich aufwendig, die Rechte für alte Fotos und bewegte Bilder zu klären. Vor allem die Aufnahmen von CNN erwiesen sich beim Ankauf als recht teuer. Diese Fremdrechte mussten bei Fotografen und Bildagenturen, Zeitungen und Zeitschriften, Fernsehsendern, Tele-Pools und Produktionsgesellschaften erworben werden.

Zudem sind beim Umgang mit Bildern die Persönlichkeitsrechte der abgebildeten Personen zu beachten. Das Recht am eigenen Bild hat uns gezwungen, Menschen, die nicht als Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eingeordnet werden konnten und die beispielsweise nicht als Offizielle oder Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit identifiziert werden konnten, unkenntlich zu machen.

Virtuelle Bildquellen

Bei der Recherche haben wir immer wieder Hinweise erhalten auf angeblich existentes, aber verschollenes Bildmaterial. So berichten mehrere Informanten, es gebe Filmaufnahmen der Stasi, auf denen sexuelle Handlungen bundesdeutscher Politiker im Hotel Neptun zu sehen seien. Ein Journalist gibt an, ihm sei vor Jahren ein solches Video zum Kauf angeboten worden – für einen fünfstelligen Betrag. Hinweise auf ein solches Video haben auch Eingang gefunden in das Buch von Ellen Thiemann „Der Feind an meiner Seite“. Doch die Recherche verläuft im Sand. Aufgetaucht sind diese Aufnahmen unserer Kenntnis nach nicht; ob sie überhaupt existieren, ist fraglich.

Gerüchte gibt es auch um ein ominöses Foto, das Uwe Barschel und den Hauptverantwortlichen der Iran-Contra-Affäre, Oliver North, im Hamburger Hotel Atlantic zeigen soll. Ein Abgleich der Reisebewegungen von Barschel und North lässt dies zumindest möglich erscheinen. Die Spekulationen um das Foto haben auch Eingang in den Ermittlungsbericht der Staatsanwaltschaft Lübeck gefunden. Es bleibt jedoch bei Hinweisen vom Hörensagen, aufgetaucht ist ein solches Foto bislang ebenfalls nicht.

Anders verhält es sich allerdings mit dem Phantomphoto eines hohen Stasi-Offiziers, der sich zum Zeitpunkt des Todes von Uwe Barschel in Genf aufgehalten haben soll. Ob es tatsächlich den Gemeinten zeigt, ist allerdings bislang ungeklärt: Der Betroffene gibt an, er sei zu jenem Zeitpunkt zur Schulung abkommandiert und noch nie in Genf gewesen.

6. „Nachrichtenfälscher“ und Verschwörungstheoretiker

Im Fall Barschel gibt es viel zu viele, die nicht von Fakten, sondern von lieb gewonnenen Vorurteilen ausgehen. Wenn sie Fakten aufbieten könnten, wäre die Sache einfach: Sie könnten ihre Belege vortragen, möglichst viele Menschen überzeugen und damit das Meinungsklima bestimmen. Dass sie so nicht vorgehen, bedeutet, dass sie keine Fakten haben, mit denen sie ihre Auffassungen untermauern könnten. So führt das Meinungskartell der Verschwörungstheoretiker nicht zu sachlich richtigen journalistischen Ergebnissen, sondern zu Meinungsjournalismus und Verdachtsberichterstattung.

In unseren Fernsehdokumentationen glauben wir die Kette der Indizien, die auf die Verstrickung Barschels in Waffengeschäfte hindeuten, sehr dicht geschmiedet zu haben. Wir führen als Belege eine Reihe von Geheimdienst-Dokumenten und Zeitzeugen an. Daraus erwächst aber nicht zwingend ein Motiv für

einen Mord. Generalstaatsanwalt Erhard Rex: „Die Verstrickung in Waffengeschäfte und die vagen Anhaltspunkte, die ich dafür habe, bedeuten noch nicht, dass Dr. Barschel ermordet worden ist. Wir haben viele prominente Politiker dieser Erde, die in Waffengeschäfte verstrickt sind, die in Skandale verstrickt sind, die zurücktreten müssen, aber die deswegen nicht ermordet werden. Ich bleibe dabei: Die Verstrickung in Waffengeschäfte ist die eine Seite, und die andere Seite ist die, ob Dr. Barschel ermordet worden ist, und dafür habe ich anhand des Tatorts keine Spuren.“

Denn der Tatort, das Zimmer 317 im Genfer Hotel „Beau Rivage“, lässt keine eindeutigen Schlussfolgerungen zu. Er wurde nie im Sinne akribischer Polizeiarbeit aufgenommen. Der Journalist Frank Garbely: „Der Tatort sieht aus, als ob zehn Hühner darüber gelaufen wären. Den Tatort gibt es eigentlich überhaupt nicht. Der ist nie richtig aufgenommen worden. Das kann man später nicht wieder gut machen.“

Die Spuren sind verwischt oder verloren. Es gibt Anhaltspunkte für Mord, Selbstmord und Sterbehilfe – all das Ergebnis fragwürdiger kriminalistischer Arbeit unmittelbar nach dem Auffinden der Leiche.

Die Ursache für den Tod von Barschel ist aber in jedem Falle in seinem Vorleben zu finden. Auch hier lässt sich feststellen: Viele Spuren sind verwischt. Es gibt Hinweise darauf, dass manche Zeitzeugen nicht die ganze Wahrheit sagen. Doch zum Nachweis eines Mordes gehören ein Täter, ein Motiv und gerichtsfeste Beweise. Sie zu gewinnen, bedarf es einer methodischen Recherche und eines strukturierten, systematischen Quellenmanagements. Nur so kann die Wahrheit ans Licht kommen. Doch der Fall Barschel bleibt vorerst ungeklärt. Ob er jemals geklärt werden kann, ist offen.

Patrik Baab ist Redakteur beim NDR-Medienmagazin „Zapp“.

Der Fall Barschel und die journalistische Aufarbeitung von Quellen

Markus Dettmer/Britta Sandberg

Im Eingangsstatement zu dieser Veranstaltung heißt es:

„Akten haben einen Vorteil: Menschen ändern ihre Meinung. Akten sagen stets das Gleiche – wenn auch die Interpretation sich ändern mag. Ihr Nachteil: Akten beschaffen ist zeitaufwendig; meist zeitaufwendiger als mit jemand ins Gespräch zu kommen. Akten besorgen bedeutet ein erhöhtes Maß an Vertrauen, das ein Journalist zu einer Quelle aufgebaut hat. Akten kann nur beschaffen, wer über gute Kontakte verfügt, wer Personen findet, die über Wissen über einen Vorgang verfügen und diese Personen öffnet.“

Mit diesem Statement stimmen wir nur begrenzt überein, denn der scheinbare Vorteil ist oft genug ein Nachteil: In Akten steht zwar immer das Gleiche, aber sie sagen im Laufe der Zeit nicht immer dasselbe aus. Und dies liegt nicht nur an unserer Interpretation, also einer veränderten Wertung des Inhalts. Dies kann auch mit neuen Erkenntnissen zusammenhängen, die einem Dokument und seinem Inhalt im Nachhinein eine neue Bedeutung geben. Akten sind nicht Wirklichkeit, sie sind im besten Fall der Ausschnitt eines Abbildes von Wirklichkeit.

Akten entstehen nicht in einem göttlichen Schöpfungsakt, sie sind von Menschen gemacht. Meistens unterliegen sie schon in ihrem Entstehungsprozess der Wertung und der Auswahl von dem, was sie von der Wirklichkeit wiedergeben und verschweigen sollen. Selbst scheinbar objektive Dokumente wie Bankbelege können Fragen offen lassen. So lässt sich im berühmten Fall des früheren Waffenlobbyisten Karlheinz Schreiber eine ganze Reihe von Geldflüssen über Jahre lückenlos dokumentieren – nur, wer die meisten tatsächlich Begünstigten waren, darüber kann man noch heute streiten.

Es muss kein Nachteil, sondern kann ein Vorteil sein, wenn Menschen ihre Meinung ändern und sich nach Jahren des Schweigens entschließen, Geheimnisse preiszugeben. Geheimnisse, die bis dahin toten, wertlosen Papierspuren plötzlich Leben einhauchen können. Geheimnisse, die kein vernünftiger Mensch Akten jemals anvertraut hätte – aus Angst vor Aufdeckung.

Aus gegebenem Anlass beschäftigen wir uns deshalb mit einigen Mythen.

Mythos Nr. 1 : Akten sind objektiv, vor allem wenn sie aus Ermittlungsverfahren stammen.

Tatsächlich sind Akten ein wichtiges, unverzichtbares Hilfsmittel des Journalisten. Aber jedes einzelne Dokument muss nicht nur auf seine Echtheit, sondern auch auf seine Wahrscheinlichkeit und seinen Wahrheitsgehalt geprüft werden. Das gilt auch für Ermittlungsvermerke, denn unter Ermittlern und Staatsanwälten gibt es gute und schlechte, fleißige und faule, Verschwörungstheoretiker und Wahrheitssuchende – wie in jedem anderen Beruf auch.

Womit wir erstmals beim Fall von Uwe Barschel wären: Wer sich zum Einstieg in das Thema zunächst Ermittlungsvermerke und Akten anschaut und dann die Presseveröffentlichungen, die im Lauf der Zeit dazu erschienen sind, ist überrascht. Manche Verschwörungstheorie, die in der Vergangenheit einfach unkritisch weggedruckt wurde, nur weil sie in den Akten stand, hätte auch früher schon keiner rudimentären journalistischen Überprüfung standhalten dürfen.

Andererseits wurden einige durchaus viel versprechende Spuren von den Medien nicht verfolgt – und zwar einzig und allein, weil die Staatsanwälte sie nicht weiterverfolgt und abgeschrieben hatten. Zu dieser Kategorie gehören die Notarsverträge und der Kontakt zur Person Prinsloo.

Ebenso wenig ist richtig, dass es meist zweitaufwendiger ist, Akten zu besorgen als mit Informanten ins Gespräch zu kommen. Manchmal gelingt es, einen wichtigen Zeugen binnen 24 Stunden ausfindig zu machen und zum Reden zu bringen – ganz ohne Beziehungen. Manchmal benötigt man jedoch ein halbes Jahr, um nur die Adresse eines Menschen herauszubekommen, obwohl man über beste Beziehungen verfügt. Und das Gleiche gilt vice versa für die Jagd nach einem Stück Papier.

Akten regnen nicht vom Himmel, sie wachsen nicht auf Bäumen und auch nicht auf Feldern. Man kann sie nicht einsammeln, pflücken oder auffangen. Sie werden auch nicht in Büros gebeamt. Sie werden in Tresoren versteckt, in Amtsstuben weggesperrt oder in Archiven verwaltet. Gleich, ob sie öffentlich zugänglich sind oder „geheim“ gestempelt – wer Akten will, muss an Menschen ran. Und somit gibt es keinen wirklichen Unterschied darin, ob ich Dokumente besorgen oder Zeugen zum Reden bringen möchte. Es sind die berühmten zwei Seiten der gleichen Medaille.

Mythos Nr. 2 : Mit Leuten reden kann jeder Journalist. Aber es ist nur einigen wenigen Privilegierten vorbehalten, an wichtige Akten zu gelangen.

„Investigativer Journalismus“ hat in Deutschland gelegentlich den faden Beigeschmack eines Abgrenzungsbegriffes. Am Ende verhindert er möglicherweise mehr gute Geschichte als er befördert. Recherchieren ist gar nicht so schwer. Statt dieses zu verklären, sollte man alle Kolleginnen und Kollegen ermuntern, es einfach zu versuchen.

Natürlich sind gute Kontakte hilfreich und sie befördern die Recherche. Je mehr Leute man kennt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass man an Dokumente kommt oder, was viel wichtiger ist, überhaupt von einer Geschichte hört, die unterm Deckel bleiben soll. Aber es sind nicht immer nachrichtendienstliche Verbindungen notwendig, um an Papiere zu kommen.

Nicht Nähe ist die Voraussetzung, um an wertvolle Informationen zu kommen, sondern Aufrichtigkeit und kritische Distanz gegenüber den Quellen. Wir sind keine Altruisten, wir gehen einem Beruf nach. Und deshalb hilft manchmal die Reflektion der eigenen Rolle: Journalisten gehen überschaubare rechtliche Risiken ein, solange sie keine Beamten bestechen. Allerdings fordern wir unsere Quellen auf, teilweise amoralisches bis kriminelles Verhalten an den Tag zu legen, in dem wir versuchen, sie dazu zu bringen, uns interne Unterlagen zu übergeben. Zeugen fallen in der Regel vor Gericht nicht um, wenn wir sie vorher nicht manipuliert und zu Aussagen getrieben haben, die sie ursprünglich nicht machen wollten. Manchmal führt etwas weniger Zuspitzung zu etwas mehr Wahrheit.

Womit wir wieder bei Barschel wären. Die Geschichte gibt es seit 20 Jahren, Mannschaftsständen an Journalisten haben an ihr gearbeitet und verfügen seit vielen Jahren über beste Kontakte in diese Szene. Wir hatten bis zu der Recherche zum 20-jährigen Todestag nicht viel mit der Barschel-Geschichte zu tun, hatten keine über Jahre gepflegten Kontakte und haben trotzdem eine Geschichte zustande gebracht. Und da der SPIEGEL Teil der Geschichte ist, mussten wir auch noch teilweise über verbrannte Erde gehen. Warum hat es dennoch geklappt? Weil wir recherchiert haben. Am Anfang stand das kleine Einmaleins der Recherche. Was wurde veröffentlicht? Welche Zeitzeugen gibt es? Welche Quellen gibt es? Was ist davon frei zugänglich? Wie kann man das andere Material über wen wo besorgen?

Es ist eine ganz und gar unromantische Arbeit. Sie besteht darin, Anträge zu

schreiben für Behörden wie Einwohnermeldeamt, Stasi-Unterlagenbehörde oder Handelsregister. Sie bedeutet, dass man sich nicht nur Unterlagen besorgt, sondern auch Wort für Wort liest; hunderte, tausende Seiten. Sie besteht auch darin, eine Vielzahl von Menschen anzurufen; nicht einmal oder zwei Mal, sondern immer wieder. Sie impliziert, dass man kein Nein akzeptiert und sich nicht zu fein ist, auch eine fünfte Abfuhr zu riskieren. Sie beinhaltet, dass man Aufgaben erledigt, die üblicherweise gerne Journalistenschülern und Praktikanten überlassen wird, beispielsweise an einer Haustür zu klingeln, wenn der Bewohner nicht auf die Nachrichten auf dem Anrufbeantworter und Telegramme reagiert hat.

Der Fall Barschel zeigt die Möglichkeiten und Grenzen von Quellen auf, seien es Menschen oder auch Papiere. Der Fall ist zwanzig Jahre alt, seit zehn Jahren ist kein neues Stück Papier zur Ermittlungsakte hinzugekommen. Dennoch zeichnet sich der Fall nicht durch einen Mangel an Dokumenten aus. Es ist das Zuviel von allem, was die Geschichte schwierig macht.

Markus Dettmer und Britta Sandberg sind SPIEGEL-Redakteure. Gemeinsam mit Sven Röbel veröffentlichten sie 20 Jahre nach dem Tod von Ulwe Barschel die Artikel „Der Tote von Zimmer 317“ (DER SPIEGEL vom 8.10.2007, S. 46 - 66) und „Was macht so einer hier?“ (DER SPIEGEL vom 15.10.2007, S. 52 - 63)

Wie recherchiert man im Bereich Gesundheit/Pharma?

Markus Grill (Reporter, „stern“)

I. Grundsätzliche Probleme im Bereich Pharma/Gesundheit

- Keine Transparenz bei Kosten (Wer bestimmt den Preis der Arzneimittel? Was kostet eine Hüft-OP in Klinik A oder B? Was rechnet ein Arzt für meine Behandlung ab?)

Ausgaben allein der Gesetzlichen Krankenkassen 148 Mrd. Euro in 2006. Davon: Kliniken 50,3 Mrd., Arzneimittel 25,9 Mrd., Ärzte 22,2 Mrd., Zahnärzte 7,7 Mrd. Dazu kommen Ausgaben der Privatversicherungen und OTC-Markt (4,5 Mrd. Euro)

- Keine Transparenz bei Produkten (Wie gut ist ein Arzneimittel wirklich? Welche Klinik ist gut, welche schlecht? Welcher Arzt ist gut oder schlecht?)

Informationsmonopol der Pharmaindustrie:

- Beahlt und beauftragt Studien, mit denen Zulassung von Arzneimittel beantragt wird.
- Beauftragt Ghostwriter für medizinische Publikationen
- Ärzte beziehen ihr Hauptwissen über neue Medikamente von Pharma-Referenten

Kein echter Wettbewerb

Oligopol der Generika-Hersteller (Hexal, Ratiopharm, Stada)

Diverse Anreizsysteme der Original-Hersteller für Ärzte, um teure Arzneimittel ohne Zusatznutzen (so genannte Scheininnovationen) zu verordnen.

- erfolgreiche Beeinflussung von Medien und Politik

Sehr gut organisierte Lobbyarbeit in Berlin:

- VfA (Verband der forschenden Arzneimittelhersteller: 50 hauptamtliche Lobbyisten in Berlin unter Führung von Ex-Staatssekretärin Cornelia Yzer. Vor allem ausländische Konzerne)
- BPI (Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie)
- Pro Generika (Verband der Oligopol-Firmen und ihrer Töchter)
- BAH (Bundesverband der Arzneimittelhersteller)
- Deutscher Generikaverband (kleine und mittelständische Generikafirmen)
- ABDA (Bundesverband der Apothekenverbände, Apotheker-Zeitung)

- erfolgreiche Beeinflussung der öffentlichen Meinung

- Systematische Unterwanderung von Selbsthilfe-Gruppen

- Schleichwerbung in Zeitungen und Zeitschriften (etwa BUNTE)
- Schleichwerbung über Beilagen wie „Medizin“ in SZ, Münchner Merkur, Ruhr-Nachrichten, u.a.
- Schleichwerbung in der ARD-Klinikserie „In aller Freundschaft“
- Pharmafinanzierte Journalistenpreise
- Dubiose Experten und Institute

II. Unabhängige Informationen

1. Arzneimittel

- Scholz/Schwabe: Taschenbuch der Arzneibehandlung (13. Aufl. 2005) mit Bewertung aller gängigen Wirkstoffe nach der Klassifikation von Fricke und Klaus in A, B, C, D
- IQWiG www.iqwig.de/publikationen-des-iqwig.114.html (zu einzelnen Wirkstoffen)
- Arznei-Telegramm (Jahresabo 48 Euro) www.arzneitelegramm.de (vor allem für aktuelle Informationen über neue Erkenntnisse zu Arzneimittelrisiken, Skandalen, Nebenwirkungen)
- Langbein, Martin, Weiß: Bittere Pillen (Sonderausgabe 2007, 12,90 Euro)
- www.akdae.de Homepage der Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft, bietet unter dem Link „Wirkstoff aktuell“ aktuelle Bewertungen neuer Arzneimittel
- www.gelbe-liste.de (mit Passwort geschützt, das man aber bekommt, wenn man sich als Medizinjournalist ausweisen kann und Presseausweis faxt). Gut u.a. für aktuelle Medikamentenpreise

2. Behandlungsmöglichkeiten:

- IQWiG www.gesundheitsinformation.de
- Krista Federspiel: Die andere Medizin (Stiftung Warentest). Bewertung alternativer Heilmethoden (2005, 34 Euro)
- www.cochrane.de Homepage der Cochrane Collaboration
- Zeitschrift „Gute Pillen – schlechte Pillen“ (Jahresabo 15 Euro) (bietet wie das US-Vorbild „best pills – worst pills“ wissenschaftlich geprüfte Informationen v.a. für Patienten)

3. Kosten

- OECD-Gesundheitsdaten 2007:
www.oecd.org/dataoecd/15/1/39001235.pdf
- Alle Ausgaben der Krankenkassen über die Homepage des Gesundheitsministerium www.bmg.bund.de, suchen nach: finanzielle Entwicklung der

gesetzlichen Krankenversicherung

- www.wido.de Wissenschaftliches Institut der AOK
- U. Schwabe/D. Pfaffrath: Arzneiverordnungsreport 2007 (erscheint jedes Jahr neu im Oktober. Die „Bibel“, was Kosten- und Umsatzentwicklung einzelner Medikamente angeht. Auswertung aller Verordnungsdaten der gesetzlichen Krankenkassen für Vorjahr).

4. Krankenhäuser

- für statistisches Material: Deutsche Krankenhausgesellschaft www.dkgev.de unter dem Link „Zahlen & Fakten“ finden sich viele brauchbare Informationen
- Die Bundesgeschäftsstelle Qualitätssicherung schwimmt in einem Meer von Daten aus Krankenhäusern – bisher sind die Ergebnisse aber nicht auf einzelne Kliniken beziehbar. Soll sich aber ändern (www.bqs-qualitaetsreport.de).

III. Akten / Informanten

Pharmaunternehmen: Brisante Informationen haben insbesondere Mitarbeiter im Vertrieb / Außendienst. E-Mail als Quelle immer bedeutender, auch Prospekte, mit denen beim Arzt geworben wird, „Incentive-Konzepte“. Vieles wird heute aber nur noch mündlich kommuniziert. Für Vergnügungsreise gibt es nur offizielle Programme, nie „echte“ Programme.

Hersteller von Medizinprodukten: Vertrieb und Außendienst haben oft Unterlagen über Abmachungen mit einzelnen Chefärzten / „opinion leaders“

Kliniken: Hinweise geben können Ärzte und Pfleger, wichtige Unterlagen haben aber die Verwaltungsabteilungen: Einkauf, Beschaffung, evt. Klinikapotheke

IV. Strafbarkeit

Klinikärzte: Bestechung/Bestechlichkeit im Amt, Vorteilsnahme im Amt.

Niedergelassene Ärzte: Betrug, Untreue gegenüber Krankenkassen.

Annahme von Geschenken, Geld etc. für bestimmte Verordnungen oder Behandlungen verstößt zwar gegen Berufsrecht (Musterberufsordnung für Ärzte), kann aber nur von den jeweiligen Landesärztekammern sanktioniert werden. Diese sind aber in der Regel unwillig, gegen Kollegen vorzugehen.

Markus Grill arbeitet als Reporter beim STERN und recherchiert vor allem über die Pharmaindustrie. Er deckte unter anderem den Ratiopharm-Skandal auf und veröffentlichte 2007 eine geheime Liste von Scheinstudien, bei denen Ärzte Geld für die Verordnung bestimmter Medikamente erhalten. Für seine Recherchen erhielt er den „Goldenen Apfel“, den Dr.-Georg-Schreiber-Preis und den Otto-Brenner-Preis.



„Nicht Ruhe und Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.“

(Otto Brenner 1968)

Ausschreibung

Otto Brenner Preis 2008

Es werden Beiträge prämiert, die für einen kritischen Journalismus vorbildlich und beispielhaft sind und die für demokratische und gesellschaftspolitische Verantwortung im Sinne von Otto Brenner stehen. Vorausgesetzt werden gründliche Recherche und eingehende Analyse.

Der Otto Brenner Preis ist mit einem Preisgeld von **45.000 Euro** dotiert, das sich wie folgt aufteilt:

1. Preis	10.000 Euro
2. Preis	5.000 Euro
3. Preis	3.000 Euro

Zusätzlich vergibt die Otto Brenner Stiftung:

für die beste Analyse (Leitartikel, Kommentar, Essay)
den Otto Brenner Preis „Spezial“ 10.000 Euro

in Zusammenarbeit mit „netzwerk recherche e. V.“
drei Recherche-Stipendien von je 5.000 Euro

und für Nachwuchsjournalisten
den „Newcomer-Sonderpreis“ 2.000 Euro

Einsendeschluss: 15. August 2008

Die Bewerbungsbögen mit allen erforderlichen Informationen erhalten Sie unter:
www.otto-brenner-preis.de

Otto Brenner Stiftung
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt am Main
E-mail: obs@igmetall.de
Tel.: 069 / 6693 - 2808
Fax: 069 / 6693 - 2786

Amtsgeheimnis adé

*Recherche mit Hilfe des Informationsfreiheitsgesetzes und
des Umweltinformationsgesetzes*

Manfred Redelfs

Agrarsubventionen gehen an die Bauern, denkt man als Laie. Doch nicht nur: Der Energieriese RWE kassierte zwischen 2002 und 2006 genau 2,1 Millionen Euro aus dem EU-Topf für Landwirtschaftsförderung – für die Rekultivierung seiner Braunkohlegruben in Erftstadt bei Köln. Dass der Großkonzern seine Milliardengewinne aus dem Stromgeschäft noch mit branchenfremden Zahlungen aus Brüssel aufstockt, ist einer Liste zu entnehmen, in der die Spitzenempfänger von Agrarsubventionen namentlich und mit der Fördersumme exakt verzeichnet sind. Mit der Veröffentlichung dieser Daten ist das Land Nordrhein-Westfalen einem Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz nachgekommen. Eine Brüsseler Journalistin und mehrere Umwelt- und Bauernverbände hatten sich auf dieses Transparenzgesetz berufen, um die Freigabe der durchaus brisanten Informationen zu erstreiten. So erfuhr die Öffentlichkeit Ende 2007, dass die Nutznießer der Förderpolitik keineswegs nur die kleinen Landwirte von nebenan sind, denen man die Unterstützung durchaus gönnt, sondern überwiegend Großkonzerne und der deutsche Landadel: Die Liste aus NRW liest sich wie der Adelskalender, denn zu den Großempfängern gehören beispielsweise auch die Metternich Ratibor Corvey KG des Prinzen von Ratibor und Corvey oder die Gutsverwaltung von Spee in Schloss Heltorf. Nicht alle Empfänger zählen dabei zum verarmten Adel: Die Eigentümerin von Gut Schlenderhan, Baronin Karin von Ullmann, die in den letzten fünf Jahren eine halbe Million Euro aus Brüssel erhalten hat, gilt mit einem geschätzten Privatvermögen von 4,1 Milliarden Euro als eine der reichsten Deutschen. Ihre Einnahmen aus den Subventionen sind nach den derzeitigen Förderrichtlinien vollkommen legal. Aber nur aufgrund der Veröffentlichung ist eine politische Debatte möglich, ob das Geld eigentlich richtig eingesetzt wird. Wegen der Brisanz der Empfängerliste hatten sich die deutschen Behörden denn auch lange gesträubt, Details preiszugeben. Sie mussten schließlich mehr Transparenz wagen, weil das Informationsfreiheitsgesetz sie dazu verpflichtete.

Das unter Journalisten noch wenig bekannte Gesetz bringt ganz neue Recherchemöglichkeiten: Das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) schafft den Grundsatz des „Amtsgeheimnisses“ ab. Bisher galt in Deutschland die Regel, dass alles, was die Verwaltung macht, internen Charakter hat, sofern nicht besondere Auskunftsrechte wie nach den Landespressegesetzen greifen. Das IFG führt den Grundsatz der Transparenz ein: Alles, was die Exekutive an Informationen produ-

ziert, ist öffentlich, es sei denn, dass genau definierte Ausnahmen vorschreiben, dass etwas doch unter Verschluss gehalten werden kann oder muss. Die Beweislast liegt in dem Fall bei der Behörde, wenn sie z.B. glaubt, ein Dokument aus Gründen des Datenschutzes nicht veröffentlichen zu dürfen. Und, wiederum anders als bei den Pressegesetzen: Es gibt einen Anspruch nicht nur auf Auskunft, sondern auf Zugang zu Originaldokumenten. Das IFG ist dabei als so genanntes „Jedermannsrecht“ angelegt, das nicht nur Journalisten, sondern jedem Bürger zusteht. Selbst eine Begründung, warum die Information offen gelegt werden soll, muss der Antragsteller nicht liefern.

Solche Rechtsprinzipien haben andere Länder schon viel früher als Deutschland eingeführt, vor allem in Skandinavien, wo etwa in Schweden die Öffentlichkeit der Verwaltung seit mehr als 200 Jahren in der Landesverfassung festgeschrieben ist. In den USA nutzen Journalisten seit 1966 den Freedom of Information Act, um an Unterlagen der Regierung heranzukommen. Als einer der letzten Staaten der EU hat Deutschland im Jahr 2006 für alle Bundesministerien und Bundesbehörden das Öffentlichkeitsprinzip eingeführt. Auf Landesebene gibt es IFG bisher nur in gut der Hälfte der Bundesländer, nämlich in Brandenburg, Berlin, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und dem Saarland. Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz bereiten eine solche Gesetzgebung vor. In den Ländern mit IFG gilt der Transparenzgrundsatz auf allen Ebenen, also von den kommunalen Stellen, über die Kreise bis zu den Landesbehörden.

Bereits seit mehr als zehn Jahren gibt es in Deutschland aufgrund einer EU-Richtlinie das Umweltinformationsgesetz (UIG), das quasi als themenspezifisches Informationsfreiheitsgesetz anzusehen ist. Es greift bei allen Fragen, die im weitesten Sinne mit der Umwelt zu tun haben – von der Qualität des Trinkwassers, den Ergebnissen der jüngsten Verkehrszählung bis hin zu größeren Bauprojekten.

Das UIG gilt auf Bundes- wie Landesebene und folgt dem gleichen Rechtsprinzip wie das IFG, erfordert also keine Antragsbegründung. Sein Nutzen für die Recherche sei ebenfalls durch ein Praxisbeispiel illustriert: Eine Bürgerinitiative in Seelze bei Hannover wehrte sich gegen den Bau einer Giftmüllverbrennungsanlage. Bei einer Akteneinsicht unter Berufung auf das UIG stellten die Anwohner fest, dass der Bau mit 2 Millionen Euro aus dem Landesökofonds subventioniert worden war und nochmals mit der gleiche Summe von der Bundesstiftung Umwelt. Da die konventionelle Anlage keinerlei ökologische Förderungswürdigkeit besaß, erhob die Bürgerinitiative Beschwerde bei der Wettbewerbskommission

in Brüssel und erreichte, dass die zweckentfremdeten öffentlichen Gelder zurückgezahlt werden mussten.

Wer muss Auskunft geben?

Zur Auskunft verpflichtet sind nach IFG und UIG nicht nur öffentliche Stellen, sondern auch private Firmen, die unter der Kontrolle einer Behörde eine öffentliche Aufgabe wahrnehmen oder eine öffentliche Dienstleistung erbringen. Dies trifft nach dem UIG z.B. auf die Müllabfuhr zu. Nach dem IFG des Bundeslandes Berlin mussten die Berliner Wasserwerke kürzlich sogar ihre Kalkulation der Wasserpreise offen legen. Auch Sachverständige des TÜV und Schornsteinfeger werden vom Transparenzprinzip erfasst. Neben den klassischen Behörden fallen solche Einrichtungen wie öffentlich finanzierte Theater und Museen unter das IFG. Ferner werden Körperschaften des öffentlichen Rechts einbezogen, z.B. bundesweit tätige und nicht privatrechtlich organisierte Krankenkassen. Ausgenommen sind regelmäßig die Gerichte und die Landtage bzw. nach dem Bundes-IFG der Bundestag. Aber die meisten Gerichtsverhandlungen und alle Parlamentssitzungen finden sowieso öffentlich statt.

Der Antrag kann mündlich oder schriftlich gestellt werden und sollte möglichst präzise sein, denn zu vage Anfragen, die beispielsweise nur pauschal nach den Umweltmaßnahmen eines Landkreises fragen, können von den Behörden abgelehnt werden. Die Mitarbeiter der Ämter unterliegen einer Beratungspflicht, die man sich zunutze machen sollte: Durch eine vorgeschaltete Telefonrecherche kann im Regelfall schnell geklärt werden, welche Stelle über die gesuchten Informationen verfügt und wie umfangreich die Unterlagen dazu sind. Grundsätzlich bezieht sich der Informationsanspruch auf vorliegende Informationen – das bedeutet, dass ein Amt nicht gezwungen werden kann, aufgrund einer Anfrage die gewünschten Daten erst zu erheben.

Von der Art des Informationszugangs, die der Antragsteller wünscht (mündliche Auskunft, Kopien, elektronische Daten, Akteneinsicht), kann die Behörde nur abweichen, wenn ansonsten ein erheblicher Verwaltungsaufwand entstehen würde, der sich vermeiden ließe. Konkret bedeutet dies etwa, dass eine elektronische Datenübermittlung nicht verlangt werden kann, wenn die Unterlagen bisher nur in Papierform vorliegen.

Ausnahmen vom Informationsanspruch

Von der Grundregel, dass die Ämter zur Informationsfreigabe verpflichtet sind, gibt es eine Reihe von Ausnahmen, die in den einzelnen Gesetzen eine un-

terschiedliche Reichweite haben. So kann der Antrag abgelehnt werden, wenn durch das Bekanntwerden der Informationen nachteilige Auswirkungen entstehen für die internationalen Beziehungen, die Verteidigung oder die öffentliche Sicherheit. Außerdem soll die Vertraulichkeit der Behördenberatungen gewahrt bleiben – wobei diese Ausnahmeklausel sich nur auf den Beratungsvorgang selbst erstreckt, nicht jedoch auf das Beratungsergebnis, das sehr wohl dem Informationsanspruch unterliegen kann. Ferner ist der Anspruch ausgeschlossen, solange nachteilige Folgen zu befürchten sind für ein laufendes Gerichtsverfahren oder ein strafrechtliches, ordnungswidrigkeitenrechtliches oder disziplinarrechtliches Ermittlungsverfahren.

Neben diesen öffentlichen Belangen bleiben auch bestimmte private Interessen geschützt. Dies gilt zum einen immer dann, wenn personenbezogene Daten berührt sind und die Interessen der Betroffenen erheblich beeinträchtigt würden. Den in der Praxis wohl wichtigsten Ausnahmetatbestand stellt der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen privater Firmen dar. Die Grundüberlegung dabei ist, dass staatliche Stellen, die eine Aufsichtstätigkeit über Unternehmen ausüben, auf diesem Wege auch Daten erlangen, die für die Firmen eine unmittelbare wirtschaftliche Bedeutung haben und deshalb der Konkurrenz nicht bekannt werden sollen. Von diesem Schutz sind allerdings Angaben über Emissionen grundsätzlich ausgeklammert. Antragsteller können also auch weiterhin in Erfahrung bringen, was das Umweltamt bei Kontrollmessungen in der Luft oder im Abwasser festgestellt hat, auch wenn daraus in begrenztem Maße Rückschlüsse auf den Produktionsprozess möglich sind. Da viele Firmen sich bei UIG-Anfragen grundsätzlich zunächst auf ihre Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse berufen, ist es entscheidend, dass die Behörde prüft, ob es sich erstens bei den strittigen Informationen überhaupt um Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse handelt und zweitens, ob nicht unter Umständen das öffentliche Interesse an der Freigabe der Information schwerer wiegt als das Schutzinteresse der Firma. Konkret ist davon auszugehen, dass etwa Daten über fehlerhafte Produkte, von denen eine Gesundheitsgefährdung ausgeht, wohl kaum unter Berufung auf das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis unter Verschluss gehalten werden dürfen. In diesem Punkt geht das UIG weiter als das Bundes-IFG: Bei dem neuen Bundesgesetz fehlt leider die Abwägungsklausel mit dem öffentlichen Interesse, den Firmen wird also ein Letztentscheidungsrecht über die Freigabe eingeräumt.

Wichtig ist, dass selbst dann, wenn die oben genannten Ausnahmen greifen, der veröffentlichtungsfähige Teil der Unterlagen zugänglich gemacht werden muss. Unter Umständen muss die Behörde also ausgewählte Daten weitergeben

oder teilweise geschwärzte Dokumente und kann sich nicht pauschal auf die Ausnahmeklauseln berufen.

Kosten und Fristen

Anders als beim Auskunftsanspruch nach den Landespressesetzen können die Anfragen nach IFG und UIG bei umfangreichen Aktensichtungen zu erheblichen Kosten führen: Das UIG sieht hier eine Höchstgrenze von 500 Euro vor, die erreicht werden kann, sofern per Hand viele personenbezogenen Angaben geschwärzt werden müssen. Bei den IFG variieren die Kosten zwischen einem Höchstbetrag von 500 Euro beim Bund und bis 2.000 Euro auf Landesebene. Es empfiehlt sich deshalb, um Rücksprache zu bitten, sollte ein Amt Kosten jenseits einer Schwelle von z.B. 50 Euro erwarten. Manchmal lässt sich der finanzielle Aufwand dann in einem zweiten Schritt durch eine weitere Präzisierung der gesuchten Unterlagen begrenzen.

Auch die gesetzlich vorgeschriebenen Antwortfristen schwanken. So spricht das IFG Berlin von „unverzüglich“ – worunter Juristen „ohne schuldhaftes Zögern“ verstehen, längere Aktenprüfungen also keineswegs ausschließen. Nach dem UIG gilt eine Regelfrist von einem Monat, die in komplizierten Fällen auf zwei Monate verlängert werden kann. Das Bundes-IFG ergänzt die Fristvorgabe „unverzüglich“ um die juristisch nicht belastbare Präzisierung „soll innerhalb eines Monats erfolgen“. Ein Antragsteller sollte sich deshalb über das relevante Gesetz informieren (s. Links im Anhang) und zunächst versuchen, die zuständigen Mitarbeiter zu einem kooperativen Verhalten zu bewegen.

Vorteile gegenüber dem Presserecht

Journalisten sind es gewohnt, sich bei ihren Recherchen auf den Auskunftsanspruch gegenüber Behörden zu berufen, der ihnen in den Landespressegesetzen garantiert wird. Deshalb stellt sich die Frage, ob diese Berufsgruppe überhaupt Vorteile vom IFG hat. Der entscheidende Unterschied ist, dass das IFG es dem Antragsteller überlässt, die Form festzulegen, in der ein Informationsanspruch erfüllt werden soll. Der Auskunftsanspruch nach den Landespressegesetzen überlässt dagegen der Behörde die Entscheidung, wie sie ihrer Verpflichtung nachkommt. Im Regelfall muss sich der Journalist deshalb mit dem zufrieden geben, was die Pressestelle mitzuteilen gewillt ist. Genau an diesem Punkt kommt die neue Qualität der IFG-Recherche ins Spiel, denn es macht einen erheblichen Unterschied, ob der Pressesprecher eine womöglich ausweichende Antwort gibt, oder ob die Unterlagen zu einem kommunalen Bauskandal im Original durchgesehen werden können. Womöglich kommen dabei Dinge ans Licht, die eine Behörde von sich aus niemals mitgeteilt hätte.

Neue Rechercheformen werden dank IFG möglich, weil jetzt Rohdaten der Verwaltung ebenfalls prinzipiell zugänglich sind. Die Recherche muss sich also nicht mehr auf die klassischen Akten im Leitzordner beschränken, sondern kann sich auch auf Computerdateien und E-Mails erstrecken. Welche Möglichkeiten damit eröffnet sind, zeigt die Spezialisierung auf das Computer-Assisted-Reporting (CAR) in den USA: Dabei werden große Datenmengen, bei denen sensible personenbezogene Informationen ausgesondert wurden, nach journalistischen Kriterien ausgewertet, z.B. durch Datenverknüpfungen. So ging die Lokalzeitung in St. Louis Gerüchten nach, dass es bei einer Kommunalwahl massiven Betrug gegeben habe. Unter Berufung auf den Freedom of Information Act beantragte ein Reporter die Namen aus dem Wahlregister und aus dem Sterberegister der Stadt. Ein einfacher Abgleich hat ergeben, dass in St. Louis erstaunlich viele Tote weiterhin fleißig zur Wahl gegangen waren. In Deutschland stellt der Datenschutz zwar eine größere Hürde da. Viele nicht personenbezogene Informationen aus amtlichen Statistiken – sei es die detaillierte Aufschlüsselung des Waldschadensberichts oder die regionale Verteilung meldepflichtiger Krankheiten – sind jedoch nach dem IFG zugänglich und ermöglichen erste Schritte in Richtung CAR. Die Deutsche Presse-Agentur hat aus diesem Grund bereits eine eigene kleine Einheit gebildet, die den dpa-Kunden regionalisierte Geschichten aufgrund von Datenanalysen anbietet. Für die Agentur ist dies auch ein Versuch, verstärkt eigene Themen aufzuspüren, sich also von den Anstößen durch Pressemitteilungen und klassischem Terminjournalismus unabhängig zu machen.

Ein weiterer Vorteil des IFG ist, dass die Recherche nicht mehr so leicht unter Berufung auf den Datenschutz blockiert werden kann. Der Schutz personenbezogener Informationen ist bei Behörden häufig ein willkommenes Argument, unliebsame Anfragen abzuschmettern. Anders als das Presserecht legt das IFG genaue Regeln fest, wann personenbezogene Daten freigegeben werden dürfen und verlangt im Übrigen, dass die Betroffenen, um deren Schutz es geht, von der Behörde gefragt werden müssen, ob sie nicht evtl. mit der Weitergabe einverstanden sind. Es sind viele Fälle denkbar, in denen Betroffene das gleiche Interesse haben wie ein recherchierender Journalist, so dass die Konsultationspflicht den Erfolg von Nachforschungen erhöht.

Sofern sie ethisch gerechtfertigt ist, kann auch eine verdeckte Recherche mit Hilfe des IFG leichter zum Erfolg führen. Das Presserecht setzt voraus, dass der Anfragende sich gegenüber der Behörde als Journalist legitimiert. Das IFG kann dagegen von jeder Person für Anfragen genutzt werden, so dass Journalisten auch als Privatpersonen Anträge auf Akteneinsicht stellen können, ohne gleich

die Alarmglocken aller Behördenmitarbeiter zum Schrillen zu bringen. Dies kann relevant sein, wenn es um einen Korruptionsverdacht geht. Wären z.B. im Skandal um die Kölner Müllverbrennungsanlage frühzeitig die Gutachten publik geworden, die die Überdimensionierung der Anlage und die viel zu hohen Kosten anprangerten, hätte die Stadt Köln möglicherweise einige Millionen Euro sparen können.

Von Vorteil für die Medienberichterstattung ist außerdem, dass auch engagierte Bürger die Jedermannsrechte nutzen können, um interessante Dinge ans Licht zu bringen. Oft ergibt sich so ein Anfangsverdacht auf fragwürdige Vorgänge, dem Journalisten gezielt weiter nachgehen können. So beehrte ein Bürger aus Eckernförde unter Berufung auf das IFG-Schleswig-Holstein Einsicht in das Wertgutachten, das zum Verkauf der Stadtwerke erstellt worden war. Er wollte wissen, ob die Stadt zu einem angemessenen Preis an eine amerikanische Cross-Boarder-Leasing-Firma verkauft hatte. Ein Verkaufserlös unter Wert könnte möglicherweise bald ein Loch im kommunalen Haushalt und entsprechende Erhöhungen von Gebühren und Abgaben nach sich ziehen – ein Thema, das auch für andere Bürger interessant ist und deshalb journalistische Aufmerksamkeit verdient.

Stellt sich eine Behörde stur und verweigert die Auskunft, bleibt nach dem Presserecht nur der Gang vor das Verwaltungsgericht, der teuer und langwierig sein kann. Nach dem IFG besteht die Chance, es vor dem Bemühen der Gerichte mit einer Art Schlichtungsverfahren zu versuchen: Der Datenschutzbeauftragte übt auch die Funktion des Informationsfreiheitsbeauftragten aus und fungiert dabei als Ombudsmann. Er nimmt Beschwerden über Auskunftsblockaden entgegen, berät die Antragsteller und wird bei der Behörde vermittelnd tätig. Für die Recherche, insbesondere von freien Journalisten, die nicht auf einen Verlagsjuristen zurückgreifen können, hat dies den Vorteil, dass die Arbeit des Informationsfreiheitsbeauftragten für den Antragsteller kostenlos ist.

Diesen Vorteilen stehen im Vergleich mit dem Auskunftsanspruch nach den Landespressegesetzen die Nachteile gegenüber, dass ein Antrag nach dem IFG kostenpflichtig ist und dass unter Umständen mit einer längeren Bearbeitungszeit gerechnet werden muss. Außerdem stellt das Bundes-IFG einen politischen Kompromiss dar und enthält deshalb einen umfangreichen Ausnahmekatalog vom Grundsatz der Transparenz. Behörden, die die Öffentlichkeit scheuen, haben deshalb nach wie vor viele Möglichkeiten, unliebsame Antragsteller abzublocken. Trotzdem lohnt es sich, das neue Rechercheinstrument zu nutzen, sich also mit seinem Anwendungsbereich vertraut zu machen.

Tipps zum Vorgehen

Der Antrag kann formlos gestellt werden und sollte die gesuchten Informationen möglichst genau bezeichnen. Hier hilft in der Regel die telefonische Vorrecherche, durch die ermittelt wird, welche Stelle eigentlich über die gesuchten Informationen verfügt und wie umfangreich evtl. Aktenbestände oder Datensammlungen sind. Im Falle der Agrarsubventionen in NRW lautet eine sinnvolle Einschränkung: „Alle Empfänger der EU-Direktzahlungen im Jahr 2006, soweit mehr als 100.000 Euro gezahlt wurden, unter Angabe von Empfängername, Betriebsnummer und Zahlungshöhe, aufgelistet in Form einer Excel-Tabelle“. Ist die Behörde der Auffassung, bestimmte Informationen nicht freigeben zu dürfen, so sollte man auf der Veröffentlichung der restlichen Informationen bestehen. Bei dem Beispiel mit den Agrarsubventionen wurden z.B. die Empfänger, die Privatpersonen waren, aus Gründen des Datenschutzes nicht genannt, sehr wohl aber die Firmen, die Subventionen erhalten haben. Es ist ratsam, die Anträge schriftlich (Brief, Fax oder E-Mail) zu stellen, obwohl auch die mündliche Form möglich ist. Der Schriftwechsel hat jedoch den Vorteil der besseren Dokumentation, was z.B. relevant werden kann, wenn es um die Einhaltung von Antwortfristen geht.

Wenn man nicht weiß, welche Informationen ein Amt überhaupt hat, hilft auch ein Blick auf die Homepage: Das Bundes-IFG verpflichtet alle Ministerien, ihre Organisations- und Aktenpläne ins Internet zu stellen. So kann man sich zumindest einen Grobüberblick verschaffen, wie die behördliche Registratur aufgebaut ist.

Für die Recherche unter Zeitdruck empfiehlt es sich, nach Möglichkeit den formalen Behördenweg zu vermeiden und stattdessen unter freundlicher aber bestimmter Berufung auf die Akteneinsichtsrechte eine unkomplizierte Freigabe anzustreben. Mitunter lassen sich die Mitarbeiter darauf ein, wenn sie erkennen, dass ihnen so eine aufwändige Antragsbearbeitung erspart bleibt. Der formelle Antrag ist dabei der Knüppel im Sack, der erst heraus geholt wird, wenn es nicht anders geht. Weil das Rechtsprinzip der Informationsfreiheit neu ist und viele Behördenmitarbeiter das alte „Amtsgeheimnis“ verinnerlicht haben, bedarf es mitunter etwas Überzeugungsarbeit. Dabei gilt: Je besser ein Antragsteller seine eigenen Rechte kennt, desto erfolgreicher lässt sich mit den Ämtern verhandeln.

Kulturwandel lässt noch auf sich warten

Trotz einzelner Erfolge wie der eingangs zitierten Recherche über Agrarsubventionen findet das IFG bisher erst wenig Beachtung als journalistisches Recherche-Instrument. Im ersten Jahr nach Inkrafttreten des Bundes-IFG zählte das für die Statistik zuständige Innenministerium unter den insgesamt 2.278 Anträ-

gen gerade einmal 92 von Journalisten. Da sich die Antragsteller nicht legitimieren und ihr Auskunftsbegehren auch nicht begründen müssen, handelt es sich hierbei vermutlich um Anträge, die unter Redaktionsadressen gestellt wurden oder bei denen das journalistische Interesse explizit im Anschreiben benannt wurde. Aber selbst wenn man von einer gewissen Dunkelziffer von Anträgen ausgeht, die Journalisten unter Privatadressen gestellt haben, ist die Gesamtzahl sehr gering. Hinzu kommt, dass der stern-Redakteur Hans-Martin Tillack allein für seine Recherche über das Sponsoring von Bundesministerien 15 Anträge bei Ministerien und dem Kanzleramt gestellt hat, also bereits für einen stattlichen Anteil an der Gesamtzahl verantwortlich ist (vgl. hierzu auch den Beitrag von Hans-Martin Tillack in dieser Dokumentation). Immerhin konnte er auf diese Weise aufdecken, dass etwa der Rüstungskonzern EADS die Feste des Verteidigungsministeriums zwischen 2003 und 2006 mit 87.000 Euro unterstützt hat – für den „Ball des Sanitätsdienstes“ oder das Oktoberfest des Heeresverbindungsstabes USA in Alabama. EADS sowie die Tochterunternehmen zahlten bei solchen Anlässen für die Musik und die Bewirtung oder ermöglichten ein Feuerwerk. Es bedurfte einer gewissen Hartnäckigkeit, um die Freigabe der Zahlen zu erreichen, denn zunächst wollten sich einige der Ministerien auf das Vorliegen von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen berufen.

Andere Anträge des stern-Redakteurs führten bisher nur zu belanglosen Ergebnissen, zu Absagen oder zu Rechtsstreitigkeiten, die noch andauern. So beehrte er Einsicht in den Terminkalender des früheren Kanzleramtschefs Frank-Walter Steinmeier. Er erhoffte sich davon Klarheit, ob Steinmeier bei einem Treffen mit einem hochrangigen syrischen Geheimdienstmitarbeiter dabei war und so frühzeitig von der Entführung des Deutsch-Syrers Muhammad Haidar Zamar durch die CIA erfahren habe. Das Bundeskanzleramt lehnte diesen Antrag mit der Begründung ab, der Kalender stelle keine amtliche Information im Sinne des IFG dar. Die Anschaffungspreise der Dienstwagen des Kanzleramts, die Tillack wissen wollte, wurden als „Betriebs- und Geschäftsgeheimnis der Zulieferer“ eingestuft. Und die Flugdaten CIA-verdächtiger Jets wurden unter Verschluss gehalten, „weil die Sorge besteht, dass eine nicht sach- und fachgerechte Interpretation der Daten zu einer Beeinträchtigung der auswärtigen Beziehungen führen kann“, wie es im Ablehnungsschreiben heißt.

Auch der FAZ-Redakteur Stefan Tomik war mit seinen Anträgen nicht auf Anhieb erfolgreich: So verweigerte die Bundesagentur für Arbeit die Herausgabe eines Berichts der Innenrevision über umstrittene Beraterverträge unter Hinweis auf den rein internen Charakter, obwohl es sich laut IFG um eine amtliche Information handeln müsste. Auch der Einblick in den Vertrag der Regierung mit dem

Maut-Konsortium Toll Collect wurde Tomik verweigert. Es ging ihm hier wie mehreren Bundestagsabgeordneten, die gleichfalls Einsicht in dieses Dokument begehrten. Das Verkehrsministerium begründete seine Ablehnung damit, das laufende Schiedsgerichtsverfahren mit dem Konsortium dürfe nicht gefährdet werden. Außerdem sehe man sich mangels Sachverstand nicht in der Lage, die geheimhaltungspflichtigen Teile des umfangreichen Vertrages von den veröffentlichungspflichtigen abzutrennen. Während Tomik den Antrag zum Mautvertrag nicht weiterverfolgt hat, klagt der Bundestagsabgeordnete Jörg Tauss seit August 2007 gegen das Verkehrsministerium.

Die Bilanz nach eineinhalb Jahren Informationsfreiheitsgesetz fällt somit gemischt aus: Einerseits sind die Befürchtungen eingetreten, dass ein Gesetz mit vielen Ausnahmeklauseln dazu einlädt, unliebsame Fragesteller auf Distanz zu halten. Deshalb müssen die Chancen und Grenzen der Reform erst mühsam anhand von Musterprozessen ausgelotet werden. Andererseits hat das Gesetz selbst in seiner handwerklich schlechten Form schon einen demokratischen Fortschritt gebracht: Der Abschied vom Amtsgeheimnis ist unwiederbringlich, auch wenn die Kulturveränderung in den Behörden noch eine längere Zeit benötigen wird. Ohne das IFG wäre es gar nicht möglich, die Verwaltung unter Legitimationsdruck zu setzen, wie es am Beispiel der Agrarsubventionen oder bei der stern-Recherche zum Regierungs-Sponsoring geschehen ist. Für recherchierende Journalisten ist klar, dass sie durch das neue Gesetz nur gewinnen können: Ein Antrag ist schnell gestellt, selbst wenn nicht jeder Versuch, an interessante Regierungsunterlagen zu gelangen, sofort zum Erfolg führt. Ein wenig sportlicher Ehrgeiz gehört deshalb bei der IFG-Recherche genauso dazu wie beim Recherchieren insgesamt.

Dr. Manfred Redelfs leitet die Recherche-Abteilung von Greenpeace und bearbeitet im Vorstand von Netzwerk Recherche das Thema Informationsfreiheit.

Informationen zu den Gesetzen:

Viele Hintergrundinformationen zum Informationsfreiheitsgesetz sind auf der Homepage von Netzwerk Recherche zu finden: www.netzwerkrecherche.de/projekte/index.php?pageid=5

Eine praxisnahe Gegenüberstellung von Auskunftsrechten nach den Landespressgesetzen und dem Informationsfreiheitsgesetz bietet die Journalistenzeitschrift „Message“ mit ihrer Beilage „Werkstatt“: www.netzwerkrecherche.de/docs/message_werkstatt_4-2005.pdf

Die umfangreichste Link-Sammlung zu Informationszugangsrechten in Deutschland findet sich auf dieser Homepage, in der Journalisten aus allen EU-Mitgliedsstaaten Hinweise zum Informationsrecht zusammengetragen haben. Dort gibt es Links zu allen Gesetzestexten, einschließlich der Regelungen in den Bundesländern und der zugehörigen Kostenverordnungen: www.wobsite.be/index.php?page=550&country=21

Wahrheitsfindung

Webinhalte auf ihre Glaubwürdigkeit prüfen

Albrecht Ude

Das Web ist durchwirkt mit Seiten zweifelhafter Qualität. Ihre Inhalte sind veraltet, einseitig, falsch oder gefälscht. Doch die Glaubwürdigkeit von Webseiten kann man prüfen. Dazu braucht es mehr, als nur deren Inhalte kritisch zu hinterfragen.

Starker Tobak: „Wir müssen jetzt Tabus brechen. Die Gewinnung von Aussagen mittels leichter Foltermaßnahmen und die Verwertung solcher Aussagen sind zukünftig möglich zu machen.“ Das forderte Dr. Claus Grötz, Strafrichter am Bundesgerichtshof und Vorsitzender des „Bund Deutscher Juristen“ in einer Pressemitteilung am 30. Dezember 2005 mit Verweis auf die Website des BDJ.

Die Nachrichtenagentur Associated Press (AP) nahm die Meldung am 1. Januar 2006 auf den Ticker: „Bund Deutscher Juristen fordert Aussagen unter ‚leichter Folter‘ – offene Diskussion und Bruch von Tabus verlangt.“ Spiegel Online, der Westdeutsche Rundfunk, der Mitteldeutsche Rundfunk, n-tv und andere Medien übernahmen die Meldung. Steffi Lemke, Bundesgeschäftsführerin der Grünen, forderte den Rücktritt von Grötz.

Dumm nur: Dr. Claus Grötz gibt es gar nicht und der Bund Deutscher Juristen ist ein Club der toten Richter. AP nahm die Meldung nach nur 94 Minuten vom Ticker und stand blamiert da, ebenso die Medien, die sie augenscheinlich ungeprüft übernommen hatten; teilweise sogar, nachdem AP sie schon zurückgezogen hatte.

Peinlich zudem die nachgereichten Entschuldigungsversuche: Spiegel Online schreibt von einem „nachrichtenarmen Feiertag mit beschränkten Recherchemöglichkeiten“ – als ob man an Silvester keine Whois-Abfragen machen kann. Der AP-Chefredakteur warnt „vor den Gefahren der Routine“. Dabei zeigte die Pleite doch genau das Gegenteil: das Fehlen von Routine.

Die Webseite des BDJ ist heute noch unter www.bunddeutscherjuristen.org zu bewundern. Der „Bund Deutscher Juristen“ war die Aktion eines ausgemachten Eulenspiegels: Zum einen griff er mit diesem Paukenschlag in die sensible (bis heute andauernde) Diskussion ein, wie viel die Bürgerrechte in Zeiten geschürter Terrorangst noch gelten. Zweitens zeigte er die Schludrigkeit von Medien und Politik, denen Schnelligkeit vor Richtigkeit geht. Und drittens entlarvte er die mangelnde Online-Kompetenz etlicher Online-Medien.

Trau, schau, wem

Das Beispiel belegt, wie wichtig es ist, Quellen aus dem Internet auf den Zahn zu fühlen, ehe man sie verwendet. Dabei schärft Übung die Sinne. Einem kompetenten Rechercheur muss es zumindest merkwürdig vorkommen, dass ein angeblicher Verein deutscher Richter unter der Top-Level-Domain .org auftritt, statt unter .de (bunddeutscherjuristen.de ist nicht vergeben). Ebenso, dass die Website kein für einen solchen Verein vorgeschriebenes Impressum führt. Endgültige Klarheit bringt die Whois-Abfrage der Domaindaten. Daraus geht hervor, dass die Domain des angeblich schon 1952 gegründeten Vereins erst am 28. Dezember 2005 registriert wurde – zwei Tage vor der Pressemeldung.

An diesem Punkt wird klar, dass Quellenprüfung im Internet andere Anforderungen stellt als der Umgang mit traditionellen Dokumenten. Oft wird nur der Inhalt einer Webseite analysiert, als hätte man nur einen Ausdruck davon zur Verfügung. Das reicht aber nicht aus.

Eine Webseite ist ein Konglomerat von Dateien, die Texte, Bilder, Formatierungsanweisungen und Skripte enthalten. Was man in seinem Browserfenster sieht, entsteht aus dem Zusammenwirken verschiedener Dateien (und Dateiformate). Diese stellt ein Webserver auf Anfrage (Request) zusammen und liefert sie via Netz aus. So trivial das klingt, so viele Ansatzpunkte für Nachforschungen bietet es.

Man kann diese Punkte in vier Gruppen zusammenfassen: die einzelne Webseite, die gesamte Website, der Webserver und weitere Informationen aus dem Netz. Dabei steht der Inhalt einer Webseite an erster Stelle der kritischen Betrachtung. Ihn sieht man zuerst und ihn möchte man ja schließlich verwenden. Die ersten Fragen zielen also auf den Autor, den Text und auf die Aktualität.

Ist der Verfasser des Textes genannt? Falls ja, wer ist er – ein Wissenschaftler, Journalist, Politiker oder Amateur? Ist er möglicherweise eine bekannte Autorität für das Thema? Vertritt er einen bestimmten Standpunkt oder ein Vorurteil? Antworten auf diese Fragen liefert ein Blick auf die Homepage des Verfassers und eine Suchmaschinenabfrage. So müsste ein Richter am Bundesgerichtshof namens Dr. Claus Grötz doch irgendwo im Internet schon einmal erwähnt worden sein.

Weitere Fragen kann man durch genaues Lesen beantworten: Für welche Leserschaft ist der Text geschrieben? Welcher Standpunkt, welches Vorurteil wird vertreten? Sind die Informationen stabil oder werden sie veralten? Sind sie plausibel und prüfbar? Leicht feststellen kann man das, wenn Quellen genannt oder

Zitate verwendet werden. Sensibilität gegenüber dem Stil ist ratsam: Möglicherweise ist der Text ironisch gemeint oder eine Satire.

Kalter Kaffee

Ein entscheidender Punkt bei der Recherche im Web ist die Aktualität der gefundenen Informationen. Das Internet bietet keine Möglichkeit, einmal im Umlauf befindliche Informationen zu löschen. Selbst wenn der Inhaber einer Website die Seiten ändert, hat er keine Kontrolle darüber, an welchen Stellen er bereits zitiert wird beziehungsweise wer seine Veröffentlichung übernommen hat. Das Web quillt daher über vor Datenmüll, dessen Haltbarkeitsdatum längst abgelaufen ist.

Etwa in User-Foren ist es dem Urheber oft gar nicht möglich, eine aufgestellte Behauptung nachträglich zu korrigieren. So kann sich etwa der Vorwurf, eine Firma sei telefonisch nicht erreichbar, auf einen zweitägigen Ausfall von deren Telefonanlage vor einem Jahr beziehen. Sie hat vielleicht daraus gelernt und mittlerweile sogar eine zuverlässigere Anlage angeschafft. Die Behauptung trifft also längst nicht mehr zu, bleibt aber online und erregt nach wie vor mehr Aufmerksamkeit als aktuelle Zufriedenheitsbekundungen.

Nicht nur erkennbar alte, sondern auch undatierte Veröffentlichungen sind grundsätzlich mit großer Vorsicht zu genießen. Man muss dann damit rechnen, dass die Information alt ist, was je nach Inhalt allerdings nicht mit veraltet gleichzusetzen ist. Etwa über Archiv-Server lässt sich eventuell ein ungefähres Datum der Veröffentlichung bestimmen, was auch nützlich ist, wenn Zweifel an einem genannten Datum aufkommen.

Sonderfall Wikipedia

Die Wikipedia ist eines der Leitmedien im World Wide Web. Ihre Erfolgsgeschichte beruht darauf, dass jeder sein Wissen einbringen kann, indem er neue Texte schreibt oder vorhandene ändert. Dieses Prinzip der Offenheit wird ergänzt durch Kontrolle: Alle Änderungen eines Artikels der Wikipedia werden gespeichert und sind unter „Versionen/Autoren“ nachvollziehbar. Debatten und Fragen der Bearbeiter findet man unter „Diskussion“.

Die Wikipedia arbeitet nach dem Konsensprinzip. Das bedeutet aber nicht, dass alle Bearbeiter der Wikipedia den kompletten Inhalt der Enzyklopädie kennen und gutheißen. Vielmehr herrscht der Konsens unter den Bearbeitern eines Artikels. Die Kompetenz dieser Gruppe kann sehr unterschiedlich sein, dementsprechend variiert auch das Niveau der Artikel. Eine Gewähr für die Richtigkeit

des Inhalts ist der Konsens nicht.

Und immer wieder ist die Wikipedia das Ziel von Aktionen, bei denen Texte aus politischen oder wirtschaftlichen Interessen geändert werden. So geriet gerade erst der hessische Landesverband der CDU in die Kritik, der bei Manipulationen an der Wikipedia- Biographie des Grünen- Landtagsabgeordneten Tarek Al-Wazir ertrappt wurde. Eine CDU-Sprecherin schob die Verantwortung dafür auf einen „Praktikanten“.

Im wissenschaftlichen Bereich ist sehr umstritten, ob Wikipedia zitiert werden darf. Immer mehr Professoren verbieten dies ihren Studenten explizit. Ehe man Texte aus der Wikipedia verwendet oder verlinkt, empfiehlt es sich, einen Blick auf die dazugehörige Diskussionsseite zu werfen und zumindest die jüngeren Versionsänderungen zu beachten. Dabei sollte man umso kritischer vorgehen, je kleiner die jeweilige Bearbeitergruppe ist.

Der Wikiscanner erleichtert es, Manipulationen an Artikeln zu erkennen. Seit August gibt es diesen Dienst auch für den deutschen Teil der Wikipedia [1]. Ändert ein nicht angemeldeter Benutzer etwas, so wird seine IP-Adresse registriert. Wikiscanner nutzt diese Daten. Gibt man eine Firma ein, sucht der Dienst die IP-Adressen, die diese verwendet, und listet alle Änderungen auf, die von dort aus vorgenommen wurden. Das ist nicht neu, wird durch das Werkzeug von Virgil Griffith aber sehr einfach. Allerdings lässt sich damit längst nicht jede Manipulation aufdecken. Änderungen angemeldeter Nutzer erfasst Wikiscanner gar nicht, bei Änderungen über Internetzugänge mit dynamischer IP-Adresse oder aus Internet-Cafes sind Rückschlüsse auf den Urheber kaum möglich.

Ihr Auftritt

Dieselben Fragen, die für den Autoren gelten, kann man auch für die ganze Website stellen. Es macht einen großen Unterschied, ob ein Text auf der Site einer Zeitschrift, einer Universität, einer Behörde, einer Bürgerinitiative oder in einem Wiki erscheint. Unter www.martinlutherking.org findet man beispielsweise eine Website über den schwarzen Bürgerrechtler und Friedensnobelpreisträger Martin Luther King, der 1968 ermordet wurde. Ganz unten auf der Startseite steht ein Hinweis, dass die Seite von Stormfront gehostet wird. Das ist eine Neonazi-Organisation in den USA, deren Motto „White pride – world wide“ lautet. Diese Website ist also gewiss keine „wertvolle Quelle für Schüler und Lehrer“, wie sie selbst schreibt, jedenfalls nicht ohne das Vorwissen, wer dort seine Meinung publiziert.

Stormfront zählt zu jenen rechtsextremistischen Webinhalten, die in Nordrhein-Westfalen nach einer Verfügung der Bezirksregierung von Providern gesperrt werden. Und wer bei Google.de und Google.com nach „Stormfront“ sucht, findet deren Homepage in der internationalen Google-Version auf Platz eins, in der deutschen dagegen gar nicht.

Hier muss sich der Rechercheur also zwei weitere Fragen stellen: Wo befinde ich mich und was vom Web bekomme ich zu sehen. Denn in vielen Ländern gibt es rigide Zensurmaßnahmen. Viele Informationen über die Volksrepublik China oder über Tibet etwa findet man auf Websites mit der Top-Level-Domain .cn ganz bestimmt nicht. Umgekehrt sind missliebige Inhalte ausländischer Webseiten von der VR China aus unerreichbar [2].

Eine weitere Frage zur Website lautet, wer dort noch worüber publiziert. Universitäten und wissenschaftliche Magazine etwa erlauben eine breite Meinungsvielfalt auf ihren Seiten, viele andere Betreiber veröffentlichen hingegen nur, was zu ihrer Linie passt. Ebenso wichtig ist die Frage, wer eine Website finanziert und ob es Hinweise auf Sponsoren gibt. Und schließlich braucht jede ernst zu nehmende Site ein Impressum mit vollständigen und validen Kontaktangaben.

Ein kritischer Blick auf die URL lohnt immer. Insbesondere die Top-Level-Domain (TLD) kann Hinweise liefern. So besitzt jeder Staat eine aus zwei Buchstaben bestehende Country-Code TLD, außerdem gibt es generische TLDs für Sachgebiete. So ist die Domain „.museum“ tatsächlich Museen vorbehalten, während eine .com oder .org-Domain bekommen kann, wer ausreichend dafür zahlt. Man sollte daher stets fragen, ob die Domain zum Inhalt passt. Unter der Domain www.whitehouse.com findet man nicht das Weiße Haus – das steht im Netz unter .gov, der Domain für US-Behörden.

Aussagekräftig sind auch die Hyperlinks in einer Webseite, denn sie legen offen, woher ein Verfasser seine Informationen hat. Wohin zeigen sie – auf verlässliche, informative Dokumente oder auf eher esoterische Abhandlungen? Sind die Links funktionstüchtig oder veraltet? Und falls es keine Links gibt, woran könnte das liegen?

Unter der Haube

Weitere Informationen findet man im Quelltext der Webseiten. Am Beginn des Quelltexts steht der HTML-Header, den der Browser nicht anzeigt. Dort stehen häufig Angaben zum Inhalt der Seite, etwa eine Auflistung der relevanten Schlag-

wörter (Keywords) und eine Kurzbeschreibung (Description), die für Suchmaschinen bestimmt sind.

Oft enthält der Header Angaben zu Verfasser, Bearbeiter, Herausgeber, Veröffentlichungsdatum, verwendeten Programmen und mehr. Im Quelltext vieler Seiten stehen ferner Kommentare (zwischen den Tags `<!--` und `-->`), die in der normalen Bildschirmansicht nicht erscheinen. Nicht immer sind diese Angaben erhellend, aber man sollte zumindest kurz danach schauen. Objektiv sind diese Angaben aber keineswegs; manchmal dienen sie sogar der bewussten Irreführung, um etwa das Ranking der Seite bei Suchmaschinen zu verbessern.

Trennt man von einer Webadresse `www.irgend.wo/verzeichnis/datei.html` den Dateinamen ab und gibt nur `www.irgend.wo/verzeichnis` in den Browser ein, sorgt das manchmal für eine Überraschung. Gut administrierte Webserver liefern dann entweder die Default-Seite für das Verzeichnis oder eine Fehlermeldung aus. War der Administrator nachlässig (manchmal ist es aber auch Absicht), listet der Browser den Inhalt des Verzeichnisses auf dem Server auf. Dieses Vorgehen nennt man „Directory stemming“.

Zur gezielten Suche nach ungeschützten Verzeichnisebenen kann man Google einspannen: Einfach nach „Index of“ suchen und mit dem Parameter `+site:irgend.wo` die zu durchsuchende Domain angeben. So lassen sich etwa auf Spiegel Online Videos direkt herunterladen, indem man den Suchbegriff noch um das Dateiformat `.flv` ergänzt.

Motorgeräusche

Ein weiterer Header fällt bei der Kommunikation des Browsers mit dem Server über HTTP an. Normalerweise bekommt man diese Daten nicht zu sehen. Doch es gibt Webdienste wie [2], die sie anzeigen, und für den Firefox-Browser das Zusatzprogramm `LifeHTTPHeaders` (siehe Soft-Link), das die gesamte Kommunikation mitloggt, sodass man sie lesen und speichern kann.

Viele Daten des HTTP-Headers sind für den Rechercheur uninteressant, doch eine Zeile wie „Last modified“ springt ihm ins Auge: Sie zeigt prinzipiell das Datum der letzten Änderung einer Webseite an. Wird diese allerdings auf Anfrage des Surfers jedes Mal neu aus einer Datenbank erzeugt, enthält die Zeile das aktuelle Datum, was nichts über die letzte Änderung aussagt.

Eine Stärke des WWW besteht darin, dass Dateien mit nahezu beliebigen For-

maten eingebunden und übertragen werden. Auf Webseiten findet man Bilder, Audio- und Videosequenzen, Textdokumente oder Tabellen werden als PDFs oder Office- Dokumente verlinkt und zum Herunterladen angeboten.

Fast jedes Dateiformat enthält digitale Spuren. Diese Metadaten sind in der Browseransicht unsichtbar – aber man kann Dateien ja auch anders öffnen. JPEG-Bilddateien können beispielsweise eine Vielzahl von Textinformationen transportieren. Profifotografen nutzen diese Möglichkeit, um ihre Bilder zu beschreiben, spezielle Bilddatenbanken lesen diese Texte automatisch aus und machen die Dateien dadurch recherchierbar. Um sich solche Daten anzusehen, leistet etwa das Freeware-Programm Irfan-View gute Dienste.

Office-Dokumente enthalten oft ihre Bearbeitungsgeschichte. Darüber sind Änderungen beispielsweise an Word-Dateien nachvollziehbar [3]. Das führte schon manchmal zu peinlichen Situationen: Die nordrhein-westfälische Regierung veröffentlichte 2002 ein Gutachten zum Metrorapid als Word-Dokument auf einem Webserver. Selbstverständlich ein positives, das die Machbarkeit und Nützlichkeit der geplanten Magnetschwebbahn bescheinigte. Ein Journalisten gelang damals durch die Word-Option „Änderungen verfolgen“ der Nachweis, dass negative Passagen erst kurz vor der Publikation aus dem Dokument getilgt worden waren.

Ist das passende Programm, um ein Dokument zu öffnen, nicht zur Hand, kann man sich immer noch eines Hex-Editors wie HexWizard bedienen, um nach versteckten Informationen zu suchen.

Crux mit Hoax

Falsche Webinhalte sind nicht unbedingt Eulenspiegelerei oder politische Diskreditierungen. Zuweilen stecken handfeste Interessen dahinter. Am 30. Mai kam es zu einem kurzzeitigen leichten Anstieg der Ölpreise an den Börsen. Ein Grund dafür war die Falschmeldung vom Brand einer Raffinerie. Irgendjemand wird an dieser Fehlinformation verdient haben.

Einige dieser Hoaxes, so das englische Wort für die Falschmeldungen, haben eine beachtliche Lebensdauer. Sie tauchen immer wieder in E-Mails und auf Webseiten auf. Um auszuschließen, dass man einen virtuellen Bären aufgebunden bekommt, sollte man für jede Nachricht nach mindestens zwei unabhängigen Quellen suchen (ein altes journalistisches, leider nicht immer befolgtes Prinzip). Wenn man an der Ernsthaftigkeit einer Nachricht zweifelt, lohnt ein Besuch des

deutschsprachigen Hoax-Info-Service von Frank Ziemann [4]. Unten auf der Startseite des Projektes gibt es eine Linkliste zu verwandten, internationalen Seiten.

Sucht man nach einer zitierfähigen Quelle, stellt sich nicht nur die Frage nach der Verlässlichkeit einer Webseite, sondern auch die, ob es sich um das Original oder ein Plagiat handelt. Im Zeitalter von Copy & Paste ist Textklau endemisch. Obwohl es sich dabei um einen Bruch des Urheberrechts handelt, werden digital veröffentlichte Texte oft kopiert, ohne die erforderliche Erlaubnis einzuholen. Es ist ein Gebot der Fairness, nach Möglichkeit nur auf Originale zu verweisen und auch nur diese zu zitieren.

Für die Suche nach Plagiaten taugen Google und die Spezialsuchmaschinen Copyscape und Paperseek [5]. Bei Google kann man nach Sätzen suchen, die vermutlich einzigartig sind. Zitate und übersetzte Passagen sind dafür gut geeignet, Überschriften weniger. Bei Copyscape reicht es, die Webadresse der Seite einzugeben, die man prüfen möchte. Ausgegeben werden dann Seiten, auf denen sich gleicher Text wie dort findet. Bei Paperseek werden Absätze eingegeben oder abzugleichende Dateien hochgeladen. Tauchen mehrere Quellen für den Text auf, lässt sich das Original am ehesten anhand der Website (z. B. Homepage des Verfassers) oder des Alters der Seite bestimmen.

Das Reden der Anderen

Auch wenn die Frage, ob die Website ein Plagiat enthält, keine Rolle spielt, sollte man nach dem enthaltenen Text googeln. Nämlich um zu erfahren, was andere darüber denken. Dafür kann man nach dem Titel des Dokuments recherchieren. Wer hat diesen Text zitiert oder besprochen? Wie äußern sich Rezensenten darüber? Und falls sich niemand auf das Dokument bezieht, kann auch dies eine relevante Information sein.

Ebenso wichtig wie die Forschung nach Zitaten oder Besprechungen ist die Frage, wer das vorliegende Dokument verlinkt hat. Das erfährt man durch eine simple Google-Abfrage: `link:irgend.wo/* -site:irgend.wo.` /* steht dabei für ein beliebiges Dokument auf der Website und kann durch den Pfad zu einem bestimmten ersetzt werden. Der `site`-Parameter verhindert, dass Google absolute Links innerhalb der Website findet. Allein die Zahl der Fundstellen ist eine Aussage darüber, für wie relevant die Nutzer des Internet die Website oder die Seite halten, wobei man allerdings berücksichtigen muss, wie lange die Informationen schon online sind.

Doch nicht nur die Menge macht's: Einige wenige Verweise durch renommierte Webkataloge, redaktionell betreute Verzeichnisse oder bibliothekarische Projekte bedeuten mehr, als Hunderte von Links, die zur Verbesserung des Suchmaschinen-Rankings in Foren, Gästebüchern und Linkfarmen platziert wurden. Falls gar kein externer Link auf eine Website verweist, muss man prüfen, ob die großen Suchmaschinen sie überhaupt kennen. Wenn das nicht der Fall ist, sollte man sich fragen, wie man die Site selbst gefunden hat.

Vielleicht will der Administrator der Site, dass Suchmaschinen sie ignorieren. Der Robots Exclusion Standard sieht vor, dass Webadmins Suchmaschinen anweisen, die ganze Site, einzelne Verzeichnisse oder Dateien zu ignorieren. Diese Anweisungen stehen in der Datei robots.txt. Falls vorhanden, befindet sich diese Textdatei auf der Ebene des Stammverzeichnisses, also unter `www.irdend.wo/robots.txt`. Ein Blick in diese Datei kann auch für menschliche Surfer aufschlussreich sein.

Zeitmaschinen

Manchmal möchte man wissen, wie eine Webseite früher ausgesehen und sich entwickelt hat. Bei einem Wiki ist das einfach herauszufinden; ein Klick auf die History reicht. Bei anderen Webseiten geht das nicht so leicht, ist aber auch möglich – wengleich selten so lückenlos wie durch die Wiki-Software.

Der einfachste Weg in die jüngere Vergangenheit einer Seite beginnt mit einem Klick auf den Cache-Link bei Google, nachdem man die Seite dort anhand einer eindeutigen Passage gefunden hat. Dann zeigt der Suchmaschine eine etwas ältere Version. Google ist nicht der einzige nutzbare Cache im Netz. Eine große Hilfe ist Fagan Finder's URInfo, wo man verschiedene Caches abfragen kann [6].

Außerdem gibt es die Way-BackMachine des Internet Archive [7]. Diese Site spiegelt weite Teile des Internet und bewahrt sie auf. Leider geschieht diese Archivierung unsystematisch und keinesfalls lückenlos. Aber oft genug kann man im Internet Archive die Entwicklung einer Website über Jahre zurückverfolgen und die alten Seiten ansehen, wobei allerdings nicht alle Bilder, geschweige denn größere Dateien wie Videosequenzen archiviert werden.

Eine neue Perspektive bietet das Bibliotheksgesetz in Deutschland, das seit Mitte 2006 gilt. Es regelt unter anderem die Abgabe von Pflichtstücken an die Nationalbibliothek, die nun auch „Medienwerke in unkörperlicher Form“ sammelt, „alle Darstellungen in öffentlichen Netzen“. Die Realisierung dieses Sammelauftrages stößt noch auf einige Schwierigkeiten, aber die Deutsche Nationalbiblio-

thek betreibt bereits einen neuen Archivserver für Netzpublikationen und retrodigitalisierte Veröffentlichungen [8]. Ähnliche Entwicklungen gibt es in anderen westlichen Ländern. Die Bibliotheken als zentrale Sammelstellen werden also künftig auch für das Internet immer wichtiger werden.

Wer spricht?

Schließlich finden sich im Netz noch Informationen über den Inhaber der Website und den Standort des Servers. Zu jeder Webseite gehört eine Adresse www.irgend.wo/verzeichnis/datei.htm. Der Inhaber von „irgend“ ist in der Whois-Datenbank des Network Information Center (NIC) eingetragen, das für die Top Level Domain „.wo“ zuständig ist.

So verwaltet das Denic alle auf .de endenden Domainnamen. Dort kann jeder beispielsweise durch eine Whois-Abfrage Informationen über „heise.de“ abrufen. Die Einträge enthalten die Namen und Adressdaten des Domaininhabers und des Zuständigen für technische Fragen. Hochinteressante Informationen also, wenn die Vertrauenswürdigkeit einer Site in Frage steht. Der Blick auf den Whois-Record zeigt schnell, ob die Angaben dort vollständig und richtig sind.

Für .org ist Public Interest Registry (www.pir.org) als NIC zuständig. Eine Whois-Abfrage für die Domain bunddeutscherjuristen.org zeigt als Inhaber die USFirma Domains by Proxy an. Deren Dienstleistung besteht darin, die Namen ihrer Auftraggeber aus dem Whois-Verzeichnis herauszuhalten, sodass der Inhaber der Domain nicht ohne weiteres ermittelt werden kann. Dafür mag es sogar legale Gründe geben; keiner passt allerdings auf einen Verein deutscher Juristen.

Wer sicher gehen möchte, nicht getäuscht zu werden, nutzt immer die Whois-Abfrage beim zuständigen NIC. Eine Datenbank, in der man zu den TLDs das zuständige NICs findet, verwaltet die Internet Assigned Numbers Authority (IANA) [9]. Bequemer gelangt man über die Tools von heise Netze oder bei Domaintools an die Daten [10].

Diese Dienste bieten auch eine Traceroute-Funktion, die den Weg vom Server des Dienstes zu dem der Website aufzeigt. Darüber kann man den tatsächlichen Standort eines Webservers ermitteln. Stellt sich dabei heraus, dass sich der Betreiber einer .de-Domain mit seinem Angebot lieber in eine entlegene Region mit liberaler Gesetzgebung zurückgezogen hat, gibt dies zu denken.

Only you

Beim Prüfen einer Webseite sollten Sie eine Möglichkeit nicht außer Acht lassen: Vielleicht ist die Seite virtuelle Maßarbeit und wird extra und ausschließlich für Sie erstellt. Webserver können in vielfältiger Weise auf die Daten reagieren, die der Browser eines Surfers ihnen liefert. Das kennt jeder: Wer von Deutschland aus www.google.com ansurft, landet bei der deutschen Version der Suchmaschine. Denn Google erkennt an der IP-Adresse des Clients, bei welchem Provider dieser online ist, und wählt nach dessen Standort die Sprachversion.

Außer der IP-Adresse des Surfers nutzen Webserver Session-IDs, Cookies, Referrer und Informationen über die Systemkonfiguration, um einen Besucher zu identifizieren und ihm eine individuelle, dynamisch generierte Seite zu servieren. Hegt man diesen Verdacht, sollte man entweder anonym über Systeme wie Tor [11] surfen oder das nächstgelegene Internet-Café besuchen. Als Schnelltest, ob der Verdacht berechtigt ist, eignet sich der schon erwähnte Google-Cache, denn was man dort findet, wurde ja nicht vom eigenen Rechner angefordert.

Albrecht Ude ist freier Journalist, Rechercheur, Web-Entwickler und kooptiertes Vorstandsmitglied von Netzwerk Recherche.

Literatur und URLs

- [1] Wikiscanner für die deutsche Wikipedia:
http://wikiscanner.virgil.gr/index_DE.php
- [2] HTTP-Header anzeigen:
www.andyhoppe.com/software/httpphp-apache-iis-header.htm
- [3] Martin Rost, Arnold Wallisch,
Dokumente durchleuchtet, Was Office-Dateien verraten können
c't 3/02, S. 172
- [4] Hoax-Info-Service: www2.tu-berlin.de/www/software/hoax.shtml
- [5] Spezialsuchmaschinen für Kopien:
www.copyscape.com
www.paperseek.com
- [6] Fagan Finder's URLInfo:
www.faganfinder.com/urlinfo
- [7] WayBackMachine:
www.archive.org
- [8] Archivserver der Deutschen Nationalbibliothek:
<http://deposit.d-nb.de>
- [9] Datenbank der NICs:
whois.iana.org
- [10] Whois-Abfragen, Ping und Traceroute:
www.heise.de/netze/tools.shtml
www.domaintools.com
- [11] Christiane Rütten, Reiko Kaps,
Mit Tarnkappe durchs Internet, Von Zwiebeln, MIXen und anderen Unbekannten
c't 1/07, S. 198

Report | Glaubwürdigkeit von Webinhalten
Erstmals erschienen in: c't 2007, Heft 21, S. 84-88.
Redaktion: Axel Kossel.
Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des heise-Verlages.

Den Akten auf der Spur

Wie finde, öffne und pflege ich Quellen? Bei der Tagung »Personen und Papier« des Netzwerks Recherche haben Journalisten ihre Methoden offen gelegt und über ihre Praxiserfahrungen berichtet.

Thomas Schnedler

Die Kamera nähert sich langsam der Tür von Zimmer 317 im Hotel »Beau-Rivage«. An der Türklinke baumelt ein rotes Schild. »Bitte nicht stören« steht darauf. Doch das hält die Kamera nicht auf: Hinter der Tür liegt ein Tatort voller Rätsel. Ein Hotelzimmer mit verwirrenden Spuren, die die Journalisten auch zwei Jahrzehnte später noch immer faszinieren.

Die Spurensuche ist eine handwerkliche Herausforderung für alle, die sich an das Thema wagen. Rund acht Monate lang haben die Autoren der ARD-Fernseh-dokumentation recherchiert, bis ihr Film »Der Tod des Uwe Barschel – Skandal ohne Ende« im September 2007 lief.

Führte Uwe Barschel ein Doppelleben?

Sie haben Zeitzeugen aufgespürt und befragt, die Glaubwürdigkeit der Aussagen überprüft, in Archiven Material gesammelt und im Laufe der Zeit 25 Aktenordner gefüllt. Gleichzeitig ging ein Team von drei Spiegel-Redakteuren den ungeklärten Fragen in der Affäre um den ehemaligen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein nach, der am 11. Oktober 1987 tot aufgefunden wurde. Führte Uwe Barschel ein Doppelleben? War es Mord, Selbstmord oder Sterbehilfe?

Heikle Fragen für recherchierende Journalisten: »Im Fall Barschel sind fast alle Quellen mit großer Vorsicht zu genießen«, sagte Patrik Baab (NDR), einer der drei Autoren des Films, bei der Fachtagung »Personen und Papier« von Netzwerk Recherche im Dezember 2007. Eine Tagung, die es in dieser Form noch nie gab, weil das Gespräch über Quellen in der Regel tabu ist. Der Informantenschutz und die Eitelkeit der Akteure stehen dem entgegen. Bei der dreitägigen Konferenz legten renommierte Journalisten ihre Methoden offen und berichteten so konkret wie möglich von ihren Erfahrungen in der Praxis.

Es habe im Fall Barschel zahlreiche Quellen vom Hörensagen, interessengeleitete Desinformation, dubiose geheimdienstliche Quellen und ein »Kartell der Agententheoretiker« gegeben, sagte Baab. Und auch der Spiegel resümierte in seiner zweiteiligen, insgesamt 25-seitigen Geschichte im Oktober 2007: »Wem soll man glauben? Kein wichtiger Eckpunkt in dieser Affäre kann ohne einen Rest

an Zweifel rekonstruiert werden« (Spiegel-Ausgabe 42/2007).

Akte bildet nur einen Teil der Wirklichkeit ab

Umso wichtiger war für die Rechercheure die Sorgfalt im Umgang mit Quellen. Immer wieder habe man die Plausibilität von Aussagen oder Akten überprüft, sich bei einem Vorgang nicht nur mit einer Quelle zufrieden gegeben, weitere Dokumente oder Zeitzeugen gesucht und die Interessenlagen und Beweggründe der Informanten ergründet, betonte Baab.

Auch die Akten der Staatsanwaltschaft seien kritisch zu hinterfragen gewesen, sagte Britta Sandberg vom Spiegel: »Die Ermittlungsakte bildet nur einen Teil der Wirklichkeit ab.« Die Ermittler im Fall Barschel hätten zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedliche Schwerpunkte gehabt. Sandbergs Tipp für lange Recherchen: »Man muss Akten mehrfach lesen.« Dann könne man Namen oder Fakten mit neuen Erkenntnissen verknüpfen und plötzlich Zusammenhänge entdecken.

Trotz der monatelangen Recherche konnten weder der NDR noch das Spiegel-Team den Fall lösen. Noch immer stehen sich die Theorien zum Tod Uwe Barschels unversöhnlich gegenüber. Die Berichte der Reporter bei der Tagung zeigten aber Grundsätzliches: Wer sich als Journalist wichtige Zeugenaussagen oder vertrauliche Unterlagen aus Unternehmen oder Behörden beschaffen möchte, braucht in der Regel Insider, die ihm vertrauen. »Der Weg zum Papier führt immer über Menschen«, sagte Markus Dettmer vom Spiegel.

Tricks der erfahrenen Rechercheure

Wie aber schafft man es, potentielle Informanten zu identifizieren und ihr Vertrauen zu gewinnen? Die erfahrenen Rechercheure verrieten einige ihrer Tricks: Erstens helfe eine eingehende Analyse der bisherigen Berichterstattung bei der Suche nach Informanten, sagte David Crawford, Korrespondent des Wall Street Journal. »Ältere Artikel sind eine unglaubliche Fundgrube, eine ideale Quelle«, betonte er. Eine Auswertung der Texte zeige, wer überhaupt über den Sachverhalt spreche und welche Akten bislang vorlägen.

Zweitens könne man sich mit Empfehlungen von außen nach innen vorarbeiten und so den Schlüsselfiguren einer Geschichte nähern, ergänzte Patrik Baab. Drittens sei es von Vorteil, nicht auf ausgetretenen Pfaden zu recherchieren, stellte Markus Dettmer fest: »Viele hatten sich zum Beispiel noch nicht ausreichend mit dem persönlichen Umfeld von Uwe Barschel beschäftigt, also mit

Freunden und Geschäftspartnern.«

Ist der Informant erst einmal identifiziert, muss der Journalist Vertrauen aufbauen – durch persönliche Treffen, durch eine solide Vorrecherche und Sachkompetenz im Gespräch, durch eine gewisse Hartnäckigkeit. »Die Leute müssen merken, dass man gut informiert und ernsthaft an der Sache interessiert ist«, sagte Britta Sandberg.

Dass es auch auf die Reputation des Journalisten ankommt, betonte Hans-Martin Tillack vom Stern: »Der Aufbau eines guten Rufes ist ganz zentral.« Hat ein Informant dann Vertrauen gefasst, treibt ihn bei der Kooperation häufig auch sein Mitteilungsbedürfnis an, hat Hans Leyendecker von der Süddeutschen Zeitung beobachtet: »Menschen wollen oft aus ihrem ureigensten Bereich berichten.« Das sei bei einem Geheimdienstler nicht anders als bei einem Beamten, der Informationen über illegale Kälbermast habe.

Der redaktionelle Alltag, geprägt von Zeit- und Personalnot, verhindert vielerorts derart intensive Nachforschungen. Es müssen allerdings keineswegs immer brisante interne Unterlagen oder Insider mit Spezialwissen sein, die eine Recherche voranbringen. In vielen Fällen kann auch schon die Analyse frei zugänglicher Dokumente helfen – zum Beispiel die Auswertung von Geschäftsberichten betroffener Unternehmen, von wissenschaftlichen Studien oder von Organisationsplänen der Behörden. Es wäre bereits viel gewonnen, wenn Journalisten diese frei verfügbaren Quellen auswerten würden.

Ein weiterer Schritt nach vorne wäre es schließlich, wenn sich in Zukunft noch mehr Journalistinnen und Journalisten am Beispiel von Hans-Martin Tillack orientieren würden. Der Stern-Reporter stellte in den vergangenen Monaten auf der Grundlage der Informationsfreiheitsgesetze zahlreiche Anträge an Behördenvertreter, um bislang unter Verschluss gehaltene Fakten zu Tage zu befördern.

Auf diese Weise konnte er jüngst gemeinsam mit der Journalistin Brigitte Alfter aufdecken, dass große Agrarkonzerne und der deutsche Landadel zu den Spitzenempfängern von EU-Agrarsubventionen gehören (Stern-Ausgabe 46/2007). Ein außergewöhnlicher investigativer Erfolg, der ganz ohne heimlich fotokopierte Akten oder anonyme Informanten auskam.

Thomas Schnedler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter am Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Hamburg und Mitglied im Vorstand von Netzwerk Recherche.

Erstmals erschienen in: *message*, Internationale Zeitschrift für Journalismus, Heft 1/2008, S. 84 - 85. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags.

WIR könn(t)en auch anders:

Wenn Recherche wieder wichtig wird.

Jahreskonferenz von netzwerk recherche (nr)
Freitag, 13. Juni bis Samstag, 14. Juni 2008
in Hamburg – NDR Konferenz-Zentrum

Der größte Medienkongress von Journalisten für Journalisten:

- Kontroverse Debatten mit kompetenten Referentinnen und Referenten.
- Handwerk auf hohem Niveau: Warum Recherche Reportagen besser macht.
- Erzählcafés im kleinen Kreis: Profis rekonstruieren ihre Erfolgs-Stories.
- Tipps und Tricks: zur Online- und Offline-Recherche.
- Die „Verschlossene Auster“: für den größten Info-Blocker.
- Mehr als 100 Panels, Foren, Vorträge und workshops.



Jahreskonferenz von netzwerk recherche (nr)
WIR könn(t)en auch anders:
Freitag, 13. Juni 2008:

10:00 10:30	Anmeldung, Kaffee & Kommunikation Begrüßung, Dr. Thomas Leif, nr	
11:00 - 13:00	Der Bettler vor der Haustür – Wie finde ich ein Reportage-Thema? Henning Sußebach, Die ZEIT	K1 Von der Reportage zum Essay Johanna Romberg, GEO
13:00 - 14:30	Mittagspause	
14:30 - 16:00	Die Reportage als Porträt Alexander Osang, Spiegel	K1 Recherchieren für Reporter. Stefan Willeke, Die ZEIT
16:00 - 16:30	Pause	
16:30 - 18:30	Sportjournalismus zwischen Vertrauen und Generalverdacht Elmar Theveßen, stellv. Chefredakteur ZDF; Jens Weinreich, freier Journalist/sportnetzwerk; Freddie Röckenhaus, Autor; Grit Hartmann, freie Journalistin in Leipzig; Moderation: Hans Leyendecker, SZ	K1 Text-Workshop Stephan Lebert, Die ZEIT
16:30 - 18:30	Recherche Werkstatt u. a. mit Georg Mascolo, Der Spiegel	
18:30 - 20:00 20:00	Mitgliederversammlung netzwerk recherche Günter Wallraff – Undercover Recherchen	

ZAPP-ERZÄHLCAFÉ jede volle Stunde in einem Café

11:00 Uhr	Politische und wirtschaftliche Einflüsse auf lokale Tageszeitungsredaktionen Ralf Garmatter, Freier Journalist; Axel Wiczorke, Dokumentarfilmer; Moderation: Wolfgang Messner, Stuttgarter Zeitung	14:30 Uhr	Rechtsabbieger – Recherchen im rechtsextremen Milieu Christine Kröger, Weser-Kurier, Theodor-Wolff-Preis 2006; Stefan Schölermann, NDR Info Moderation: Gabriele Heise
12:00 Uhr	„Handbuch der verschwundenen Informationen“ – Was der neoliberale Konsens in den Medien verschweigt Gabriele Gillen, Autorin (WDR); Walter van Rossum, Autor; Moderation: Dr. Nicola Schuldt-Baumgart	15:30	Neues aus Liechtenstein Hans Leyendecker, Süddeutsche Zeitung
		16:30 Uhr	Das Handwerk der Gerichtsreportage Sabine Rückert, Die Zeit

Tagesmoderation: Anja Reschke, NDR, Panorama

Kooperationspartner: **Reporterforum** 

Hamburg – NDR Konferenz-Zentrum
Wenn Recherche wieder wichtig wird.
RECHERCHE @ REPORTAGE



K2

Reportage und Recherche im Hörfunk

K7

Prof. Jörg Hafkemeyer, freier Autor TV, Radio
 Katrin Erdmann, freie Autorin NDR
 Axel Schröder, freier Autor Hamburg
 Moderation: Peter Marx, Redakteur Reportage Deutschlandradio

K3

„Örtliche Betäubung“ – Lokaljournalismus in Not

K7

Joachim Braun, Projektteam Lokaljournalismus
 Paul-Josef Raue, Chefredakteur Braunschweiger Zeitung
 Thomas Brackvogel, Geschäftsführer Südwest Presse, Ulm
 Wolfram Kiwit, Chefredakteur und Geschäftsführer Ruhr-Nachrichten
 Moderation: Anja Reschke, NDR

K3

Text-Workshop

K7

Ralf Hoppe, Der Spiegel

Forum Moral in den Medien – Moral der Medien:
 Hans Leyendecker vs. Prof. Dr. Josef Wieland (DNWE) – Moderation: Michael Behrent

EC

Abendessen

Musik: Damenorchester Salome

Grenzüberschreitende Recherchen:

mit: Rob Evans, Guardian; Fredrik Laurin, fr. Journalist, Schweden

K7

RECHERCHE-ONLINE jede volle Stunde im CAR-room von 11 - 17 Uhr

11:00 Uhr

**Vorratsdatenspeicherung –
 Online-Druchsuchung & Co.**
 RA Dr. Jan K. Köcher, DFN-CERT

12:00 Uhr

Digitaler Informantenschutz
 Matth. Spielkamp/Jürgen Sell, recherche-info.de

13:00 Uhr

Google für Einsteiger
 Jan-Michael Ihl, recherche-info.de

14:00 Uhr

**Hey, hey Wiki –
 Wissensmanagement für Journalisten**
 Anton Simons, Rhein-Zeitung, Koblenz

15:00 Uhr

Unsichtbares sichtbar machen
 PD Dr. Lothar Krempel, MPIFG

16:00 Uhr

Deutschlands erste CAR-Redaktion
 Bernd Matthies, RegioData

17:00 Uhr

**CAR & Statistik – Wie finde ich
 statistische Daten für mein Thema?**
 Sebastian Moericke-Kreutz, dpa-RegioData

18:00 Uhr

**www.journascience.org:
 Was bringt das Informationsportal?**
 Prof. Dr. Gisela Losseff-Tillmanns, FH Düsseldorf

Jahreskonferenz von netzwerk recherche (nr)

WIR könn(t)en auch anders:

Samstag, 14. Juni 2008

09:00	Anmeldung Kaffee & Kommunikation Damenorchester Salome	09:30 - 10:00	Begrüßung Dr. Thomas Leif, nr Lutz Marmor, Intendant des NDR	10:00 - 11:00	
Mittagspause					
13:00 - 14:15	Verleihung der „Verschlossenen Auster“ und Laudatio:				
14:30 - 14:45					
14:45 - 16:00	Wer darf online? Wer gewinnt den Medienkrieg? ^{K1} Fritz Raff, ARD-Vorsitzender; Dr. Bernd Buchholz, g+j; Jörg Sadrozinski, Leiter tageschau.de; Frank Syré, Chefredakteur zoomer.de; Klaus Böhm, Deloitte Senior Medien-Manager; Moderation: Prof. Hansjürgen Rosenbauer	Deutsche Mattscheibe – Schwarze Flecken der Auslandsberichterstattung ^{K3} Marcus Bensmann, Korrespondent Zentralasien; David Crawford, Wall Street Journal; Dr. Richard Kiessler, Chefredakteur Sonderkorrespondent Außenpolitik WAZ-Gruppe; Florian Hassel, Frankfurter Rundschau Moskau; Ulrich Tilgner, ZDF; Moderation: Prof. Dr. Roland Schröder	Lean Journalism – Medienmanagement heute. ^{K7} Nikolaus Brender, ZDF-Chefredakteur; Horst Röper, Formatt-Institut Dortmund, Medienforscher; Oliver Michalsky, Stv. Chefredakteur WELT ONLINE; Moderation: Prof. Dr. Miriam Meckel		
Kaffee & Kommunikation					
16:00 - 16:30	Das Wirken der Anderen – Geheimdienste und Journalismus ^{K1} Ernst Uhlrau, BND-Präsident u. a. Moderation: Steffen Hlaschka, NDR	Fit für die Zukunft? Nachwuchsjournalisten zwischen Journalismus und PR ^{K3} Prof. Dr. Siegfried Weischenberg (Uni HH), Direktor des Instituts für Journalistik und Kommunikationswissenschaft; Prof. Dr. Kurt Weichler, Direktor des Instituts für Journalismus und PR, FH Gelsenkirchen; York Pjahn, Redakteur, PR-Publikation „Hamburg – das Magazin der Hansestadt“; Greta Taubert, freie Journalistin, Leipzig; Moderation: Henrik Schmitz, epd medien	Instrumentalisierung von Journalisten durch die Bundeswehr in Kriegsgebieten ^{K7} Matthias Gebauer, Spiegel; Martin Gerner, freier Journalist; Dr. Thomas Hanitzsch, Uni Zürich; Dirk Schulze, Autor Moderation: Steffen Grimberg, taz		
16:30 - 18:00					
18:00 - 19:30	Chronisten oder Kampagnenmacher? Die Medienmacher in Berlin. ^{K1} Tissy Bruns, Tagesspiegel Volkszeitung; Prof. Dr. Joachim Raschke, (em.) Politikwissenschaftler, Uni HH; Prof. Dr. Gerd Langguth, Politikwissenschaftler, Uni Bonn Moderation: Kuno Haberbusch, NDR	Flotte Kurven, dünne Daten. Qualitätskontrolle im Wissenschaftsjournalismus ^{K3} Prof. Dr. Stefan Rahmstorf, Klimaforscher; Olaf Stampf, Spiegel, Ressortleiter; Jan Lublinski, freier Wissenschaftsjournalist; Michael Müller, Staatssekretär Umweltministerium, Nick Reimer, taz; Moderation: Prof. Holger Wormer, TU Dortmund	Lesung und Diskussion: Personenbeschreibung: ^{K7} Das Geheimnis der Reportage Georg Stefan Troller Moderation: Bodo Witzke, ZDF		
Ausklang					
Anschl.: Verleihung des Peter Hans Hofschneider-Recherchepreises					

Hamburg – NDR Konferenz-Zentrum

Wenn Recherche wieder wichtig wird.



Rede: Zur Lage des Journalismus
Friedrich Küppersbusch

11:00 - 13:00

Wer ist heute Leitmedium?

Mit: Wolfgang Büchner, Spiegel-online; H.W. Kitz, Süddeutsche Zeitung; Christoph Dermbach, dpa; Thomas Hinrichs, tagesthemen; Nicolaus Fest, Bild; Moderation: Fritz Frey, SWR

Macht Schreiben arm?

Gabriele Bärtels, freie Autorin
Felix Zimmermann, Initiative „frei sein“; Michael Anger, DJV Buvo; Moderation: Gottlob Schober, SWR

Preisträger wird kurzfristig bekannt gegeben – Laudator: N.N.

14:45 - 16:00 Uhr **K9**

Informationsfreiheitsgesetz: Fallbeispiele und Fallstricke aus der Recherchepraxis

Hans-Martin Tillack, Stern; Diethelm Gerhold, Bereichsleiter Bundesdatenschutz-Beauftragter; Dr. Manfred Redelfs, nr; Moderation: Brigitte Alter, nr

14:45 - 16:00 Uhr **K8**

Persönlichkeitsrechte und Journalismus – Instrument gegen die Pressefreiheit?

Dr. Christian Schertz, Rechtsanwalt

LESSONS to be learned

jede volle Stunde in einem Salon

Format: 40 Minuten konzentrierter Vortrag – 20 Minuten konzentrierte Fragen

11:00 Uhr

Als freier Korrespondent im Ausland
Clemens Bomsdorf, Weltreporter, Kopenhagen; Marcus Bensmann, Weltreporter, Zentralasien
Moderation: David Schraven

12:00 Uhr

Perspektiven des Campus-Journalismus
Dominik Betz, Chefredakteur „halbstark“

14:00 Uhr

Denglisch im Journalismus

Prof. Dr. Walter Krämer, TU Dortmund

15:00 Uhr

Mythos Einschaltquote
Tilmann Gangloff, Medienkritiker

16:00 Uhr

Wie recherchiert man Skandale in der Pharma-Industrie?

Markus Grill, Stern

17:00 Uhr

Das Einmaleins des investigativen Verbraucherjournalismus
Marcus Lindemann, autoren(werk)

18:00 Uhr

Bilanzen journalistisch lesen
Jens Albers, Steuerberater

ZAPP-ERZÄHLCAFÉ

jede volle Stunde in einem Café

Format: 15 Minuten Vortrag nach Leitfragen – 45 Minuten intensiv moderierte Diskussion

14:45 Uhr

Unter tödlichem Verdacht – Bayer und sein „Wundermittel“ Trasyol
IngoIf Gritschneider, WDR
Moderation: Timo Großpietsch

15:45 Uhr

Recherche zu giftigen Chemikalien in der Ruhr

David Schraven, Die Welt

16:45 Uhr

„Wer hat, dem wird gegeben“ über Landwirtschaftssubventionen der EU

Brigitte Alter, nr / Hans Martin Tillack, Stern

17:45 Uhr

„Not für die Welt“

Michaela Schießl, Der Spiegel

18:45 Uhr

Der Fall Lidl

Markus Grill
Der Stern

RECHERCHE-ONLINE

jede volle Stunde im CAR-room

Format: Rechercheworkshop mit online-Experten aus Theorie und Praxis – im Stundentakt von 11:00 bis 17:00 Uhr

11:00 Uhr

Entenjagd – Quellenprüfung – Albrecht Ude (freier Journalist)

12:00 Uhr

Social Network Analysis für Journalisten
Haiko Lietz

13:00 Uhr

Google für Fortgeschrittene
Markus Lindemann, recherche-info.de

14:00 Uhr

Suchmaschinenoptimierung als journalistischer Erfolgsfaktor
Peter Schink, Welt online

15:00 Uhr

Alternativen zu Google

Dirk Lewandowski Hochschule für angewandte Wissenschaften

16:00 Uhr

Internet-Monopoly, Konsequenzen & Alternativen
Dr. Wolfgang Sander-Bauer, SuMa-eV

17:00 Uhr

RSS-Feeds: Die Informationsflut kanalisieren
Christina Elmer, dpa-RegioData

INFORMATIONSFREIHEITSGESETZ

16:30 - 17:30 Uhr **K9**

Das Recht der Informationsbeschaffung
Prof. Dr. Udo Branahl, Medienrechtler TU Dortmund

16:30 - 17:30 Uhr **K8**

Krise des Hauptstadt-Journalismus
Ergebnisse einer nr-Studie

Dr. Stephan Weichert, Leif Kramp, Medienwissenschaftler

Gast:

Holger Schmale, Berliner Zeitung

17:45 - 19:00 Uhr **K9**

Das Informationsfreiheitsgesetz als Rechercheinstrument
Dr. Manfred Redelfs, nr

17:45 - 19:00 Uhr **K8**

Versunken, vergessen, verdrängt – Quellen und Methoden der historischen Recherche

Johannes K. Soyener, Autor

Tagesmoderation: Kuno Haberbusch, NDR, Redaktion Zapp

– Programmänderungen möglich –

Wertvolle Tipps und Tricks zur professionellen Recherche



Informationsbeschaffung professionell

Die Recherche ist das Stiefkind in der Journalistenausbildung. Ein Hauptgrund für dieses Defizit scheint die komplizierte Vermittlung von Recherche-Techniken, praktikablen Recherche-Verfahren und wirksamen Motivations-Impulsen für vertiefte Nachfragen zu sein.

Diese "Wissens- und Vermittlungslücke" wird nun erstmals mit einem Trainingsbuch gefüllt. Erfahrene Recherche-Trainer haben ein Team gebildet und zahlreiche Modellkurse, Fallbeispiele, Übungen, Tipps und Tricks zur Optimierung der Recherche-Techniken zusammengestellt.

Eine Fundgrube für alle, die Recherche besser vermitteln wollen und all diejenigen, die sich beruflich der Informationsbeschaffung widmen.

Das Trainingsbuch wird von der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche in Kooperation mit der Evangelischen Medienakademie, der Zentralen Fortbildung von ARD und ZDF (zfp) und der Deutschen Journalisten Union (dju) herausgegeben.

„Das Trainingsbuch ist mit seinen Lehrbeispielen und Übungen insbesondere für Ausbilder und Seminarleiter attraktiv.“

journalist, 01/2004

„...ein nützliches Kompendium, das Journalisten ebenso hilft wie denjenigen, die Journalisten ausbilden.“
WDR (Die Story), 23.05.2003

**2003. 222 S. Br. EUR 17,90
ISBN 3-531-14058-2**



Skandal-Geschichten und Enthüllungsberichte. Ein Handbuch zu Recherche und Informationsbeschaffung

Nach dem Erfolg des Titels „Leidenschaft Recherche“ folgt nun die Zugabe.

Me h r Leidenschaft Recherche bietet eine Fülle spannender Recherche-Rekonstruktionen und tiefe Einblicke in die Werkstatt bekannter Rechercheure. Das Buch will zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Einerseits wird eine Skandalgeschichte oder ein Enthüllungs-Bericht hintergründig und unmittelbar von den recherchierenden Autoren präsentiert. Andererseits öffnen die Autoren ihre Werkstatt, vermitteln ihre Recher-

chewege, ihre Methoden, ihr Erfahrungswissen, das Erfolge und Scheitern einschließt.

Ein Ausnahme-Buch im Journalismus, das den zentralen Wert der Recherche als Qualitäts-Scharnier im Journalismus fördern will.

„Lesenswerte Recherche-Perlen“

Berliner Zeitung, 23.8.2003

„Lesenswert, lehrreich und unterhaltsam. Ein 'Thriller' der Medien-Didaktik!“

WDR-Medienmagazin, 7.9.2003

„Eine wichtige Mahnung, dieses Handwerk besser zu pflegen.“

die tageszeitung, 29.8.2003

„Journalisten beklagen Krise der Recherche.“

dpa, 22.8.2003

„Enthüllungs-Geschichten sind kein leichtes Geschäft.“

ddp, 22.8.2003

**2003. 274 S. Br. EUR 23,90
ISBN 3-531-14126-0**



+



=



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

VS Verlag für Sozialwissenschaften
Abraham-Lincoln-Straße 46
65189 Wiesbaden
Telefon 0611.7878-722
Telefax 0611.7878-420

www.vs-verlag.de

Aufklärung einfordern

Richtiges Befragen gehört zum kleinen Einmaleins des professionellen Journalismus. Diese Einführung erläutert die wichtigsten Grundsätze.

Michael Haller/Stefan Mühleisen

Die Informationslawine rollt. Newsletter und Presstexte, Gesprächsangebote und Selbstdarstellungsinterviews überfluten Redaktionen und Korrespondenten. Warum soll man überhaupt (noch) selbst fragen? Der Grund ist einfach: Weil die Journalisten nur mehr Antworten auf Fragen erhalten, die sie nie gestellt haben. Guter Journalismus indessen fordert Antworten ein, die man nur bekommt, wenn man gezielt und hartnäckig nachfragt. In dieser Einführung geht es darum, das Befragen als grundlegendes Rechercheinstrument kennen zu lernen.

Zur Typologie des Befragens

„Fragen“ sind ein Werkzeug, das alle informationsbeschaffenden Berufe verwenden: der Kriminalkommissar im Verhör, der (neudeutsch genannte) Infobroker beim Absuchen von Datenbanken, der Researcher einer Großbank bei der Expertenbefragung, das Meinungsforschungsinstitut bei öffentlichen Umfragen.

Für Journalisten und Rechercheure bedeutet die Tätigkeit „Fragen“ dreierlei:

Erstens das INTERVIEW: Hier handelt es sich um eine journalistische Darstellungsform (Frage-Antwort-Frage-Antwort als Text).

Zweitens die REPORTAGE: Der Reporter fragt am Ort des Geschehens nach authentischen Erlebnissen, um sie dann erzählen zu können.

Drittens das Thema dieser Werkstatt, die RECHERCHENBEFRAGUNG: Der Zweck des Fragens ist die Beschaffung und Überprüfung von Informationen.

Die Recherchenbefragung: Am Anfang einer Geschichte stellt sich der Rechercheur eine Menge Fragen. Er hat beispielsweise von einem Gerücht gehört und möchte die vage Information wenn möglich hart machen: Stimmt das Gerücht? Wer steckt dahinter? Deshalb lautet die erste Frage: Wer könnte etwas darüber wissen? Die zweite: Wie steht die Quelle zu dem, über was sie spricht: Ist sie ein Akteur, ein Interessenvertreter, ein Augenzeuge, ein Betroffener? Je nachdem fallen die Antworten ganz anders aus.

Wen fragen? Der Befragungsplan

Viele Rechercheure sind sich nicht im Klaren darüber, welche Rolle der Befragte in ihrem Thema spielt: Ist er verantwortlich? Ist er sachverständig? Ist er parteiisch? War er vor Ort? Fragen müssen an die richtige Adresse gerichtet wer-

den. Kann der zu Befragende wissen, was ich wissen will? Ein Bibliothekar, ein Landwirt oder ein Meteorologe werden jeweils andere Antworten auf die Frage „Wie wird das Wetter?“ liefern. Bei Recherchenbefragungen sind die wichtigsten Rollen:

- Experten: meist außenstehende, neutrale Fachkundige wie Wissenschaftler, aber auch Berufsleute, mitunter auch Hobbyfachleute, ehemalige Betriebsangehörige usw.
- Zeugen: Personen, die mit eigenen Augen oder Ohren dabei waren, aber nicht in den Sachverhalt verwickelt sind.
- Sprecher: Personen, die über Informationen oder Zugangswissen verfügen, allerdings keine Sachzuständigkeit besitzen und meist eine Sicht (Lager, Partei) vertreten.
- Betroffene: Personen, deren Lebensumstände durch Entscheidungen oder Maßnahmen der Akteure (meist negativ) beeinflusst wurden.
- Akteure: Die Gruppe der handelnden Personen, die etwas getan oder veranlasst haben, sich rechtfertigen wollen oder müssen, deren Handeln den Kern der Recherche betrifft oder gar ausmacht.

Damit Sie die Interessenlage der Quellen und deren Perspektive einschätzen können, sollten Sie gleich bei der Auswertung des Ausgangsmaterials (dies sind meist Zeitungsberichte und Info-Materialien aus dem Internet) einen Befragungsplan aufstellen.

Dies geht praktisch so:

- Als Erstes listen Sie stur sämtliche Namen mit ihren Funktionen und Adressen auf, die Ihnen im Ausgangsmaterial begegnen;
- Dabei ordnen Sie zweitens die Namen in drei Gruppen: a.) Unbeteiligte und Neutrale, b.) beteiligte „Objekte“ (wie: Opfer und Betroffene sowie deren Vertreter und Sympathisanten), c.) beteiligte „Subjekte“ (dies sind: Mitwisser, Zuständige, Verantwortliche und deren Sprecher)
- Als Drittes schlagen Sie in der Zugangsliteratur nach (im Oekl, Branchenführer, Behördenverzeichnisse, Jahresberichte, Linklisten und Websites im Internet u.a.m.) und komplettieren die Liste mit solchen Funktionsträgern, die auf Grund ihrer Zuständigkeit etwas sagen können oder sollen.
- Als Viertes legen Sie die Reihenfolge der Befragungen fest – denn von ihr hängt es oftmals ab, ob die Recherche gelingt, oder ob sie in den Sand gesetzt wird (zum Beispiel, wenn Sie einen Hauptakteur an den Draht bekommen, aber selbst noch nicht genug wissen, um ihn zielgenau zu befragen).

Das Grundmuster der Reihenfolge lautet: von „außen“ nach „innen“. Außen sind die Unbeteiligten, innen die am Geschehen direkt Beteiligten. Und ganz innen im Zentrum sind die Hauptakteure meines Themas: diejenigen, die den Kopf hinhalten sollen oder müssen. Und darum auch am meisten zu verbergen haben und manches verdrehen und vertuschen, die flunkern und lügen. Diesen Leuten kommen Sie nur bei, wenn Sie auf dem langen Weg von außen nach innen möglichst viele verschiedene Sichtweisen, möglichst viele Details in Erfahrung gebracht haben.

Die erste Grundregel bei Recherchenbefragungen lautet: Man informiert sich (wenn möglich) zuerst bei den Neutralen; zu denen gehören vor allem Augenzeugen, Experten und Fachleute. Erst, wenn man die Übersicht gewonnen hat, befragt man die Beteiligten (Betroffene und Akteure).

Vor allem, wenn das Thema Konfliktstoff bietet (zum Beispiel: Wer trägt auf Grund welcher Entscheidung die Hauptverantwortung am deutschen Lkw-Maut-Debakel?), sollten Sie zwischen den Lagern pendeln: Die Einlassungen der einen Seite dienen Ihnen als Gegeninformationen, wenn Sie die andere Seite befragen – und umgekehrt. Mit diesem Slalom kommen Sie zum Kern (oder Hintergrund) des Themas. Diese Strategie sorgt im Übrigen dafür, dass Sie stets auch die andere Seite hören und nicht einäugig nur die Thesen der einen Seite verfolgen.

Die zweite Grundregel heißt darum: Bei Konfliktthemen sortiert man die Hauptbeteiligten nach ihrer Zugehörigkeit zu den Konfliktparteien. Dafür nutzt man die Befragung der Neutralen: Sie sollen helfen, die anschließend zu befragenden Hauptakteure den Lagern zuzuordnen. Der Befragungsplan muss darum immer wieder aktualisiert werden – er ist eine Richtschnur, kein Kanon!

Was fragen? Die Aussageebenen

Wer ergebnisoffen recherchiert, hat keine fertige Geschichte im Kopf, bestenfalls ein paar Hypothesen. Mit anderen Worten: Sie können Aussagen nur überprüfen, wenn Sie pingelig unterscheiden zwischen Sachaussagen und Deutungen. Wer fragt: „Und was halten Sie von ...?“, der erhält eine Einschätzung, also eine Deutung. Wer indessen fragt: „Waren Sie dabei, als ...?“, der bekommt eine Sachauskunft. Solch faktische Aussagen liefern den festen Boden, auf dem sich Thesen entwickeln lassen. Also sollten Sie immer zuerst nach den Fakten fragen: Wer alles? Seit wann genau? Wo sonst noch? Um was ging es dabei? usw. Erst, wenn die Sachebene geklärt ist, können Sie risikofrei auf der Deutungsebene weiterarbeiten. Jetzt können Sie Zusammenhangsfragen stellen, nach Ursachen-

erklärungen (Begründungen) und nach dem Sinn und Zweck von Handlungen fragen: „Wie kamen Sie dazu, dass Sie ...?“ oder „Warum hat Ihr Vorstand ...?“ Jetzt dürfen Sie auch mal argumentieren: „Obwohl Sie doch...“ „War Ihnen klar, dass ...?“ usw.

Die dritte Grundregel besagt: Man sollte seine Strategie zweistufig anlegen. Zuerst muss die Sachverhaltsebene abgeklärt werden (wer, was, wann, wo) – und erst dann kommt die zweite Stufe mit interpretierenden Fragen.

Antworten auf Warum-Fragen sind keine Fakten, sondern Zusammenhangserklärungen, also Deutungen.

Formulieren Sie für sich beide Frageziele. Das eine Ziel gilt der Sachaufklärung (Was genau, seit wann genau, wo genau und wo sonst noch, wer alles usw.). Das zweite Frageziel hat die Deutungsebene im Visier (Wie erklärt es sich, dass X so gehandelt hat? Warum haben Y und Z erst jetzt reagiert? usw.) Das zweite Frageziel wird erst ins Auge gefasst, wenn das erste geklärt ist.

Es dürfte plausibel sein, dass man vor allem die neutralen Augenzeugen und später auch die Hauptakteure mit Faktenfragen ausquetscht, während die Experten und Sachkenner zusätzlich Deutungsfragen beantworten können. Der beste Interpret einer Sachlage ist der (in dieser Sache neutrale) Experte – egal, ob ein Wissenschaftler, ein Verbandsfunktionär oder Handwerker.

Soll man eine Frageliste anlegen? Ja und nein. Wenn Sie sich alle Fragen genau aufschreiben, wirkt dies eher wie ein zu enges Korsett; Sie haben sich festgelegt und fühlen sich eingeschnürt. Arbeiten Sie aber ganz ohne Frageliste, vergessen Sie vielleicht wichtige Aspekte.

Machen Sie sich eine Stichwortliste, die Ihnen einen Spielraum für Präzisierungen, Nachfragen und Erweiterungen lässt. Ganz oben steht, mit welchem Sachverhalt (Fakten, Fakten, Fakten!) Sie das Gespräch eröffnen wollen, dann, mit welchen Aussagen Sie die Gesprächsbereitschaft des zu Befragenden steigern können (das dürfen auch mal Behauptungen Dritter sein).

Es empfiehlt sich, auf der Liste folgende Fragearten zu notieren:

- Sachfragen, die der Gesprächspartner auf jeden Fall beantworten sollte (manchmal helfen hier auch ein paar Stichworte, die sich auf Gegeninformationen beziehen oder auf unliebsame Quellen);
- Fragen, die mit dem Thema in direktem Zusammenhang stehen und mit

- dem Gesprächspartner zumindest erörtert werden sollen;
- Deutende/Erklärende Fragen, die das Geschehene einordnen sollen (Was sagt er zu den Gründen, die zu der Entscheidung geführt haben? Welche Interessen verfolgt er selbst? Weiß er etwas über die Beweggründe anderer Akteure? usw.). Am Schluss der Liste können auch ein paar Stichworte stehen, die provozieren sollen, zum Beispiel leicht suggestive oder unterstellende Fragen.

Die vierte Grundregel heißt: Immer zuerst das Sachwissen abfragen, also zuerst faktizierende Fragen stellen – und erst dann persönliche und/oder deutende. Provozierende Fragen sind riskant. Man stellt sie erst, wenn der andere alles gesagt hat, was er von sich aus zu sagen bereit war. Denn jetzt kann man nichts mehr verlieren.

Wohin fragen? Frageziel anpassen

Zum erfolgreichen Fragen gehört auch, dass der Gesprächspartner auf eine Rolle festgelegt wird – und dass ihm diese Rolle klar ist. Dies ist insbesondere wichtig bei Pressesprechern, die selbst keine Akteure, sondern nur Sprachrohr sind. Sie werden oft mit Verantwortungsfragen konfrontiert, die sie nicht beantworten können oder auch nicht dürfen. Sie dienen als Türöffner, Datenlieferanten oder Statement-Beschaffer.

Jede Rolle erzeugt einen bestimmten Tenor in den Antworten. Ein Politiker zum Beispiel ist immer ein Akteur, der mit seinen Antworten eine Position verkaufen will. („Wir sind der Überzeugung, dass diese Maßnahme ...“). Ein Hochschulprofessor muss nicht zwangsläufig ein Experte sein, sondern spricht manchmal in eigener Sache („Unsere Forschungsergebnisse zeigen mit hoher Signifikanz, dass ...“). Zeugen vergessen dagegen oft, dass sie Beobachter waren, wenn man sie (fälschlicherweise) nach ihrer Meinung fragt.

Begrüßen Sie Ihre Gesprächspartner stets so, dass die Rollenzuweisung klar wird. Dann wissen die Befragten, aus welcher Perspektive sie antworten sollen. Beispiel: „Bitte erklären Sie uns als Geschäftsführer des Unternehmens ...“ oder ähnlich.

Der erfolgreiche Rechercheur verbindet die Rolle, auf die er seinen Gesprächspartner festgelegt hat, mit seinem Informationsziel. Er überlegt sich: Was alles will ich von dir wissen, was alles könntest du mir sagen, wenn du wolltest?

Klar, dass man zum Beispiel von einem Akteur erwartet, dass er seine Hand-

lungen möglichst plausibel begründen, dass ein Zeuge möglichst lückenlos den beobachteten Hergang schildern soll. Und klar ist auch, dass ein Sprecher möglichst alle verfügbaren Daten über das Verfahren abliefern soll. Selbst wenn das Ziel nicht erreicht wird: Wichtig ist, dass ich es im Auge behalte, um immer wieder darauf zurückzukommen, auch wenn der andere weitschweifend antwortet.

Wie fragen? Instrumente beherrschen

Oft wundern wir uns nach einem Recherchegespräch, dass der Befragte eigentlich viel geredet, dabei aber kaum etwas Verwertbares gesagt hat. Viele Journalisten fragen drauflos, ohne die unterschiedlichen Frageformen zu kennen, geschweige denn zu beherrschen.

Gute Rechercheure spielen mit den verschiedenen Fragearten wie ein Musiker mit seinem Instrument. Und wie beim Musiker geht der Virtuosität intensives Training voraus. Zu den Standards der Befragung gehören diese drei Fragetypen:

1. Fragen, die auf den Gegenstand/das Thema gerichtet sind (Sachfragen),
2. Fragen, die das Antwortverhalten beeinflussen (Steuerfragen)
3. Fragen, die das ansprechen, was gerade zwischen Frager und Befragtem geschieht (Meta- oder Interaktionsfragen).

Am intensivsten sollten Sie nicht etwa Sachfragen, sondern Steuerfragen trainieren. Hierzu gehören vor allem Fragen, die den Redefluss verändern (die bekanntesten Formen sind: offene, halboffene und geschlossene Fragen) sowie solche Fragen, die auf die Motivation einwirken (zum Beispiel rhetorische Fragen als Verstärker; unterstellende oder suggestive Fragen, um zu provozieren).

Es empfiehlt sich, mit verschiedenen Fragetypen und -formen ganz bewusst zu experimentieren, um Fragesicherheit zu gewinnen. Dies gilt vor allem für Printjournalisten, die ja keine sendefähige Tonaufzeichnung benötigen (Zu den Fragetypen siehe Kasten): Probieren Sie mal aus, was passiert, wenn Sie einem Vielredner nur mehr geschlossene Fragen stellen oder einem Selbstdarsteller mit ein paar suggestiven Fragen in die Parade fahren!

Meta- oder Interaktionsfragen dienen im Übrigen als Notbremse, wenn das Gespräch aus der Bahn läuft (der Befragte wird wütend und schimpft oder hüllt sich in trotziges Schweigen): Indem der Frager das Verhalten des anderen direkt anspricht („Ich habe das Gefühl, Sie sind wütend – warum?“), kann er für eine Klärung sorgen und dann die Befragung fortsetzen. Auch dieser Fragetyp sollte geübt werden.

Kommunikationsregeln beachten

Der große Rest der Fragekunst ist Psychologie: stets Interesse, auch Neugierde zeigen, genau zuhören, die Fragen sachlich formulieren mit knappen, eindeutig formulierten Sätzen. Fragesicherheit bedeutet: keine Doppelfragen, keine Schleifen, keine Referate!

Im Übrigen sollten Sie die zumindest in Europa üblichen Kommunikationsregeln einhalten: Bleiben Sie zuvorkommend, auch wenn Sie sich ärgern. Zeigen Sie Zuverlässigkeit, soweit es um Zusagen und Versprechungen geht (zum Beispiel auf Wunsch das Zitat in der Druckfassung vorlesen). Im Übrigen gilt die wichtigste aller journalistischen Grundregeln vor allem beim Befragen: stets hartnäckig, niemals leichtgläubig sein.

Die wichtigsten Frageformen

Zur Sache

- Informierende Fragen lassen einer Sachaussage die Frage folgen. „Herr ... hat gesagt, dass ... Sehen Sie das auch so?“
- Faktizierende Fragen zielen auf unabhängig von der Person gültige Sachangaben und Daten (wer, was, wann, wo, wie viel, woher, wohin). „Wann genau haben Sie ...?“
- Einschätzungsfragen: Ergründen Meinungen, Haltungen, Ansichten und Beurteilungen zu konkreten Sachverhalten. „Was halten Sie von ...?“, „Was hat sich verändert seit ...?“
- Erzählfragen dienen der auffordernden Rekonstruktion von Beobachtungen und Erlebnissen. „Wie kam es eigentlich, dass ...?“ „Erzählen Sie mir, wie ...?“

Zum Antwortverhalten

- Offene Fragen regen eine ausführliche Antwort an (wer, was, wann, wo, wie). „Wie haben Sie sich gefühlt als ...?“ „Wie sind sie nach ... gekommen?“
- Aufforderungsfragen fordern direktiv und sachneutral zum Reden auf. „Sie haben Was hat Sie dazu veranlasst?“
- Geschlossene Fragen fragen Wissen ab oder lassen nur ein „Ja“ oder „Nein“ zu. „Wie viele Stunden waren Sie unterwegs?“ „Sie sind mit dem Auto gekommen?“
- Provozierende Fragen unterstellen ein Motiv oder bewerten eine Antwortrichtung. „Sie sind doch auch der Meinung dass, ...?“ „Was haben Sie eigentlich gegen ...?“

Zum Dialog

- Verhaltensfragen psychologisieren das Verhalten des Befragten. „Was hat Sie so wütend gemacht?“ „Finden Sie Ihre Äußerung nicht völlig überzogen?“
- Kognitionsfragen bewerten einen Teil der Antwort und fordern zur Reflexion auf. „Warum verschweigen Sie, dass ...“, „Gesetzt den Fall, dass ... Müssten Sie dann ...?“

Quelle:Haller, Michael: Das Interview, Konstanz 3. Aufl. 2001

Literatur:

- Haller, Michael: Das Interview, Konstanz 3. Aufl. 2001
- Haller, Michael: Recherchieren, Konstanz 5. Aufl. 2000
- netzwerk recherche (Hrsg.): Trainingshandbuch Recherche - Informationsbeschaffung professionell, Wiesbaden 2003

Die Grenzen des Fragens

Persönlichkeitsrechte achten

Venio Piero Quinque

Ein Journalist, der eine zentrale Figur mit seinem Rechercheergebnis konfrontieren will, sollte um Erlaubnis fragen, bevor er ihre Wohnung betritt. Er macht sich ansonsten nach § 123 StGB („Hausfriedensbruch“) strafbar. Da es nicht üblich ist, sich die Erlaubnis schriftlich bestätigen zu lassen, sollte der Journalist sie sich vor einem Zeugen (beispielsweise einem Fotografen) geben lassen.

Wenn der Inhaber des Hausrechts den Journalisten auffordert, seine Wohnung beziehungsweise seinen Hausflur zu verlassen, sollte er der Aufforderung sofort nachkommen. Das Schlagen oder Klopfen an Türen und Fenster oder nächtliche Telefonanrufe berühren das Hausrecht dagegen nicht.

In öffentlichen Gebäuden haben die Hausrechtsinhaber keine unbeschränkten Befugnisse: So kann der Bundestagspräsident beispielsweise ein (zeitlich befristetes) Hausverbot wegen einer einmaligen Verletzung des Hausrechts nur dann erteilen, wenn die Gefahr einer weiteren Verletzung gegeben ist.

Heimliches Mitschneiden

Im Zuge seiner Recherchen darf ein Journalist nicht in den persönlichen Lebens- und Geheimnisbereich (geschützt nach §§ 201ff. StGB) eines Menschen eingreifen. Er macht sich strafbar, wenn er vorsätzlich und unbefugt die Vertraulichkeit des nichtöffentlich gesprochenen Wortes verletzt. Das heimliche Mitschneiden am Telefon ist also rechtswidrig (gemäß § 201 Abs. 1 Nr. 1 StGB). Auch die heimliche Aufnahme eines Face-to-Face-Interviews ist strafbar (gem. § 201 Abs. 1 Nr. 1 StGB) – ebenso wie das Kopieren eines heimlichen Mitschnittes.

Es ist nicht geklärt, ob ein ungebetener Anruf eines Journalisten das Allgemeine Persönlichkeitsrecht des Angerufenen verletzt. In der Rechtsprechung sind hierzu vornehmlich Entscheidungen zum Gesetz gegen den Unlauteren Wettbewerb getroffen worden (Anrufe zu Werbezwecken etc.). Diese lassen sich nicht ohne weiteres auf Telefonanrufe von Journalisten bei Privatpersonen oder Institutionen übertragen. Denn ein Verbot würde die journalistische Recherche beeinträchtigen, die wiederum verfassungsrechtlich geschützt ist.

Wenn jedoch eine Privatperson oder Institution ausdrücklich erklärt, für Auskünfte nicht zur Verfügung zu stehen, und der Journalist diese dennoch weiterhin

anruft, dann kann dies eine Persönlichkeitsrechtsverletzung darstellen: „Telefonterror“ gegen den erklärten Willen einer möglichen Quelle ist unzulässig.

Die telefonische Kontaktaufnahme von Journalisten, um zu klären, ob Informationen erteilt werden, wird dagegen nicht als rechtswidriges Eindringen in die Privatsphäre des Angerufenen angesehen – sofern sie zu üblichen Tageszeiten erfolgt.

Nachdruck aus "message"

Freundlich und angriffslustig

Wie bringt man Menschen zum Reden?

Eric Nalder

Der Aufbau

Recherche: Egal, ob Sie fünf Minuten oder fünf Tage Zeit haben, recherchieren Sie zur Person und zum Thema. Eine gut recherchierte Frage ist eine bessere Frage.

Plan: Machen Sie sich einen Plan. Wen sollten Sie zuerst interviewen? Wo sollten Sie ihn interviewen? Wie viel Zeit brauchen Sie? Sollten Sie das Interview aufnehmen? Der beste Ort ist normalerweise dort, wo die Person das tut, worüber Sie schreiben. Whistleblower und zögernde Quellen jedoch kontaktiert man am besten zu Hause.

Organisieren: Schreiben Sie Stichpunkte ins Notizbuch. Ordnen Sie Ihre Papiere, um nicht abgelenkt zu sein. Bereiten Sie eine umfassende Allerweltsfrage vor, falls man Sie abweisen will.

Sich das Interview vorstellen: Malen Sie sich ein erfolgreiches Interview aus. Wärmen Sie sich auf wie ein Sportler. Seien sie skeptisch, aber niemals zynisch und bleiben Sie optimistisch.

Zurückhaltende Personen

Der Einstieg: Nähern Sie sich Ihrem Objekt auf selbstverständliche, freundliche und höfliche, aber direkte und angriffslustige Weise. Verhalten Sie sich offen und angstfrei.

Dranbleiben: Wenn man Ihnen die Tür vor der Nase zuschlagen will, suchen Sie ein gemeinsames Thema – und sei es ein Haustier. Wenn Sie die Person über irgendetwas zum Reden bringen, wird sie irgendwann auch über Ihr Thema reden.

Neugierde nutzen: Wenn jemand den Telefonhörer auflegen will, erklären Sie schnell, woran Sie arbeiten und was Sie schon aus anderer Quelle wissen.

Über andere reden: Bringen Sie eine Liste mit anderen Personen – eine Gehaltsliste, ein Telefonbuch oder Ihre eigene Liste – zum Interview mit und gehen Sie diese mit dem Interviewpartner durch. Menschen sprechen lieber über andere und geben dabei auch etwas über sich preis.

Keine große Sache: Auf ein „Ich kann dazu nichts sagen“ erklären Sie, dass Sie Hilfe brauchen und es keine große Sache sei, mit Ihnen zu reden. Sie wollten etwas lernen. Schlagen Sie Alternativen vor, streiten Sie nicht, sondern lenken Sie und halten Sie das Gespräch am Laufen. Reagieren Sie auf die Angst, etwas zu sagen, mit Sympathie und wenn möglich mit Rückversicherung. Bleiben sie zunächst bei einfacheren „Aufgaben“ („Beschreiben Sie einfach mal Ihren Job“) und kommen Sie später zu den härteren Fakten.

Offizielle Vertreter oder andere „hohe Tiere“: Freundlich, ohne zu beleidigen antworten Sie auf ein „Kein Kommentar“ mit der Erklärung, wie schlecht so etwas gedruckt wirkt. Bieten Sie an, zunächst nur über einen bestimmten Aspekt zu reden. Als letztes Mittel erklären Sie, dass Sie die Geschichte auch ohne seine Mitarbeit machen werden und es Ihnen um korrekte Information geht. Bieten Sie an, ihn kurz vor der Veröffentlichung über den Inhalt des Artikels zu informieren.

Anonymität: Akzeptieren Sie nicht einfach „Hintergrundinformationen“. Auch wenn Sie die Person mehrmals aufsuchen müssen, überzeugen Sie sie, öffentlich zu reden. Anonyme Informationen können Sie unter keinen Umständen verwenden. Sie verschwenden nur Ihre Zeit damit.

Stück für Stück: Wenn ein Informant darauf besteht, nur Hintergrundinformation zu geben, versuchen Sie es mit Verhandlungsgeschick. Am Ende des Interviews suchen Sie sich aus Ihren Notizen nicht allzu belastende Zitate heraus und fragen: „Könnten Sie das nicht öffentlich sagen?“ Wenn der Informant zustimmt, gehen Sie zur nächsten Aussage und so weiter. Besteht der Informant jedoch auf Anonymität, müssen Sie das respektieren.

Das „Freiheitsstatuen-Spiel“: Betonen Sie, dass Menschen glaubwürdiger sind, wenn sie mit ihrem Namen für das, was sie sagen, einstehen. Das ist die amerikanische Art: Eine starke öffentliche Debatte.

Um der Klarheit willen: Wenn jemand einen Teil der Geschichte erzählt und dann abblockt, sagen Sie: „Sie haben mir schon so viel erzählt, es wäre besser, mir auch den Rest zu erzählen, damit ich das nicht falsch verstehe.“

Keine Fragen, bitte: Manchmal ist es besser, ein Statement zu machen als eine Frage zu stellen. Lesen Sie aus einem Dokument vor oder wiederholen Sie etwas, dass jemand gesagt hat. Statt einem „ja“, „nein“ oder „ich weiß nicht“ lockt das oft einen Kommentar hervor.

Nutzen Sie Ihr vermeintliches Wissen: Fragen Sie einen Beamten, warum er den Hinweisgeber entlassen hat und nicht, ob er es getan hat. Auch wenn Sie es selbst nicht wissen. Der Informant wird annehmen, dass sie es wissen und eher erklären als abstreiten.

Der „hilflose“ Reporter: Sagen Sie ruhig, dass sie die Hilfe der Person brauchen: „Wer kann mir das erklären, wenn nicht Sie?“

Wieder versuchen: Wenn man Sie abweist, versuchen Sie es einen Tag oder eine Woche später. Wenn es sehr wichtig ist, auch in einem Jahr. Menschen ändern ihre Meinung.

Alles Wichtige mitbekommen

Chronologie: Führen Sie den Interviewpartner chronologisch durch seine oder ihre Geschichte, um sie besser verstehen und Lücken zu entdecken.

Lebensgeschichte: Fragen Sie nach der Biografie, auch in Fällen, in denen Sie sie nicht zu verwenden beabsichtigen. Sie bekommen nützliche Informationen und stellen bessere Fragen.

Wie und warum: Wenn jemand etwas Wichtiges sagt, stellen Sie die Schlüsselfrage: „Woher wissen Sie das?“ Das erhellt die Glaubwürdigkeit, liefert mehr Details und öffnet die Türen zu anderen Quellen.

Hypnose: Bremsen Sie Ihr Tempo, wenn ein Informant einen wichtigen Teil der Geschichte erreicht hat und machen Sie ihn zum Geschichtenerzähler: Fragen Sie, wo er stand, wie das Wetter war und ob er Lärm hörte? Dann wechseln Sie in die Gegenwartsform und stellen Fragen wie: Was tun Sie jetzt? Was sagt Ihr Freund? Sie werden gemeinsam die Szene erleben. Am Anfang versagt diese Technik oft, weil Menschen lieber abstrakt erzählen: „Ich fuhr mit dem Auto über die Klippe.“ Erklären Sie, dass Sie sich das so noch nicht vorstellen können: „Nehmen Sie mich mit auf der Fahrt über die Klippe.“ So bekommen Sie nicht nur ein Bündel Fakten.

Telefon: Wenn Sie nicht vor Ort sein können, bitten Sie die Leute am Telefon, ihre Umgebung zu beschreiben, um sich gefühlsmäßig dorthin zu versetzen.

Die Ohren gebrauchen: Wir reden zu viel während Interviews. Lassen Sie den anderen reden. Überprüfen Sie vorher Ihre Vorurteile, hören und reagieren Sie unvoreingenommen.

Nach anderen Quellen suchen: Hören und schauen Sie während des Interviews nach anderen Quellen, zum Beispiel die Sekretärin, die Assistenten, die Mitarbeiter und notieren Sie sich Details über sie. So können Sie sie eventuell als zusätzliche Quellen nutzen.

Das Geständnis bekommen: Fragen Sie den Informanten nach Personen, die ihn unterstützen und nach Personen, die ihn kritisieren könnten. Fragen Sie, was diese Kritiker wohl sagen könnten. So bekommen Sie auch Unangenehmes heraus. Fragen Sie nach Entlassungen, Vorstrafen, Klagen und so weiter. Da solche Informationen irgendwo dokumentiert sind, lügen viele Leute nicht so leicht.

Lügner: Wenn Sie wissen, jemand lügt, lassen Sie ihn sein Garn spinnen und unterbrechen nur, um nach mehr Details zu fragen. Betrüger liefern oft ausführliche Details, weil sie meinen, das würde die Glaubwürdigkeit ihrer Geschichte vergrößern. Am Ende gehen Sie zurück und rekonstruieren die Geschichte Stück für Stück, bis der Lügner aufgibt.

Nicht Partei ergreifen: Seien Sie mitfühlend im Umgang, aber nicht parteiisch mit Ihrer Quelle. Schützen Sie ihre Quelle vor Bloßstellung, wenn Sie das versprochen haben, aber nicht vor ihrer eigenen Unehrllichkeit oder Dummheit. Lassen Sie sich nicht über den Tisch ziehen.

Nicht füttern: Seien Sie vorsichtig damit, einem Interviewpartner Informationen zu geben, die als Fakten aufgenommen werden können. Der Rat von Polizisten lautet: „Fragen sie eine Person nicht, ob sie ein rotes Auto sah, fragen Sie, was sie sah.“

Wiederholt befragen: Manchmal lohnt es sich, jemanden zwei oder drei Mal zum gleichen Thema zu befragen. Ein Beamter gab mir vier verschiedene und sich widersprechende Erklärungen für die Reisen, die er auf Kosten der Steuerzahler unternommen hatte.

Überarbeiten: Gehen Sie Ihre Notizen durch und suchen Sie nach Lücken. Führen Sie dann ein zweites Interview, um die Lücken zu füllen und Fehler zu korrigieren. Ich wende mich gerne zur Absicherung noch einmal an die Schlüsselfiguren kurz bevor die Geschichte veröffentlicht wird, das hat die Geschichte oft noch verbessert.

Innovativ sein: Wenn Ihnen eine unerhörte Frage in den Sinn kommt und zwin-

gend erscheint, fragen Sie. Mir gestattete zum Beispiel ein Schiffskapitän, seine Akten durchzusehen, einfach, weil ich ihn gefragt habe.

Ehrlichkeit: Geben Sie nicht vor, jemand anders zu sein und lügen Sie nicht. Natürlich können Sie Informationen zurückhalten, aber je mehr Sie über die Art Ihrer Geschichte vermitteln können, umso entspannter und hilfsbereiter wird Ihr Informant sein.

Kontrolle behalten: Ein gelungenes Interview fühlt sich wie ein lockeres, freundliches Gespräch an. Aber es führt unnachgiebig zu der Information, die Sie benötigen.

Flexibel sein: Es mag sein, dass Sie wissen, wovon Ihre Geschichte handelt, aber fahren Sie sich nicht fest. Ein richtig gutes Interview kann Ihre Geschichte auch völlig verändern. Suchen Sie nach der Wahrheit, nicht danach, was Sie für die Wahrheit halten.

Rückfragen: Nachdem die Geschichte veröffentlicht ist, rufen Sie den Informanten an und fragen nach seiner Reaktion. So bekommen Sie zusätzliche Informationen und Tipps.

Eric Nalder arbeitet im „investigative team“ der San Jose Mercury News. Für sein Buch „Tankers full of Trouble“ erhielt er den Buch-Preis von Investigative Reporters and Editors.

Übersetzung: Ingrid Lorbach

Nachdruck aus "message"

INTERVIEW-KULTUREN –

Professionelle Interviews als journalistische Qualitätstreiber
Fachkonferenz von **netzwerk recherche** vom 19.11. - 21.11.2008



Professionelle Interviews sind wesentliche Bedingungen und Erfolgsgaranten für alle journalistischen Produkte. Interviews als Werttreiber im Journalismus werden in der Weiterbildung aber oftmals vernachlässigt. Ausgehend von diesem Defizit wollen wir bei der Fachtagung „Interviewkulturen“ mit erfahrenen Profis über ihr Handwerk, die redaktionelle Vorbereitung und Begleitung diskutieren.

Bei dieser Fachtagung handelt es sich nicht um eine „Konsum-Konferenz“, die als schnelles Vademecum für „bessere Interviews“ dienen könnte. Voraussetzung für die Teilnahme ist vielmehr eine intensive Vorbereitung der Tagung und eine aktive Mitwirkung während der Konferenz.

Termin: Mittwoch 19. – Freitag 21.11.2008
Ort: Berlin, Ev. Medienakademie, Jebensstr. 1 (Nähe Bahnhof Zoo)
Zielgruppe: Erfahrene Journalistinnen und Journalisten aller Sparten
Teilnahme-Voraussetzung: Aktive Vorbereitung und Übernahme eines Interviewer-Profiles (schriftl. Analyse von Interview-Stilen auf zwei A-4-Seiten)
Teilnehmerzahl: max. 40
Teilnehmerbeitrag: 200 Euro
Tagungsmaterialien: alle Teilnehmer/innen erhalten vor der Konferenz einen Tagungs-Reader mit wichtigen Vorbereitungs-Texten und Literatur-Hinweisen (Vorbereitungs-Pflicht). Dokumentation der Ergebnisse: erscheint in Form der Nr-Werkstatt „Interview-Kulturen“

Veranstalter: netzwerk recherche (nr) unterstützt von ING DiBa
Konzeption und Moderation: **Dr. Thomas Leif** - www.netzwerkrecherche.de

P R O G R A M M V E R L A U F

Mittwoch, 19.11.2008

- | | |
|--------------------|---|
| 11:00 | Begrüßung und Vorstellung des Tagungskonzepts
Vorstellung der Teilnehmer/innen in wechselnden Intensiv-Interviews |
| 12:00 | Prof. Dr. Michael Haller , Uni Leipzig
Zur Grammatik des gelungenen Interviews – Vorbereitung, Technik, Tricks und Tipps |
| 13:00-14:00 | Mittagpause |
| 14:00 | Sascha Michel , Uni Mainz
Wissenschaftliche Erkenntnisse über Interviews in politischen Talkshows |
| 15:00 | WERKSTATT I
Anne Will – Das Interview-Profil von Anne Will (ARD) |
| 16:30 | Andreas Schneider – Vorbereitung der Talk-Gäste, Dramaturgie der Talk-Show. Erfahrungen und Anforderungen vor und hinter der Kamera. |
| 18:00 | Analyse Seminargruppe: Das Profil der „Sonntags-Talkshow“ samt Analyse der Vorgänger-Sendung |
| 19:00 | Tagesprotokoll: lessons to be learned – Eine Ergebnis-Bilanz des ersten Tages aus Sicht des Tages-Protokollanten |
| anschl. | Abendessen und Kneipen-Talk |

Donnerstag, 20.11.2008

- 9:00** WERKSTATT II
Jörg Thadeusz - Das Interview-Profil von Jörg Thadeusz (rbb u.a.)
- 10:30** **Analyse Seminargruppe:** Das Profil der rbb Talk-Show Thadeusz
- 11:00** WERKSTATT III
Steffen Hallaschka / NN – Scheitern neuer Sendungen – Analyse von jungen, innovativen Talk-Formaten. Beispiele aus „Kanzlerbungalow“
- 12:30-13:30** Mittagspause
- 13:30** WERKSTATT IV
NN / Redaktion „Hart aber Fair“
Vorbereitung ist alles. Wie funktioniert die Auswahl und Vorbereitung der Talk-Gäste und das briefing des Moderators?
- 15:00** **Analyse Seminargruppe:** Das Profil von „Hart aber Fair“
- 17:00** Pause – Cafe und Kommunikation
- 17:30** WERKSTATT V
NN und Hans Leyendecker (angefragt)
Good Guy - Bad Guy: Zur Anatomie erfolgreicher Doppel-Interviews
- 19:30** **Tages-Protokoll:** lessons to be learned
anschl. Abendessen und Vertiefung der Gespräche mit den Referenten
evtl. Besuch einer Talk Show

Freitag, 21.11.2008

- 9:00** WERKSTATT VI
Arno Luik, Stern- Das lange Interview im Print - Vorbereitung, Dramaturgie, Durchführung
- 10:30** WERKSTATT VII
Jochen Spengler, Deutschlandfunk – Das hintergründige Interview im Hörfunk
- 12:00-13:00** Mittagspause
- 13:00** WERKSTATT VIII
Maybrit Illner - Das Interview-Profil von Maybrit Illner (ZDF)
- 14:30** **Analyse Seminargruppe:** Das Profil der ZDF Talk-Show
- 15:00** Peter Merseburger (angefragt) – Die Kunst des Interviewens
- 17:30** **Tages-Protokoll:** lessons to be learned
18:30 **Auswertung des Seminars** – Blitzlicht und Fragebogen
anschl. Abreise



Anmeldung: info@netzwerkrecherche.de

„Eine Art Hebammenkunst“

Nicht nur Journalisten müssen die richtigen Fragen stellen. Drei professionelle Interviewer geben Einblick in ihre Erfahrungen und Techniken.

Interviews: Stefan Mühleisen

Josef Wilfling (56) ist Leiter der Mordkommission bei der Kriminalpolizei München und war in den vergangenen 25 Jahren an mehreren tausend Vernehmungen beteiligt.

Herr Wilfling, wie bereiten Sie sich auf die Vernehmung eines Verdächtigen vor?

Sehr gründlich anhand der Aktenlage. Ist das im Falle eines aktuellen Einsatzes nicht möglich, greife ich auf allgemein gültige Vernehmungskonzepte und Checklisten zurück. Für uns ist es sehr wichtig, dass wir nichts vergessen.

Wie stellen Sie sicher, dass Sie nichts vergessen?

Ich halte mich an die sieben goldenen W-Fragen: Wer, wann, wo, was, wie (Tathergang), womit (Tatwerkzeuge), warum (Motive). Sie helfen, mich exakt auf die Sache zu konzentrieren.

Was machen Sie, wenn ein Verdächtiger partout nichts sagen will?

Ich suche nach dem Grund für das Schweigen. Ein Zeuge, der nicht redet, gerät in Verdacht. Wer nicht spricht, kann sich nicht verteidigen. Intelligente muss man überzeugen, Dumme muss man überreden.

Wie reagieren Sie, wenn Sie glauben, dass ein Verdächtiger Sie anlügt?

Lügen sind in einer Vernehmung ein Selbsterhaltungstrieb. Jeder, der bei mir sitzt, will sich in eine bessere Position bringen. Meine Aufgabe ist es, Lüge und Wahrheit zu trennen. Oft registriere ich Lügen, ohne zu reagieren. Der Vernommene verstrickt sich später meist in den eigenen Widersprüchen. Oder ich konfrontiere ihn gerade heraus und überraschend mit Fakten, die seine Lüge bloßstellen.

Nutzen Sie Fangfragen, um einen zu Vernehmenden zu verunsichern?

Selbstverständlich. Kriminalistische List ist ja erlaubt, allerdings nicht die Lüge.

Welche Fragen hassen Sie selbst?

Die nach meinen persönlichen Schwächen bohren und ins Schwarze treffen. Also die Fragen, die wir regelmäßig unseren Klienten stellen müssen.

Sven Hanuschek (39) recherchiert und publiziert als wissenschaftlicher Biograf über Persönlichkeiten wie Erich Kästner.

Herr Hanuschek, wie bereitet sich ein wissenschaftlicher Biograf auf ein Interview mit einem Zeitzeugen vor?

Zunächst mit einem Brief- oder Mailwechsel zum Anklopfen. Das Problem in einem biografischen Interview ist, dass man nicht weiß, wonach man fragen kann. Es ist eine Art Hebammenkunst, die Leute zum Reden zu bringen, damit sie etwas sagen, von dem man nicht weiß, dass es das gab.

Wie bringen Sie ihre Gesprächspartner denn dazu?

Sie müssen sich wohl fühlen. Ich habe früher gelegentlich Gespräche aufgezeichnet, mache das jetzt aber nur noch selten. Die meisten Zeitzeugen sprechen offener und entspannter, wenn man sich nur Notizen macht. Die Wörtlichkeit, die Brauchbarkeit der Gespräche leidet erstaunlich wenig darunter.

Wie gehen Sie vor, wenn Sie wissen, dass ein Gesprächspartner ungern über ein Thema sprechen möchte?

Ich rede zunächst nicht über das eigentliche Thema. Ich besuche Zeitzeugen ja oft in ihrer Wohnung, da haben Sie genügend Anknüpfungspunkte. Es ist auch förderlich, jemanden ein zweites Mal zu besuchen.

Wie fragen Sie, wenn der Zeitzeuge nicht die Wahrheit sagt?

Ich hake nach, aber diplomatisch: „Ist es aber nicht so, dass...?“ „Frau XY hat mir erzählt, ...?“ Da wird es dann oft erst interessant.

Prüfen Sie, ob ein Zeitzeuge vertrauenswürdig ist?

Um seine Erzählungen einordnen zu können oder auch seine Zuverlässigkeit zu ermesen, frage ich nach Dingen, die ich weiß.

Welche Fragen hassen Sie selbst?

So ziemlich alle. Fragen sind repressiv, lästig, bedrängend. Aaron Ronald Bodenheimer hat ein ganzes Buch über die „Obszönität“ des Fragens geschrieben, ich glaube, er hat recht. Es wird ständig gefragt und geredet, aber kaum zugehört; die erste Biografen-Tugend ist es, zuhören zu können. Die zweite wahrscheinlich, nicht alles zu glauben, was man da hört.

Andreas Teller (40) ist freiberuflicher Infobroker und Researcher. Für Unternehmen erstellt er Markt- und Branchenanalysen sowie Firmenprofile und -dossiers.

Herr Teller, als Researcher interviewen Sie vornehmlich Experten. Wie eröffnen Sie ein Interview?

Ich gehe zuerst auf die Erfahrungen des Experten ein und stelle damit eine positive Grundstimmung her. Dann arbeite ich flott und gezielt anhand einer Liste die in der Vorbereitung aufgestellten Topics ab.

Wie gewinnen Sie das Vertrauen ihres Gesprächspartners?

Ich lege meine Fragen möglichst ehrlich und authentisch dar. Ich versuche, mit Offenheit zu punkten.

Was machen Sie, wenn ein Interviewpartner partout nichts sagen will?

Da bin ich sehr hartnäckig und fahre abhängig von den Inhalten des Gespräches ein ganzes Arsenal an stichhaltigen Argumenten für die Vorteile von Aussagen auf.

Welche Fragen hassen Sie selbst?

Alle Fragen sind erlaubt. Ich arbeite mit dem optimistischen Glauben, dass alles herauszufinden ist.

Stefan Mühleisen ist Medien-Trainer und Coach für Freiberufler.

Nachdruck aus "message"

Sich selbst überlisten

Bei der Suche nach Informationen sollten Journalisten ihre Vorurteile überprüfen – und im Umgang mit Quellen glaubwürdig sein.

Nur so entsteht Vertrauen.

Michael Haller

Leider tragen Informanten kein Schild auf der Brust, auf dem steht: „Ich bin eine gute, weil ergiebige Quelle“. Und weil das leider so ist, haben Journalisten oftmals Mühe, gute von schlechten Quellen zu unterscheiden und sie entsprechend zu nutzen. Und oft stehen sie sich selbst im Wege.

Wir sitzen in der Lokalredaktion, es ist Spätvormittag, wir planen den Stoff für die nächste Frontseite. Da springt die Türe auf und eine grell gekleidete, leicht überschminkte Frau in den Vierzigern kommt herein, unsere die Achseln zuckende Sekretärin im Schlepptau. Sie wolle mal auspacken, die Geschichte mit ihrem Mann, das sei ein Skandal. Ich habe keine Zeit, bitte den Kollegen, ein paar Minuten mit diesem hysterischen Weib zu reden. Nach zehn Minuten kommt er erschöpft zurück. Das war die geschiedene Gattin des Immobilienmaklers Heiner Huber, sagt er, die Frau will sich rächen, weil sie nichts vom Vermögen bekommt. Ach so, denke ich, Privatsphäre, geht uns nichts an, schließlich machen wir hier ja nicht die Bild.

Wir könnten uns jetzt als Gutmenschen fühlen und stolz sein auf unsere moralische Haltung. Irrtum. Wir sind nur unseren Vorurteilen gefolgt: Verlassene Ehefrauen wollen schmutzige Wäsche waschen. Wir waren nicht offen, nicht neugierig. Wir haben uns auf Routinen verlassen.

Mit anderen Worten: Es hängt von uns, unserer Einstellung ab, ob unsere Quellen und Informanten auspacken. Deshalb sollten wir als Erstes unsere Vorurteile zurückstellen. Nur, wenn wir den Leuten möglichst unvoreingenommen begegnen, entdecken wir Geschichten.

Tatsächlich: Zehn Tage später kommt unser Lokalchef wütend ins Büro, das Blatt der Konkurrenz in der Hand. „Die haben eine tolle Geschichte ausgegraben“, sagt er, „hätte uns gut angestanden“. Wir gucken auf die Schlagzeile: „Wurde das Bauamt geschmiert?“ steht da, darunter kommt die Story des Immobilienmaklers Heiner Huber, der mit dem (billigen) Kauf einer städtischen Immobilie einen Spekulationsgewinn von mehreren Millionen abkassiert hat. „Die hatten wohl einen Informanten im Bauamt“, sagen wir, „ein Glücksfall“.

Alles Glückssache? Nein, nur ausnahmsweise. Die Wahrheit ist: wir haben die Geschichte verpennt. Wir glaubten, dass nur brave Bürger zuverlässige Informanten sind. Vermutlich hätten wir uns von der staatsbürgerlichen Gesinnung, der moralischen Empörung oder dem soliden Auftritt (graues Kostüm, dezente Brille) einer Informantin bluffen lassen. Statt einfach nur hinzuhören und dann gezielt nachzufragen.

Das Konkurrenzblatt hatte nur das Glück, dass wir einen Fehler gemacht haben. Denn die grelle Dame, Abonentin unserer Zeitung, ging beleidigt zur Konkurrenz. Auch dort erkannten die Kollegen, dass es sich um eine private Angelegenheit handelte. Doch sie spitzten die Ohren, als die Exgattin von der gewaltigen Abfindung sprach, die ihr eigentlich zustünde. Woher so viel Geld? Geschickt steuerte der Redakteur das Gespräch in eine neue Richtung: Was weiß die Frau über die Geschäfte ihres Ex-Mannes, über dessen Firma man schon manches gemunkelt hat?

Wenn der Informant den Kontakt zu Ihnen sucht, sollten Sie sich für beides interessieren: für seine Geschichte und für seine Motive: Sind diese glaubhaft?

Als Erstes fragen Sie sich insgeheim: Warum kommt er ausgerechnet zu mir? (Vermutlich nicht, weil ich der beste Journalist am Ort bin. Eher schon, weil er meine Zeitung kennt. Vielleicht aber auch, weil er mich für naiv und gutgläubig hält, wer weiß). Es ist gut zu wissen, in welcher Rolle mich der Informant sieht.

Ihre zweite, ebenfalls insgeheim gestellte Frage zielt auf die Beweggründe: Warum will er mir das alles erzählen? Was verspricht er sich davon? Sind die Motive, die da zum Vorschein kommen, plausibel und nachvollziehbar? Idealistische Motive sind schön, aber meist unaufrichtig. Niedere Beweggründe sind nicht schön, aber meist ehrlich.

Die Art, wie ein Informant über seine Motive spricht, dient als Hinweis für seine Glaubwürdigkeit auch in Sachfragen.

Übrigens war die Frau plötzlich verstockt, als der Redakteur auf die Immobiliengeschäfte zu sprechen kam. Er sah: Die Frau bekommt es mit der Angst zu tun. Er beschwichtigte: Niemand wird erfahren, woher ich es weiß. Die Dame blieb verstockt. Da legte er ihr ein Schriftstück hin, auf dem stand: Falls Ihnen aus ihren Aussagen ein nachweisbarer Schaden erwachsen sollte, übernimmt unsere Zeitung die damit verbundenen Kosten bis zu einer Höhe von 50.000 Euro. Der Re-

dakteur wusste, dass kein Schaden entstehen kann, weil er alle Aussagen der Frau überprüfen wird. Aber die Frau brauchte das Gefühl der Sicherheit. Und es klappte. Nun erinnerte sie sich an Termine, Personen und Daten. Der Fall kam ins Rollen. Vier Wochen später musste der zweite Bürgermeister wegen Bestechung den Hut nehmen.

Quellen sind umso ergiebiger, je glaubwürdiger wir, die Rechercheure sind. Wir sollten uns darum sehr genau an unsere Zusagen und Absprachen halten. Die wichtige Zusage ist die des Quellenschutzes: „Niemand wird erfahren, woher ich es weiß.“ Und manchmal braucht es noch zusätzliche Schutzzusagen, um Angst oder Misstrauen abzubauen.

Je zuverlässiger Sie erscheinen, desto ergiebiger sind die Informationen. Und desto leichter ist es auch, an weitere Quellen zu gelangen. Ergreifen Sie vertrauensbildende Maßnahmen (wie: Schweigeverpflichtung, Zitate gegenlesen, Schadensregelung), aber sprechen Sie nicht über Ihre nächsten Schritte.

Ziel jedes Journalisten sollte sein, sich nach und nach ein zuverlässiges Informantennetz aufzubauen. Hier empfiehlt sich als Strategie die Informantenpflege: Halten Sie zu Ihren Quellen und Informanten regelmäßig Kontakt, schicken Sie ihre Berichte unaufgefordert zu, bitten Sie um Feedback.

Die meisten der großen Enthüllungen fielen nicht einfach vom Himmel, sondern waren der Ertrag intensiver Informantenpflege. Und der heißt: Vertrauen.

Nachdruck aus "message"

Wie man die Türen öffnet

Wer eine verschlossene Quelle überzeugen will, wichtige Informationen preiszugeben, muss hartnäckig sein – und strategisch klug vorgehen.

John Goetz

Erste Kontaktaufnahmen: Es ist häufig besser, einem Informanten einen Brief (oder eine E-Mail) zu schreiben, als ihn mit kalten Anrufen oder plötzlichem Erscheinen zu überrumpeln. Schreiben Sie Ihrem Informanten detailliert auf, was Sie wollen und wofür Sie sich interessieren.

Staatsanwälte

Hartnäckigkeit: Schicken Sie einem verschlossenen Staatsanwalt Artikel zu, die Sie über das Thema geschrieben haben. Schreiben Sie „persönlich“ auf den Briefumschlag, sonst geht die Anfrage den normalen Dienstweg und kommt zu den Akten. Wenn Sie es längere Zeit machen, dann ist er vielleicht von Ihrer Hartnäckigkeit beeindruckt. Staatsanwälte sind Einzelkämpfer, oft freuen sie sich, bei ihrer Suche nach der Wahrheit einen Verbündeten gefunden zu haben.

Dies gilt auch für andere Quellen: Einem Stasi-Offizier, der eineinhalb Jahre nicht mit mir reden wollte, habe ich Artikel geschickt, die über das Thema erschienen sind. Dann bin ich irgendwie Teil seines Lebens geworden. Er hat mir viele wichtige Informationen gegeben – und vermachte mir seine Büchersammlung.

Gute Vorbereitung: Nur wenn Sie sich ausführlich mit einem Thema beschäftigt haben, bringen Sie eine Quelle dazu, mit Ihnen zu reden. Wenn ein Staatsanwalt merkt, dass Sie nur angeln und irgendwelche allgemeinen Informationen aus ihm herausbekommen möchten, dann ist er beleidigt. Staatsanwälte sind manchmal einsam, denn es interessiert sich oft keiner für ihre Themen.

Ähnliche Fälle: Recherchieren Sie über ähnliche Fälle. Manchmal funktioniert es, wenn man einem Staatsanwalt vorschlägt, über einen anderen Fall zu reden und diesen sozusagen als Metapher benutzt. So können sie wertvolle Informationen über den eigentlichen Fall erhalten.

Eigener Quellenschutz: Machen Sie Polizei und Staatsanwälten klar, dass Sie selbst Quellenschutz brauchen und nicht mit Namen in einer Akte auftauchen möchten. Machen Sie ihrem Informanten deutlich, dass das Gespräch stattfinden kann, weil Sie seinen Namen nicht erwähnen und ihm Quellenschutz bieten – aber es auch für Sie sehr wichtig ist, dass er keinen Aktenvermerk über das Ge-

spräch mit Ihnen schreibt. So merken Ihre Informanten, dass sie im selben Boot sitzen.

Vertraulichkeit suchen: Schrauben Sie Ihre Erwartungen nie zu hoch. Ich kenne keinen Fall, in dem der Staatsanwalt die Akten kopiert und verschickt hat. Versuchen Sie einfach, eine Möglichkeit zu finden, vertraulich über den Fall zu reden.

Strafverteidiger

Vorbereitung: Strafverteidiger sind oft der beste Freund des Journalisten. Aber vergessen Sie nie: Verteidiger vertreten die Sicht ihrer Klienten. Bereiten Sie sich gut vor. Sie müssen wissen, was zu dem Fall schon veröffentlicht worden ist.

Paragrafen: Sie müssen sich mit den Paragrafen, die den Fall betreffen, auskennen. Wenn ein Strafverteidiger über irgendwelche Paragrafen redet und merkt, dass Sie nicht wissen, worum es geht und das Strafmaß nicht kennen, ist er nicht weiter bereit, seine Zeit mit Ihnen zu vergeuden.

Strategie-Gespräch: Sprechen Sie seine Verteidigungsstrategie an. Ich habe selten Strafverteidiger kennen gelernt, die nicht gerne über ihre Strategie gesprochen hätten. Sie erwähnen deren Stärken und Schwächen und Sie erhalten wertvolle Informationen über den Fall. Im Gegensatz zu den amerikanischen sind deutsche Strafverteidiger eher realistisch und sagen ganz ehrlich: „In diesem Punkt haben wir keine Chance.“ Das können Sie dann als so gut wie bewiesen ansehen. Solche Gespräche sind besonders nützlich, wenn Sie keine Akten haben.

Schwächen ausnutzen: Überlegen Sie, welche Verteidigungsstrategie denkbar wäre und sprechen Sie diese an. Deutsche Strafverteidiger korrigieren sehr gerne, oft ist ihnen ihre Besserwisserei wichtiger als ihre Verschwiegenheit. Selbst wenn ihre Quelle eigentlich nicht reden wollte, kann es dazu kommen, dass Sie plötzlich hören: „Nein so doch nicht, das muss so und so...“.

Tatverdächtige

Quellenschutz: Natürlich müssen Sie Straftätern deutlich machen, dass Sie nicht zu einer Strafverfolgungsbehörde gehören. Dass Sie Quellenschutz bieten und es Teil des Berufsethos jedes Journalisten ist, so gut wie nie mit der Polizei zusammenzuarbeiten und irgendwelche Informationen preiszugeben.

Geheimdienste

Hintergrund recherchieren: Versuchen Sie, so viel wie möglich über Ihre Quelle in Erfahrung zu bringen. Wenn Sie ihren Hintergrund kennen, haben Sie

medienkode x

PRÄAMBEL

Neue Technologien und zunehmender ökonomischer Druck gefährden den Journalismus. Um seine Qualität und Unabhängigkeit zu sichern, setzt sich das Netzwerk recherche für dieses Leitbild ein.

1. JOURNALISTEN* BERICHTEN UNABHÄNGIG, SORGFÄLTIG, UMFASSEND UND WAHRHAFTIG. SIE ACHTEN DIE MENSCHENWÜRDE UND PERSÖNLICHKEITSRECHTE.
2. JOURNALISTEN RECHERCHIEREN, GEWICHTEN UND VERÖFFENTLICHEN NACH DEM GRUNDSATZ „SICHERHEIT VOR SCHNELLIGKEIT“.
3. JOURNALISTEN GARANTIEREN UNEINGESCHRÄNKTES INFORMANTENSCHUTZ ALS VORAUSSETZUNG FÜR EINE SERIÖSE BERICHTERSTATTUNG.
4. JOURNALISTEN GARANTIEREN HANDWERKLICH SAUBERE UND AUSFÜHRLICHE RECHERCHE ALLER ZUR VERFÜGUNG STEHENDEN QUELLEN.
5. JOURNALISTEN MACHEN KEINE PR.
6. JOURNALISTEN VERZICHTEN AUF JEDLICHE VORTEILSNAHME UND VERGÜNSTIGUNG.
7. JOURNALISTEN UNTERSCHIEDEN ERKENNBAR ZWISCHEN FAKTEN UND MEINUNGEN.
8. JOURNALISTEN VERPFLICHTEN SICH ZUR SORGFÄLTIGEN KONTROLLE IHRER ARBEIT UND, WENN NÖTIG, UMGEHEND ZUR KORREKTUR.
9. JOURNALISTEN ERMÖGLICHEN UND NUTZEN FORTBILDUNG ZUR QUALITÄTSVERBESSERUNG IHRER ARBEIT.
10. JOURNALISTEN ERWARTEN BEI DER UMSETZUNG DIESES LEITBILDES DIE UNTERSTÜTZUNG DER IN DEN MEDIENUNTERNEHMEN VERANTWORTLICHEN. WICHTIGE FUNKTIONEN HABEN DABEI REDAKTIONS- UND BESCHWERDEAUSSCHÜSSE SOWIE OMBUDSSTELLEN UND EINE KRITISCHE MEDIENBERICHTERSTATTUNG.

* ES SIND STETS BEIDE GESCHLECHTER GEMEINT.

www.netzwerkrecherche.de
info@netzwerkrecherche.de



Vorteile. Während der Recherchen zum 11. September stellte sich heraus, dass fast alle FBI-Agenten in New York über die DDR gearbeitet hatten. Sie waren sozusagen mit der Wende arbeitslos geworden und sind dann auf den islamischen Terrorismus gesetzt worden. Ich hatte eine Frage zur DDR-Spionage und habe mich mit dem Leiter der Ermittlungsgruppe 11. September getroffen. Wir haben in der ersten Stunde nur über die DDR gesprochen. Dann fragte er mich, an welchen Themen ich sonst noch arbeite und ich sagte 11. September. Das Gespräch ging nahtlos weiter.

Mit Papier beeindrucken: Bringen Sie, wenn möglich, immer Akten, die den Fall betreffen, mit zu einem Gespräch. Egal, mit wem Sie sprechen. Selbst wenn Sie denken, jeder Schuljunge weiß, woher ich die Akte habe, kann es eine wirk-same Methode sein. Es ist immer wieder erstaunlich, wie verblüfft und beeindruckt Quellen davon sind. Häufig sehen sie die Akten, und schon werden sie weich.

John Goetz arbeitet als Redakteur beim SPIEGEL.

Nachdruck aus "message"

Geheimdienste als Quellen

*Nachrichtendienste sind unverzichtbar –
ihre effektive parlamentarische Kontrolle aber auch*
Redebeitrag vor dem Netzwerk recherche am 8. Dezember 2007
Michael Hartmann, MdB

Skandale bestimmen das Bild

In der letzten Zeit ist der BND immer wieder in scharfe öffentliche Kritik geraten. Die öffentlichen Vorwürfe wurden zunehmend härter. Insbesondere standen zwei nachrichtendienstliche Befragungen im Focus der Kritik: Sie haben im Lager des Pentagon auf Guantanamo und in einem syrischen Geheimdienstgefängnis stattgefunden. Zudem hieß es, zwei Agenten des BND in Bagdad hätten den Amerikanern bei deren Angriffen auf den Irak kooperiert. Die Bundesregierung publizierte daraufhin in bisher beispielloser Offenheit einen langen Bericht, der die Vorwürfe im Detail widerlegte. Dennoch verstummte die Kritik nicht und die Opposition entschied sich, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen.

Dieser arbeitet nun seit 2006, also seit nunmehr eineinhalb Jahren, mit gigantischem personellem, finanziellem und zeitlichem Aufwand. Zwar sind durch die akribische Beweisaufnahme die Vorwürfe widerlegt worden. Dennoch hat sich das Bild des BND in der Öffentlichkeit nicht verbessert – eher im Gegenteil. Der öffentliche Druck auf den Dienst ist unverändert groß.

Manche forderten gar eine Abschaffung der „Geheimdienste“. In einigen Beiträgen scheint es beinahe so, als seien die Nachrichtendienste eine Bedrohung für unser Staatswesen. Immer wieder wird der Eindruck erweckt, als könne insbesondere der Auslandsnachrichtendienst seine Aufgaben nicht mehr ordentlich erfüllen. Er wird als Behörde außer Rand und Band dargestellt, als „Staat im Staate“. „Journalistenbespitzelungen“ und zwielichtige Kooperationen mit nicht-demokratischen Staaten bestimmen das nach außen gezeichnete Bild.

Perspektive wahren

Bei aller teils berechtigten, teils aber auch erheblich überzogenen Kritik sollte man jedoch die richtige Perspektive wahren und nicht einer verzerrten Wahrnehmung der tatsächlichen Gefahrenlage anheim fallen.

Die Dienste tragen mehr zu unserer als selbstverständlich begriffenen Sicherheit im Alltag bei, als in der öffentlichen Debatte zugegeben wird. Der BND muss zwar besser werden. Aber er ist unverzichtbar. Gleiches gilt für die Dienste im Inland und den MAD. Unvorstellbar, wie ohne ihre Arbeit die Sicherheit in Deutschland gewährleistet werden könnte.

Die Nachrichtendienste bekämpfen nicht nur Extremisten und Terroristen, sondern auch Organisierte Kriminalität, Drogenhandel, Geldwäsche, Waffenhandel, Proliferation und internationalen Technologietransfer sowie illegale Migration und vieles mehr. Der BND ist außerdem für die Sicherheit unserer Soldaten in ihren schwierigen Auslandseinsätzen zuständig. Eine verlässliche Außen- und Sicherheitspolitik ist auf die Informationen und Lageeinschätzungen der Dienste angewiesen.

Der *internationale Terrorismus mit seinen asymmetrischen Angriffen* ist nach wie vor eine der größten Bedrohungen für unsere Sicherheit. Die Gefahren sind real. Nur mit Glück und Wachsamkeit konnten bisher Anschläge in Deutschland mit Toten und Verletzten verhindert werden. Die Anschläge von Madrid im März 2004 und London im Juli 2005 haben gezeigt, dass Europa inzwischen ins Visier des neuen transnationalen Terrorismus geraten ist. Das Bild Europas als Finanzierungs- und Rekrutierungsraum von Terrorzellen, die dann außerhalb unserer Grenzen zuschlagen, ist überholt. Die Bedrohungslage hat sich seit diesen Anschlägen nicht genug entspannt, um sich zurücklehnen zu können. Die Attentatsgefahr ist unverändert groß.

Die Herausforderung durch den Terror ist fundamental. Er gefährdet die Stabilität unserer Gesellschaft. Letztlich lassen nicht Anschläge selbst einen Staat kollabieren. Es ist die daraus resultierende Angst, die das öffentliche Leben zum Erliegen bringen soll. Terror ist deshalb nicht als Kriegsführung im klassischen Sinne zu betrachten. Er ist als fundamentaler Angriff auf die gedanklichen Grundlagen des modernen Staates zu verstehen. Es ist deshalb essentiell für jeden Staat, sich seiner zukunftsichernden Pflichten im Kampf gegen den Terrorismus bewusst zu sein.

Diese Pflichten müssen auch und gerade in Form präventiver Terrorismusbekämpfung wahrgenommen werden. Nachträgliche strafende Maßnahmen helfen nur sehr begrenzt, dem Terror beizukommen. Nach einem erfolgreichen Attentat leidet die gesamte Bürgerschaft an der Erwartung des nächsten Anschlages. Wie am Beispiel der USA zu sehen ist, zersetzt diese Paranoia die gesellschaftliche Ordnung. Sicherheitspolitische Auswüchse des War on Terror zerschlagen dort bürgerliche Grundfreiheiten.

Auch Deutschland ist hiervoor nicht gefeit. Aber die repressive Antwort des Strafrechts gegen Terrorismus nach einem erfolgreichen Attentat ist bei weitem nicht ausreichend. Deshalb muss der Schwerpunkt der staatlichen Arbeit gegen den Terror im Bereich der *Prävention* liegen.

Wir brauchen effektive Nachrichtendienste

Für diese Präventivarbeit brauchen wir gut funktionierende Nachrichtendienste. Die Auseinandersetzung mit den aktiven Terrorzellen muss bereits einsetzen, bevor repressive Mittel der Bekämpfung Wirkung entfalten können. Die Aufklärung von Anschlagplänen beginnt am wirkungsvollsten dann, wenn Strafverfolgung noch gar nicht möglich ist. Diese greift nämlich in der Regel erst, wenn man kurz vor einem Anschlag steht oder Attentate bereits stattgefunden haben. Dies wird in der öffentlichen Diskussion über nachrichtendienstliche Arbeit oftmals vergessen. Aufklärung muss also frühzeitig betrieben werden. Zu einem Zeitpunkt, wo Netzwerke sich erst bilden, Anschlagsideen erst geboren werden.

Moderne Terrorzellen arbeiten zudem *transnational*. Anders als staatliche Institutionen sind sie nicht von nationalen Grenzen umgeben. Sie sind unterschiedlich groß, gestreut über den ganzen Kontinent – oft mit Verbindungen in andere Erdteile. Einzelne Personen können ebenso Schaden anrichten wie organisierte Gruppen. Die Zielobjekte dieser Terrorwilligen werde laufend neu definiert, Sicherheiten im Kampf gegen diese Zellen gibt es deshalb nicht.

Diese fragmentierte Organisationsstruktur stellt eine enorme Herausforderung für die Sicherheitsbehörden dar. Selten ist es möglich, genug Informationen ausschließlich im eigenen Land und aus eigenen Quellen aufzutreiben, um die Terrorzellen enttarnen zu können. Extensiver Austausch mit den Behörden anderer Länder ist in der Regel ebenso notwendig wie die Suche nach Informationen aus anderen nichtstaatlichen Quellen.

Die Aufklärung von Anschlagplänen muss also so früh wie irgend möglich erfolgen. Diese Arbeit muss in jedem Fall im Geheimen geleistet werden. Bedeutend für den Austausch von Informationen ist die Vertraulichkeit im Umgang mit diesen. Weiterhin muss verdeckt agiert werden, um ebendiese Informationen zu akquirieren. Dies können nur die Nachrichtendienste leisten. Und sie tun es mit Erfolg – zumeist ohne dass die Öffentlichkeit hiervon erfährt.

Aber: Auch effektive Kontrolle der Dienste ist unabdingbar

Selbstverständlich muss aber sein, dass die deutschen Nachrichtendienste bei dieser Arbeit *strikt an Recht und Gesetz gebunden* sind und dass der *Schutz der Grundrechte* hierbei stets hohe Priorität genießen muss. Das unterscheidet sie von Diensten aus anderen, weniger rechtsstaatlichen Staaten in dieser Welt.

Die *Fachaufsicht* im Kanzleramt nimmt die Aufgabe wahr, dafür zu sorgen, dass sich die Dienste an die Spielregeln halten. Zusätzlich hat das *Parlament* als einzig direkt vom Volk legitimes Staatsorgan, als Sachwalter des Souveräns, hier eine besondere Verantwortung.

Dabei ist die *parlamentarische Kontrolle* nicht primär gegen die Nachrichten-

dienste gerichtet, sondern es geht vor allem darum, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die effektive und zugleich rechtmäßige Tätigkeit der Dienste zu stärken.

Deutschland verfügt bereits seit der letzten Reform im Jahr 1999 über ein *denkbar gut austariertes Kontrollsystem*, das mit der zentralen Bedeutung und den weitreichenden Befugnissen des Parlamentarischen Kontrollgremiums im internationalen Vergleich bereits jetzt eine Vorreiterrolle einnimmt.

Trotzdem hat sich in der letzten Zeit herausgestellt, dass auch hier an einigen Stellen noch nachgebessert werden kann. Dabei geht es vor allem darum, die parlamentarische Kontrolle *professioneller, kontinuierlicher* und *systematischer* zu machen. Die *Verstärkung* der Kontrolle ist aus meiner Sicht hierbei der Dreh- und Angelpunkt.

Wir müssen mit möglichen Gesetzesänderungen das eigentliche Problem adressieren und das lautet aus meiner Sicht: Das Kontrollgremium muss in die Lage versetzt werden, über die Beschäftigung mit tagesaktuellen Skandalen hinaus systematisch und themenorientiert zu arbeiten. Dies ist aber wegen der arbeitstechnischen Überforderung der Mitglieder des Kontrollgremiums zur Zeit nur sehr schwer möglich.

Deswegen setzen wir darauf, dass ein *Arbeitsstab* von hochqualifizierten Mitarbeitern mit der Koordination eines *leitenden Beamten* kontinuierlich die Kontrollarbeit unterstützt. Vorarbeit und Expertise dieses *schlagkräftigen Unterbaus* würden eine effektivere Wahrnehmung der Eigeninformationsrechte des Parlaments ermöglichen.

Der Leitende Beamte soll umfangreiche Kompetenzen erhalten (Akteneinsicht, Befragung von Mitarbeitern der Dienste und der Bundesregierung, Zugang zu Diensträumen). Er handelt jedoch nicht eigeninitiativ, sondern – ebenso wie die Mitarbeiter des Arbeitsstabs – ausschließlich auf konkrete Weisungen des Gremiums. Seine Kompetenzen würden auf Seiten der Dienste und der Bundesregierung als „verlängerter Arm“ des Kontrollgremiums wahrgenommen.

Die Einrichtung eines Arbeitsstabs dient aber nicht nur der Unterstützung bei der Aufklärung aktueller Geschehnisse. Unser Konzept sieht auch die Verpflichtung vor, dass das Gremium jedes Jahr einen eigenen *„Jahresprüfplan“* mit wechselnder Schwerpunktsetzung beschließen muss. Das ermöglicht eine strukturell-themenorientierte Kontrolle. Nur so können wir das Gremium in den Stand setzen, den Geschehnissen nicht immer nur hinterherzulaufen, sondern selbst der bestimmende Akteur zu werden. So soll sowohl die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Dienste als auch die kontinuierliche Sicherstellung rechtmäßigen Verhaltens der Dienste erreicht werden.

Wissen, was hinter den Kulissen geschieht

aktuelle Trends im Journalismus

fundierte Analysen

praxisorientierte Themen



**Sonderpreis für
nr - Mitglieder:
Statt 48,- Euro nur
33,60 Euro pro Jahr!**

**Sichern Sie sich jetzt Ihr Abo unter
www.message-online.com oder Telefon 0711/60100-40
nr - Mitglieder abonnieren Message direkt über die
Redaktion: redaktion@message-online.com**

Weiterhin sollten die Rechte des Gremiums zur **Aktenherausgabe**, zum **Zutritt in alle Diensträume** und zur **Anhörung** von Mitarbeitern der Dienste sowie von Mitarbeitern und Mitgliedern der Bundesregierung gestärkt werden. Insbesondere sollte dem Gremium gesetzlich die Möglichkeit eröffnet werden, auch Personen, die nicht Angehörige der Nachrichtendienste sind, im Einzelfall anzuhören.

Zudem wäre eine Regelung sinnvoll, die es den Mitarbeitern der Nachrichtendienste ermöglicht, sich bei vermuteten Missständen vertrauensvoll direkt – und nicht wie bisher über den Dienstweg – an das Gremium zu wenden. Im Sinne eines **Frühwarnsystems** vergrößert sich so die Chance, Problemen zeitnah zu begegnen.

Besonders wichtig ist, auch in diesem äußerst sensiblen Bereich der nachrichtendienstlichen Kontrolle, die **Transparenz** zu erhöhen. Dazu sollte das Gremium eine verbesserte Regelung zur Veröffentlichung von Bewertungen und Berichten erhalten. Diese sollen – nach vorheriger Anhörung der Bundesregierung – **auch inhaltliche Angaben** enthalten können. Das macht die jeweiligen Sachverhalte und ihre Bewertungen durch das Gremium für die Öffentlichkeit verständlicher.

Zudem soll das Recht einzelner Mitglieder festgeschrieben werden, Bewertungen der Mehrheit durch ein **Sondervotum** ergänzen zu dürfen. Dies stärkt die Rechte der Minderheit. Obwohl bereits praktiziert, ist die Veröffentlichung von Sondervoten bisher nicht gesetzlich vorgesehen.

Die Reform des Kontrollgremiums und die momentan bereits begonnenen Reformen im BND, mit denen eine bessere Verzahnung von effizienter Informationsbeschaffung und bedarfsgerechter Auswertung dieser Informationen erreicht werden soll, kann bei Gelingen das leider beschädigte Bild des Dienstes in der Öffentlichkeit wiederherstellen.

Unser Ziel ist dabei, dass die Lage wahrgenommen wird wie sie ist: die Nachrichtendienste arbeiten für die Menschen in Deutschland. Sie helfen, das Land vor verschiedenen Bedrohungen von außen und innen zu schützen. Das sollte in der öffentlichen Debatte über Sicherheit und Freiheit nicht vergessen werden.



Quellenmanagement –
Quellen finden und öffnen

Herausgeber: netzwerk recherche e. V.
Konzeption: Dr. Thomas Leif (verantw.)
Redaktion: Thomas Schnedler
redakt. Mitarbeit: Daniel Bouhs
Artwork: N. Faber de.sign, Wiesbaden
Druck: ColorDruck Leimen

Wiesbaden 6/2008

info@netzwerkrecherche.de
www.netzwerkrecherche.de